

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelhe Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Nordeuropa, Ostpreußen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehebelte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für wöchentliche und sonntägliche Beilagen und Beilagen-Beilagen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist: Sonntags-Beilage 10 Pf., wöchentliche Beilagen (Beilage) jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen jedes weitere Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Beilage über 15 Zeilen haben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Juni 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die belgischen Wahlen.

Die Wahlschlacht hat mit dem Siege der liberalen Regierung geendet. Die Liberalen, die bisher eine Mehrheit von nur sechs Stimmen hatten, werden in der neuen um 20 Abgeordnete vermehrten Kammer sechzehn oder achtzehn Stimmen über die Majorität zählen. Der liberal-sozialistische Block ist nicht imstande gewesen, der Tücken des Pluralwahlrechts und des liberalen Terrorismus Herr zu werden.

Die Liberalen haben ihren Gegnern je einen Sitz in Courtrai, Longres, Hasselt, Nivelles und Huy entzogen. Auch von den zwanzig neuen Kammermitgliedern erhalten die Liberalen die Hälfte, nämlich zwei Sitze in Brüssel und je einen in Gent, in Longres, in Virton, in Lüttich, in Termonde, in Roulers, in Turnhout und in Antwerpen. Die Opposition erhält von den zwanzig neuen Kammermitgliedern drei in Brüssel und je einen in Ostende, Antwerpen, Mecheln, Loewen und in Mons und zwei in Charleroi; in Brügge wurde durch die Liberalen der demokratische Abgeordnete Fonteynes gewählt.

Die genauen Resultate sind noch nicht festgestellt. Nach einer offiziellen Darstellung setzt sich die neue Kammer zusammen aus 101 Liberalen, 45 Liberalen, 38 Sozialisten, 2 demokratische Christlichen, dagegen zählte die alte Kammer 86 Liberalen, 45 Liberalen, 34 Sozialisten, 1 demokratisch Christlicher.

Der Hauptgrund für die Wahlniederlage ist das Verhalten der Großbourgeoisie. Die Industriellen und Kaufleute, die früher liberal gewählt haben, wollten von dem liberal-sozialistischen Wahlkartell nichts wissen und haben die Liberalen als die sichersten Verfechter ihrer Ausbeuterinteressen gewählt. Aus Angst vor der Sozialdemokratie sind sie ins liberalen Lager abgeschwenkt; sie fürchteten die Stärkung der Arbeiterpartei mehr, als die weitere Verfassung der Schule und sie wollten weder das gleiche Wahlrecht, noch die stärkere Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung. Die Blockpolitik hat damit besagt und man darf hoffen, daß die stärkere Betonung der völligen Unabhängigkeit unserer Partei in Zukunft auch ihre Angriffskraft gegen den Liberalismus stärken und ihre Werbekraft bei den noch liberalen Arbeitern erhöhen werde.

Unsere Partei hat sich gut geschlagen. Sie gewinnt vier oder fünf Mandate. Darüber hinaus hat unsere Partei ihre Stimmenzahl beträchtlich vermehrt. Die Liberalen sind im Volke selbst in der Minorität und verdanken ihre parlamentarische Mehrheit nur den Infamien des Pluralwahlrechts. Der Kampf für das gleiche Wahlrecht tritt jetzt in den Vordergrund und die große Erregung, die die Arbeiter angesichts der Wahlniederlage erfaßt hat, wird sich rasch in politische Energie umsetzen. Der Wahlrechtskampf, der jetzt einsetzt, wird den Liberalen bald den erschwindelten und erprehten Wahlsieg entreißen.

### Die Ursachen des Wahlausfalls.

Brüssel, 3. Juni. (Privattelegr. des „Vorw.“)  
 Schuld an dem gestrigen liberalen Wahlerfolg tragen die Persidien des Pluralwahlrechts und eine unerhörte Wahlkorruption sowie die am Vorabend des Wahltages auf die Wähler ausgeübten Pressionen. Ministerielle Erlasse kündigten den Beamten Gratifikationen und Gehaltsaufbesserungen an. Aber auch durch das Zurückweichen des eingeschücherten Bürgertums ist der liberale Wahlerfolg mitverschuldet. Von liberaler Seite war dem Bürgertum Angst vor der radikalen Politik eingejagt worden und es befürchtete eine Entlastung seiner wirtschaftlichen Privilegien. Der eigentliche Besiegte ist der Liberalismus, dessen Gewinne und Verluste sich denken, der also von den 20 neuen Sitzen nichts erobert hat. Die Sozialisten haben günstig abgeschnitten. Fünf neue Sitze — davon einen in Brüssel — haben sie gewonnen, einen dagegen an die Liberalen verloren. Die Sozialdemokratie verfügt jetzt über 39 Sitze gegenüber 35 früher. Die Liberalen haben von den 20 neuen Sitzen 10 erobert, worunter 8 von den 5 Brüsseler neuen. Die Zahl der liberalen Fraktion wird vermuthlich von 88 auf 101 steigen und damit in der Kammer eine Majorität von 18 Stimmen besitzen, während sie früher nur 6 Stimmen Mehrheit aufwies. In 5 Kreisen siegten die Liberalen über das sozialistisch-liberale Kartell. Es ist daher wohl der Schluss erlaubt, daß die Kartellpolitik in Belgien gescheitert ist, da sie für beide Teile nur nachteilig war und von den Liberalen geschickt ausgenutzt wurde, um den gemäßigten Liberalen durch Vorhaltung des Revolutionsgespenstes nach rechts zu treiben.

Die Befürzung und Empörung über die Wahlergebnisse ist allgemein und nach der mindestens eine Verminderung der liberalen Majoritätsziffer versprechenden Wahlkampagne auch unerwartet. Ausbrüche der Empörung sind daher allenthalben wahrscheinlich.

Wandernde kündigt eine neue Wahlrechtsbewegung zugunsten der Beseitigung des Mehrstimmrechts an. Das

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei „Le Peuple“ spricht von einem Siege der Korruption und des Schwindels. Der schlimmste Antagonismus und der gefährlichste Widerspruch in dem Konflikt besteht zwischen der gesetzgeberischen Gewalt und dem nationalen festen Willen, ein anderes Regime herbeizuführen.

### Die Senatswahlen.

Brüssel, 3. Juni. Die genauen Ergebnisse der Kammerwahlen mit Stimmenzahl dürften erst nach der amtlichen Feststellung des Resultats bekannt werden. Von den Resultaten der Senatswahlen verlautet im Augenblick noch nichts. Das Wahlergebnis dürfte erst in einigen Tagen feststehen, da in verschiedenen Wahlkreisen nachträglich Abstimmungen stattfinden müssen. Das Ergebnis dürfte im Verhältnis zu den Kammerwahlen eine bedeutend verstärkte Mehrheit der Liberalen bringen. Außer kleinen unwesentlichen Zusammenstößen sind heute nach keinerlei Zwischenfälle vorgekommen.

### Rüstungen der Regierung.

Brüssel, 3. Juni. Die einberufenen Reservisten sind bereits vollständig versammelt, so daß von mittag ab dem Kriegsminister 40000 Mann zur Verfügung stehen, da für den Abend Unruhen befürchtet werden.

Der gestern in Huy gewählte Katholik Pilsaert ist heute vormittag vermutlich infolge der Aufregung gestorben.

### Die Erregung der Arbeiter.

Brüssel, 3. Juni. (W. L. W.) Wegen des Sieges der Regierung haben heute die Arbeiter im Gebiet Charleroi die Arbeit niedergelegt. Aus Derviers wird gemeldet: Da dort die Arbeiter trotz des Verbotes Umzüge veranstalteten, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei und der Gendarmerie, wobei mehrere Personen verwundet wurden.

### Wahlsonntagnachmittag in Brüssel.

Man schreibt und aus Brüssel untern 2. Juni:  
 Wer hier hätte es im Augenblick nicht: heute, heute, wird die fieberhafte Spannung genommen werden. . . Schon liegt Belgiens politische Zukunft in den Urnen beschlossen, aber noch Stunden und Stunden wird es dauern, ehe die gierig Wartenden die Resultate erfahren; denn das belgische Wahlsystem erfordert langwierige, komplizierte Berechnungen. . . Aber zu Hause hält es doch keinen. Jeden drängt es nach der Straße, nach dem Centrum der Stadt. Auch wir nehmen uns von der Peripherie der Stadt, wo sich der mächtige Arbeitervorort Schaerbeek befinde, die schöne offene Tram, die ob ihrer braunen Farbe im Volksmund den freundlichen Namen Schokoladen-Tram führt, und fahren durch St. Gisse, wo man im Augenblick just mit „Dicoelen“ und grell kreischenden Karussellen „Kermesse“ feiert, quer durch die Stadt, bis zu den inneren Boulevards und vor die Börse. Erst meint man, es wäre ein Sonntag wie sonst. Der Himmel ist bedeckt, vielleicht wird's auch wieder regnen — man bummelt also auch diesen trüben Frühlingssonnabend mit einem „Stammet“ zum anderen. . . Nun, es ist doch nicht ganz so wie an sonstigen trüben Sonntagnachmittagen. Schon die Menge schiebt sich viel, viel langsamer vorwärts, und der Autobetrieb scheint sich verdoppelt, verdreifacht zu haben, die Trams sind alle überfüllt, die Cafés bis an den Rand der Straße dicht besetzt.

Die Frauen, die Männer, die jungen Leute, alles trägt ein blaues oder ein rotes Wämchen im Knopfloch oder an die Brust gesteckt. Wo sind eigentlich die Liberalen, fragt man sich. Nein, es ist meiner Frau kein gewöhnlicher Sonntag. Die Stadt atmet, dampft, sprüht Politik. Kein Mensch kann etwas anderes heute denken, reden als: Wird es sein? Gibt es Sieg? Die Boulevards entlang ein Särcien, ein Ueberdönen der Camelotstimmen: 10 Centimes die Klosterbrotschüre! 10 Centimes die rote, die blaue Blume; und alles läuft, alles fließt, alles schmeißt sich, und mancher brave Bürger gleich mit dem liberalen und sozialistischen Abzeichen.

Wir dringen zur Grand Place vor, wo die dunkle Gotik des Rathhauses unter dem heutigen Himmel noch dunkler, feierlicher blickt. Die beleuchtete Uhr sagt: Ihr müßt noch warten, Verehrte. . . Ununterbrochen fahren Autos mit städtischen, politischen Würdenträgern vor und wieder weg. Das Vereinshaus der Liberalen ist blau drapiert — auch die leere Leinwand, auf der abends die Wahlergebnisse sichtbar sein werden, sagt zu der immer mehr anwachsenden Menge: Ihr müßt Euch gedulden. . . Zu beiden Seiten und an der Hinterfront ist das Rathaus mit hundert Plakaten bedeckt: mit riesengroßen und kleinen, mit grellen und künstlerischen, einigen belebenden — ein Gegenabbild von politischer Karikatur: da ist eine Röhre, die in einem der berühmten „Duvroirs“ der Klöster die Kinder zur Arbeit anhält. Da das „rote Gespenst“, das die politischen Kinder schrecken soll. Hier sind Luftfahrzeuge mit Ministern, die ins Meer fliegen. Auf einem anderen Plakat steht Anseele, der nach liberaler Auffassung die Liberalen als Kreislauf behandelt, die nach seinen Anweisungen tanzen. . . Hier eine Henne, Belgien symbolisierend. Alle die guten appetitlichen Eier reichen Pfaffen und Minister und andere Volksausdauer an sich — während, über die Platte geleht, das arme Volk zuseht. Da zeigt der Staatsminister Boesse auf einem liberalen Plakat auf den roten Tiger, dort wird das Unglück Belgiens durch sozialistisch-liberale Wahlbündnisse demonstriert, dem armen Liberalismus von Liberalen eine physische Mühe aufgelegt. Eines der neuesten Plakate ist das „Die schwarzen Federn“ benannte. Es ist die Landkarte Belgiens mit etwa 8000 Bienen, Punkten und Pünktchen. Klöster, liebe Belgier, 8000 Klöster

im „Neuen Belgien“! . . . Und für diese Klöster, erläutert ein anderes Plakat, soll ihr neue 20 Millionen opfern, falls Herr v. Broqueville als Sieger heute herborginge. Ein liberaler Plakat will die Geistesverwandtschaft der Pariser Apachen mit Ferrer und daher den Sozialisten beweisen. . . Die Augen schmerzen uns, lange und bevor wir mit der Galerie der Wahlplakate fertig sind, die die Menge umsteht, belacht, bewirgelt, gutheißt.

Wir ziehen weiter, einige Straßen bergan, durch die Rue Haute, wo das quellende Straßenleben des Marollesquartiers pulst. Hier gibt es kein Gehen. Hier schiebt man nur und wird geschoben, denn hier geht direkt zum Raïson du Peuple hinauf und herunter. Vor dem sozialistischen Volkshaus selbst stutende Menge. Stimmt für die Liste Nr. 41 prangt in riesenlettern. Nach dort Plakate über Plakate. Man schaut diese an und etwas höher, wo der Platz ist, von dem abends, nachts die Pfaffen sprechen werden. Wie werden sie sprechen, wie. . . ? Inbessert klingt die Internationale da und dort auf, das altgewohnte „à bas la calotte“ (Nieder mit den Pfaffen) ertönt und alles stecht sein rotes Wämchen mittlerweile an. Und wir warten, alles wartet. . .

## Die spanischen Regierenden.

Genosse Pablo Iglesias schreibt uns aus Madrid: Es gibt sicherlich kein Land, dessen Minister, was gemeingefährliche Handlungen und Nichtachtung des Volkes anbelangt, mit denen der spanischen Regierung einen Vergleich ausstellten.

Neulich nahmen aus Gründen, die man bis jetzt noch nicht genau erklären kann, drei der damals, wie jetzt, von Herrn Canalejas geleiteten Regierung Abschied. Einer von diesen veröffentlichte sofort rachetrunken im „El Imparcial“, dessen Miteigentümer er ist, eine Serie von Artikeln, in denen er die Politik der Regierung, der er früher angehört, angriff und sich hauptsächlich gegen den Krieg in Marokko wandte. Er behauptete, daß Spaniens Zerfall eine Folge sei des Mangels an tüchtigen Männern in der Regierung. Er kritisierte den Pariser Vertrag, das Werk des jetzigen Senatspräsidenten; mit kräftigen Worten verurteilte er die Unterstützung, die die liberalen und konservativen Regierungen den mächtigen Geschäftsunternehmungen zuteil werden ließen und richtete starke Angriffe gegen seinen früheren Chef in der Regierung, außerdem klagte er einen seiner früheren Ministerkollegen, den Minister des Innern, Herrn Barroso, der Amtspflichtverletzung an.

Die Anklage bestand in der Behauptung, daß Barroso im Jahre 1906, als er Justiz- und Kultusminister war, verschiedene Personen in seiner Privatwohnung versammelt habe, um mit ihnen zu beraten, wie eine dem Kriminalgericht von Cordoba vorzuschlagende Form zu finden sei, um verschiedene Individuen, die wegen Fälschung von Wahlprotokollen zu 12 bis 14 Jahren Zuchthaus verurteilt waren, von der Strafe zu befreien. Diese Wahlprotokollfälschungen hatten den Sieg eines Schwagers des Herrn Barroso, Sanchez Guerra, gesichert, der Minister unter Rauras Regierung war.

Weiter behauptet derselbe anklagende Exminister in den Spalten des „Imparcial“, daß er in seiner Tasche die Beweise der Amtspflichtverletzung seines früheren Kollegen in der Regierung habe.

Diese schweren Beschuldigungen des Herrn Gasset, so heißt der Exminister, auf den ich hindeute, erregten großes Aufsehen im Lande; hauptsächlich seine Anklage gegen Barroso, den gegenwärtigen Minister des Innern und Kultus- und Justizminister.

Vielleicht wird man annehmen, daß dieser Herr auf Grund der gegen ihn erhobenen Anklage seines Entlassens sich beichte, von seinem Amte Abschied zu nehmen und seinem Ankläger Rede zu lassen. Nichts davon geschah! Er nahm weder seinen Abschied, noch sprach er längere Zeit ein Wort über das, was ihn so sehr anging.

Erst als die Parlamentseröffnung herannahte, erklärte er, daß er das, was über seine Person gesagt werde, richtig stellen würde.

Das Benehmen des Ministerpräsidenten Canalejas war noch weit sonderbarer. Er warf weder einen so schwer belasteten Mann aus seinem Ministerium heraus, noch trat er den Beschuldigungen entgegen und sagte nicht das geringste zur Verteidigung seines angeklagten Ministers.

Solch merkwürdiges und skandalöses Betragen bewirkte, daß Sozialisten und Republikaner, die heute zusammengehen, um die Republik herbeizuführen, eine Versammlung abhielten, in der das Benehmen der ganzen Regierung und hauptsächlich des Ministerpräsidenten und seines Ministers des Innern schwer getadelt wurde; die Korruption, die in der Justizverwaltung Spaniens herrscht, wurde an den Pranger gestellt. Ueber diese Versammlung sagte Canalejas, sie sei ein Mandar gegen ihn.

Dagegen sagte er nichts, was das Verbleiben Barrosos im Ministerium rechtfertigen konnte; ebenso schweig er über die Gründe, aus denen er zu den gegen jenen erhobenen Anklagen geschwiegen habe.

Nach Eröffnung des Parlaments wurde diese wichtige Angelegenheit dort sofort behandelt. Der kompromittierte Minister machte selbst den Anfang.

Der Minister stellte in Abrede, daß er Personen eingeladen und in der Zusammenkunft präsidiert hätte, in der das Cordova Gericht beeinflusst werden sollte, um



die Falscher der Wahlprotokolle zu befreien. Er gab jedoch zu, daß sie in seinem Hause sich versammelt hätten und daß der Staatsanwalt, der die Klage gegen den Falscher zurückgezogen hat, ein Duzenfreund von ihm sei.

Alle Schritte, die in dieser Sache seit fünf oder sechs Jahren unternommen worden sind, zeigen, daß der Minister seinen Einfluß über die Justizbehörden dazu benutzte, die Befreiung der Schuldigen zu erwirken. Außerdem wurde in der Debatte bewiesen, daß der Gerichtshof, der die Falscher der Wahlprotokolle befreite, zu der Provinz gehört, in der der Minister des Innern der Kammer (politische Oberherr) ist.

Trotz alledem erklärte der Ministerpräsident, indem er sich hinter die Bestimmungen der Verfassung über die Handhabung des Rechtes verschanzte, daß der Minister des Innern, früher Kultus- und Justizminister, sich der Amtspflichtverletzung nicht schuldig gemacht habe und daß er seines hohen Amtes durchaus würdig sei.

Kann man noch schamloser sein? Gibt es eine größere politische Heuchelei und eine rücksichtslosere Verhöhnung des Volkes?

Alles das hat der Chef der Regierung auf seinem Gewissen. Er tat aber noch mehr.

Obwohl jener Minister politisch tot und unmoralischer Handlungen beschuldigt ist, behält er ihn im Ministerium.

Eine knechtische Knechtschaft, die fortwährend die Geuger verunglimpft, unterstützt Herrn Canalejas in dieser elenden und ekelhaften Politik.

Herrn Canalejas Vorgänger waren schlechte Regierende, aber keiner von ihnen hat zu solchen kränkelnden und erbärmlichen Mitteln gegriffen.

Gewiß Barroso wird bald auf seine Ministerwürde verzichten müssen, aber er wird nicht verzichten, weil der Chef der Regierung sich der Nation gegenüber entgegenkommend zeigen oder ein Beispiel politischer Moral geben will, sondern weil die Parteien der Linken nicht aufhören werden dem einen wie dem anderen die schweren Verfehlungen und den schamlosen Synismus, den sie beweisen, vorzuhalten.

In unserem Lande ist noch viel Arbeit nötig, um die Regierenden zu zwingen, solche unsaubere Geschäfte zu unterlassen. Auf jeden Fall muß ihnen eine exemplarische Züchtigung verabsolgt werden.

## Der Krieg.

### Eine türkische Rechtfertigung der Italienerausweisungen.

Konstantinopel, 2. Juni. Die Post veröffentlicht die am 21. Mai signalisierte Zirkularnote an die Mächte, worin die Ausweisung der Italiener begründet wird. Die Note führt aus: Infolge der Schwierigkeiten, denen die Expedition von Tripolis und Benghazi begegnet und infolge des noch immer bestehenden Unvermögens, den Widerstand der Osmanen zu Lande zu brechen, hat Italien geglaubt, alle Mittel anzuwenden zu dürfen, um die osmanische Regierung und die osmanische Nation zur Abtretung der Provinzen zu bewegen, deren Befreiung ihm nicht gelang. Die osmanische Regierung hat gegen die Vorteile, die Italien aus seiner maritimen Überlegenheit zu ziehen in der Lage war, nichts einzuwenden, sie ist aber berechtigt, gegen jene Mittel Einspruch zu erheben, die Italien entgegen dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Haager Konferenz und mit Hintansetzung von Menschlichkeit und Zivilisation anwendet. Die Note erinnert an die Massaker in Tripolis und erklärt: Die Note hat damals das Aufhalten der Entlastung und des Bedürfnisses nach Repressalien zurückgehalten und davon Abstand genommen, mit der Ausweisung der Italiener zu antworten, die vollauf gerechtfertigt gewesen wäre. Diese Zurückhaltung ermöglichte jedoch nur Italien, welches mit der absichtlichen Verletzung der modernen Kriegsregeln fortfuhr, indem es unbefestigte Städte bombardierte, aus Luftschiffen und Aeroplanen auf die Bevölkerung, die Truppen und Sanitätsabteilungen Bomben herabschickte und Handelsschiffe anhielt. Die Italiener landeten auf Rhodus und führten die Vertreter der Behörden, die in gar keiner Beziehung zu den militärischen Operationen standen, als Kriegsgefangene mit sich, fogar die Gerichtsbeamten. In der Absicht, unter der Bevölkerung Zwietracht zu säen, machte Italien viele Einwohner unter dem Vorwande, sie gehörten dem Komitee für Einheit und Fortschritt an, zu Kriegsgefangenen und gab sich den Anschein, die Christen zu begünstigen, indem es eine Einschränkung der Freiheiten der Muselmanen vornahm. Durch dieses Vorgehen wurde bei den Osmanen das Maß der Enttäuschung voll. Die Note war nunmehr nach so langer bewiesener Langsamkeit genötigt, zur Ausweisung der Italiener ihre Zuflucht zu nehmen. Die Art und Weise des Vorgehens, wie es sich Italien gestattet, ist dem größten Teil nach von der Haager Konferenz formell untersagt, während das Ausweisungsrecht zu jener Geltung von Kriegsmassnahmen gehört, gegen welche die genannte Konferenz sich nicht aussprechen wollte.

### Eine italienische Niederlage?

Paris, 3. Juni. Der „Excelsior“ bringt die Meldung von einem Siege der Türken über die Italiener bei Dehbat (an der tunesischen Grenze). Danach seien die Italiener bei einem Streifzuge von Buchamag aus auf eine Abteilung türkischer und arabischer Streitkräfte gestoßen. Da sich die vereinigten Türken und Araber in der Übermacht befanden, sahen sich die Italiener genötigt, sich zurückzuziehen. Den Türken fielen große Munitionsvorräte, die von den Italienern zurückgelassen worden waren, in die Hände. Die Verluste der Italiener sollen ziemlich erheblich gewesen sein. Die Türken hatten 5 Tote und 23 Verwundete. Die italienischen Streitkräfte bestanden aus 5 Bataillonen Bersaglieri, 1 Batterie Gebirgsartillerie, 1 Abteilung Maschinengewehre und 1 Abteilung Artillerie.

Die italienischen Berichte über dieses Gefecht schreiben den Sieg natürlich den Italienern zu.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni 1912.

### „Post“-Ereignen.

Wir haben kürzlich einen Artikel der „Post“ zitiert, in dem Herr Wassermann bekämpft und „Führer zum Abgrund“ gekauft worden ist. Der von einem „National-liberalen F-n“ gezeichnete Artikel wurde vielfach Herrn Wassermann zugeschrieben und erregte deshalb einiges Aufsehen. Sinterher stellte sich heraus, daß der angebliche Originalartikel ein Auszug aus einer allddeutsch-antifemistischen Broschüre war, die unter dem Pseudonym „Feymann“ erschienen ist. Die „Post“ hatte also wieder mal geschwindelt, doch darin wäre weiter nichts erwähnenswertes. Lustig aber ist, daß der Verfasser auch über die freikonservative Partei einige Urteile fällt, die die „Post“ wiedergibt.

sich wohl hüten wird. Es heißt nämlich in der von der „Post“ selbst nachträglich erwähnten und sehr empfehlenswerten Broschüre:

„Der Übergang von den Nationalliberalen zu den Konservativen bildet die Reichspartei... Es ist ihr gelungen, die Nationalliberalen: sie hat sich nicht dazu ausgerafft, ihre politischen Schlussfolgerungen aus Bismarcks Entlassung zu ziehen und hat als Partei fast alle die zahllosen Fehler seiner Nachfolger mitgemacht; dabei ist ganz anerkannt, daß hervorragende Freikonservative für ihre Person Bismarck die Krone gehalten haben, vor allem ihr Führer v. Kardoff... Als nach seinem Tode im Reichstage Herr Hasfeld die Führung übernahm, ging das Ansehen mit einem Schlage verloren; denn eine Partei, die sich ein national gleichgültiges und an Charakter und beschriebenes Oberhaupt gibt, dankt ab. Im Sinne nationaler Politik ist die Zeitung im preussischen Abgeordnetenhaus ebenso unzulänglich, wie dem Reichstage v. Jedlich und Reulrich anvertraut ist, dem Diplomaten der inneren Politik, einem Manne von großen Fähigkeiten und reicher Erfahrung, zweifellos auch von Einsicht — aber auch nur allzu stiefmütterlich bedacht mit den menschlichen Eigenschaften des Charakters und deshalb ohne Größe der Auffassung und Haltung; er ist eine Figur des politischen Hellbunkels, hat seine Hände in allem und findet Vertrauen bei keinem...“

Also Herr v. Jedlich ist ein Führer ohne Charakter. Und das dem Herrn „Feymann“ Glauben beizumessen ist, das sagen nicht nur Postesel. Der „Reichsbote“ erklärt: „Ausgezeichnet sind die großen Parteien in ihren Grundzügen dargestellt.“ Und auch die „Kreuzzeitung“ meint, daß der Herr wohl verdient, gehört und beachtet zu werden. Wo solche Autoritäten sprechen, müssen wir uns wohl bescheiden und die Charakteristik des Herrn v. Jedlich als eines charakterlosen und vertrauensunwürdigen Menschen als richtig anerkennen.

### Der Fall Düwelle.

Genosse Düwelle schreibt uns:

Als unsere Genossen am 22. Mai im Reichstage den Fall Düwelle vorgebracht hatten und zwar mit Berufung auf das im „Vorwärts“ veröffentlichte polizeiliche Führungsattest, behauptete der Herr Kriegsminister, das Unbescholtenheitszeugnis sei später zurückgezogen worden. Er rief damit den Eindruck hervor, als wolle er sagen, die Polizei habe widerrufen, daß außer der Bestrafung meines Sohnes wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes nichts Nachteiliges gegen ihn bekannt sei. Am 27. Mai richtete ich daraufhin an den Polizeipräsidenten von Bismarck ein Schreiben mit der höflichen Bitte, mir als Vater des jungen Mannes gefl. mitzuteilen, ob tatsächlich ein mir unbekanntes Führungsattest ausgestellt worden sei und welchen Inhalt es habe. Auf diese Bitte ist mir bisher keinerlei Antwort zugegangen. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich jetzt an dieser Stelle.

Zu dem skandalösen Fall schreibt die „Welt am Montag“: „Nun hat er den amtlichen Stempel! Er darf nicht mehr einjähriger werden, er darf nicht studieren, er darf kein Abiturientenexamen machen. Er kriegt es schriftlich: Er hat mit Absicht die Gesetze des Staates übertritten, hat das auch noch abgeleugnet und damit die Wahrhaftigkeit vermissen lassen, die für jeden Menschen, namentlich aber für einen gebildeten Mann unerlässlich ist. (Unerschlaglich stammt aus dem Amtsbrieft.) Bei dem betadelten Mangel an moralischer Reife vermögen wir Sie zur Reifeprüfung nicht zuzulassen.“

Siehste? Du weicht du, lieber Düwelle, was du für ein Kerl bist! Du wirst den bunten Rod zwei Jahre lang tragen; die rote Note wird hinter dir her berüchtelt ans Regiment! Du wirst nie eine Nohe tragen, du wirst verdammte sein, Redakteur zu bleiben wie dein Vater; du wirst deinen Kindern das Mal an deiner Stirne vererben, du wirst die rote Note vermehren helfen; — kurz, nun hast du das Unheil an deinen Fersen! Du bist gekennzeichnet! Wenn du nun dienen wirst, dann wird vielleicht neben dir im Gliede ein Kerl stehen, der ein Ausbund von Niedrigkeit ist, der in Bonn oder Heidelberg alle tollen Streiche der goldenen Jugend ausgeführt, der hinter sich ein portretiertes Mädchen oder ein hungerndes Kind hat; der aber auf seidenen Kissen in die Welt gekommen ist und nichts „Unstüisches“ getan hat. Er trägt die Schürze, wird bald die Treppen tragen und endlich die Spalllette. An ihm magst du zu deiner Schande und Scham erkennen, was die sittliche Reife ist, die dir so ganz und gar fehlt!“

Und die „Zeit am Montag“ sagt: „Hätte der junge Düwelle ein Notzuchtbedelikt oder ein anderes feinales Verbrechen begangen, so hätte sich für ihn unter Umständen Rat schaffen lassen. Aber er hatte Schlimmeres verbrochen — hatte sich sozialistischer Gesinnung verdächtig gemacht und einen Verein gegründet, der die Jugendaufklärung zum Zweck hatte. Dafür soll er nun lebenslanglich gestraft, um dieser Missetat willen muß all sein redliches Mühen und Streben zunichte gemacht und seine Zukunft im voraus zugrunde gerichtet werden...“

Daß es dem Kriegsminister überhaupt peinlich war, über diesen Fall im Reichstage Rede und Antwort stehen zu müssen, ist durchaus erklärlich. Seine Antwort war denn auch danach. Mit der Kraft der Bergweisung kommentierte er sich an das bedrückliche Attest und an die angebliche Bescholtenheit des jungen Mannes. Mehr konnte er zur Rechtfertigung eines so ungeheuerlichen Verfahrens nicht vorbringen. Das aber war in hohem Grade bezeichnend für den Geist, der in Preußen die Behörden befehle.

Der Geist nichtsmühiger, heimlicher und gehässiger Schläne ist so recht bezeichnend für das Preukentum, dessen Ruhm die Maulhelden von der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen Organen des gleichen Kalibers täglich verulken. Dieser erbärmliche Geist wird am letzten Ende aber doch nur dazu beitragen, daß endlich ein System gestürzt wird, dessen Vertreter in ihm seine Hauptstütze erblicken. Und so wird auch der Fall Düwelle großen Nutzen stiften, weil er zur Diskretisierung eines Systems beiträgt, das zur Folge hat und haben muß, daß immer größer die Zahl der anständig denkenden Leute wird, die allen Entsetzes sich die Frage vorlegen, ob man nicht doch allen Grund habe, seines Preukentums sich zu saymen.“

### Zentrum und Papst.

Angefaßt der beiden päpstlichen Kundgebungen herrscht, wie aus Köln gemeldet wird, im Lager der Osterreichsleute große Freude und feste Zuversicht, daß die weitere Entwicklung in der Zentrumspartei den von ihnen gewünschten Erfolg haben und die Niederrückung der Kölner Richtung nur noch eine Frage der Zeit sein werde. Aus Rom sind unterdessen Mitteilungen eingetroffen, die die Hoffnung der Kölner Richtung anschwanden machen, daß Merry del Val zum Rückzuge blauen werde, wenn er erkenne, welche Aufnahme die Depeschen in Deutschland gefunden haben.

Die auf dem Standpunkte Noerens stehende „Kölner Korrespondenz“ schreibt in ihrer Montag herausgegebenen Nummer: „Die Nr. 27 der „Kölner Korrespondenz“ sollte am 30. Mai erscheinen. Sie handelte von den jüngsten päpstlichen Verlautbarungen zum Gewerkschaftsstreit. Aus besonderen tatsächlichen Gründen, die uns erst nach Fertigstellung der Nr. 27 bekannt wurden, haben wir dieselbe nicht verschickt, sie ging nur an einzelne Privats.“ In einer weiteren Notiz schreibt die „Kölner Korrespondenz“: „Wenn auch das päpstliche Telegramm an Herrn Giesberts im Gegensatz zu dem an den

Berliner Verband mit Absicht sehr kühl gehalten wurde, so ist doch eine offizielle Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht als bevorstehend zu betrachten.“

Interessant ist auch, daß Graf Oppersdorff, der vom Zentrum befanntlich aus der Fraktion ausgeschlossen worden ist, vom Papst in Audienz empfangen und vom Empfang sehr befriedigt ist.

### Zentrumsarbeiter werden rebellisch!

„Unsere Bergarbeiter und Hüttenleute im Industriegebiete müssen seit einigen Tagen Spiechertüten laufen wegen der angeblichen Abblommandierung des Zentrums.“

So schrieb das bekannte Dortmund Zentrumsblatt, die „Tremonia“. Sie schrieb weiter, die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses habe bei den letzten namentlichen Abstimmungen den traurigen Ruf empfangen, die meisten Fraktionschwänger zu besitzen. Es sei tief beschämend, wenn ein Drittel der Fraktion ohne jede Entschuldigung bei der Abstimmung fehle. Von den 44 Zentrumsabgeordneten, die bei der Abstimmung über den freisinnigen Eventualantrag zum Wahlrecht gefehlt hätten, seien 33 ohne jede Entschuldigung ferngeblieben. Die Abstimmungszahlen würden gegen die Fraktionschwänger ständige Anklagen sein. Die „Tremonia“ droht für die Wiederholung mit Veröffentlichung der Namen der Fehlenden, und sie schreibt, das Gros habe „aus großer Nachlässigkeit gefehlt und die Ehre der Partei dadurch gefährdet“.

Es ist nun wieder weiter nichts wie Schaumflügelerei und „Dogenverblennen“. Was haben denn Zentrumsfraktion und Zentrumsführer vorher getan, um allen Beteiligten die Wichtigkeit der Abstimmung ins Bewußtsein zu hämmern? Gar nichts, die Zentrumsfraktion hat sich vielmehr über die Situation geradezu lustig gemacht. Man vergleiche dagegen nur, wie das Zentrum alle Mienen bei der blödsinnigen Abstimmung über die Erbschaftsteuer springerlich und Disziplin erzwingt. Da standen eben die heiligsten Geldschrankschätze auf dem Spiel. Die „gräßliche“ Wahlrechtsfrage aber läßt sich das Zentrum immer erst vor den Bauch stoßen und auch dann sucht es noch mit allerhand schäbigen Finessen um die Frage herum zu kommen.

Die nachträglich gezielte „Enttäuschung“ ist eitel Komödie! Das werden nachher gerade auch die katholischen Arbeiter einsehen.

### Im Lager des Feindes.

Im Wahlkreise des Freiherrn v. Erffa, des Präsidenten des preussischen Landtages, fand am Sonntag nachmittag eine Protestversammlung gegen die Ausweisung des Genossen Vorchardt statt. Der Landtagswahlkreis Erffas bildet einen Teil des Reichstagswahlkreises Erzuri-Schleusingen-Biegenrück. Erffa selbst bewirtschaftet ein Rittergut im Kreise Biegenrück; sein Sohn ist dort Landrat. Dem Druck der maßgebenden Kreise ist es zu danken, daß die Landarbeiter des Kreises Biegenrück in wirtschaftlicher Beziehung zu den schlechtesten Arbeitern ganz Deutschlands gehören; in politischer Beziehung wird ein solcher Terrorismus geübt, daß kein Mann des ganzen Kreises seinen Saal zu einer Versammlung hergibt. Nur einem besonderen Anlasse war es zu danken, daß am vergangenen Sonntag in einem der größten Orte, in Kölpz, eine Versammlung stattfinden konnte. In hellen Haufen waren die Arbeiter von fern und nah herbeigeströmt, um den Genossen Julian Vorchardt über die Vorgänge im Landtage und über den Wahlrechtskampf in Preußen zu hören. Mit krausen Hochrufen wurde Genosse Vorchardt im Wahlkreise des Herrn v. Erffa empfangen, mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte die Versammlung seinen Ausführungen und durch stürmischen Beifall gab sie zum Schluß zu erkennen, daß sie entgegen Herrn v. Erffa und entgegen der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses auf Seiten des Genossen Vorchardt steht. Nach dem Genossen Vorchardt ergriff noch der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Heinrich Schulz, das Wort; er wies darauf hin, daß im Landtagswahlkreise Erffa bei der letzten Reichstagswahl 9000 sozialdemokratischen Stimmen nur insgesamt 6000 bürgerliche, darunter 2400 konservative, gegenüberstünden. Erffa könne sich also nicht als Vertreter des Volkes betrachten. Nur dem Dreiklassenwahlrecht, diesem Geld- und Privilegienwahlrecht habe er seine Wahl zu verdanken. Der Aufhebung des Neders, die Vordereitungen zur nächsten Landtagswahl noch intensiver als früher zu betreiben, um durch den erneuten Nachweis der aufreizenden Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts um so mehr zu seiner Beseitigung beizutragen, stimmte die Versammlung mit krausendem Beifall und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie zu.

Herr v. Erffa, dem volle Redefreiheit und volle Freiheit zu Zwischenrufen eingeräumt worden war, war in der Versammlung natürlich nicht erschienen.

### Polizei und Stadtverwaltung.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Essen richteten die sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Oberbürgermeister die Anfrage, ob ihm der mehrfache Amtsmißbrauch von Essener Polizeibeamten bekanntgeworden sei, der darin bestand, daß sie sich die Namen von Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen auf ungesetzlichem Wege beschafft und Interessenten mitgeteilt haben. Bejahendenfalls wurde weiter gefragt, ob der Oberbürgermeister bereit sei, für die dadurch brotlos gewordenen Bürger einzutreten und bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Beamten zur Rechenschaft gezogen und zur Beachtung der Gesetze angehalten werden. Nach einer längeren Aussprache, in der der Oberbürgermeister zunächst bestritt, daß diese Angelegenheit zur Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung gehöre, lehnte er das Verlangen rundweg ab. Verantwortlich ist, daß das Zentrum sich völlig ausfällig, während ein den Gelben nahestehender liberaler Stadtverordneter dem Oberbürgermeister zu Hilfe eilte.

### Die Wahlunruhen in Schwed.

In dem Auführ- und Landfriedensbruchprozeß in Schwed., der infolge der Kundgebungen polnischer Wählerkreise, die über die freikonservative Wahlbeeinflussung empört waren, inszeniert worden war, wurde am Sonntag das Urteil verhandelt. Die Geschworenen verurteilten die auf Aufrühr gestellten Schuldfragen, bejahten dagegen die Frage nach schwerem und einfachem Landfriedensbruch. Unter Inhabung mildernder Umstände wurden die Arbeiter Subbotin, Piotrowski und Gajewski zu je zehn Monaten Gefängnis wegen schwerer Landfriedensbruchs, die Arbeiter Willinski, Simon, Jurkiewicz und Gajewski zu je sechs Monaten wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt. Den Verurteilten wurde die Unterzeichnungsbilligung voll angedreht und Subbotin sofort aus der Haft entlassen. Die übrigen sieben Angeklagten wurden freigelassen.

### Organisierter Wahlschwindel der Zentrumschriften.

Auf der christlichen Tagung in Frankfurt a. M. erklärte Herr Landtagsabgeordneter Andre- Stuttgart, daß die christlichen Arbeiter sich mit allem Nachdruck auch an den sozialen Wahlen (Gewerkschaften, Krankenkassen usw.) beteiligen müßten. Bei dem Proportionalwahlsystem bestche die Möglichkeit, daß die christlichen Arbeiter wenigstens einige Leute durchdrängen. Diese Möglichkeit sei namentlich bei den Wahlen zu den Betriebskrankenkassen gegeben.



Es kenne vor allen Dingen darauf an, daß man geschäftig arbeite. Es müßten drei bis vier Wahlzettel ausgegeben und so namentlich die indifferenten Arbeiter irreführt werden, wogegen natürlich die christlichen Arbeiter wissen müßten, welcher Zettel der richtig sei.

So Herr Andre. Man wird sich die mit tollpatschiger Offenherzigkeit vorgebrachten Ratschläge des christlichen Führers, die Empfehlung des organisierten Wahlzweckes für kommende Fälle zu merken haben.

Der Reichstagspräsident Raemys wird nach der Meldung einer parlamentarischen Nachrichtenstelle sein angefochtenes Mandat für den Reichstag nicht niederlegen, sondern das Resultat der Verweiserhebungen abwarten.

### Der Streik im Londoner Hafen.

Die Banarbeiter kommen den Transportarbeitern zu Hilfe.

London, 3. Juni. Der Verband der Londoner Banarbeiter hat beschlossen, diejenigen Mitglieder, die im Londoner Hafen beschäftigt sind, zum sofortigen Streik aufzufordern. Der Verband beschloß ferner, die ausgeschlossenen Gewerkschaften aufzufordern, ihre Mitglieder in dem ganzen Bezirk des Londoner Hafens zum sofortigen Ausstand zu veranlassen, falls nichtorganisierte Arbeiter mit ihnen zusammen eingestellt werden würden.

Differenzen im Hafen von Southampton.

Southampton, 3. Juni. Die hiesigen Hafnarbeiter drohen mit einem neuen Streik, der 7000—8000 Mann umfassen dürfte. Sie haben neue Forderungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen gestellt, aber die Arbeitgeber haben wegen der im letzten Sommer bewilligten Aufbesserungen abgelehnt, sich in eine Erörterung der Forderungen einzulassen.

### Oesterreich-Ungarn.

Leere Versprechungen der ungarischen Regierung.

Budapest, 3. Juni. In einer ausführlichen Abhandlung hat Ministerpräsident v. Lufacz die Wahlreformvorschlüge der Opposition beantwortet. Den Vorschlag, daß an Stelle der definitiven Wahlreform ein Provisorium mit erhöhtem Rekrutenkontingent bewilligt werde, lehnt er ab. Die Anträge der Opposition zur Wahlreform unterzieht der Ministerpräsident einer eingehenden Kritik und weist darauf hin, daß die vorgeschlagene Erhöhung der gegenwärtigen Wählerzahl von 1,2 Millionen auf 2,9 Millionen für eine ruhige Entwicklung nicht unbedenklich sei, da dies eine Vermehrung um 150 Prozent bedeute. Er verpflichtet sich neuerdings zur Vorlage einer Wahlreform in der Herbstsession. Dieser Gesetzentwurf werde auf den Prinzipien eines allgemeinen gleichen Wahlrechts, jedoch mit gewissen Einschränkungen aufgebaut sein. Der Regierungsentwurf werde den Intelligenzgenus einführen, und nur für Analphabeten ausnahmsweise einen sehr geringen Vermögenszensus zulassen. Demgegenüber sollen sich die oppositionellen Parteien verpflichten, an der raschesten Erledigung der Wehrgesetze mitzuwirken und dann ein erhöhtes Rekrutenkontingent von 136 000 Mann zu bewilligen. Auch soll im Zusammenhang mit der Wahlreform die Hausordnung des Abgeordnetenhauses revidiert werden. Diese Anträge werden als unabhängig voneinander Standpunkte der Regierung bekanntgegeben.

Ueber das Militär als Polizei

gab es im Beirathung des Abgeordnetenhauses eine Debatte. Sie war durch sozialdemokratische und tschechisch-radikale Anträge auf Streichung der Bestimmung, die das Militär auch zu Polizeizwecken zu verwenden gestattet, und durch weitere Anträge hervorgerufen, wonach die Regierung die Verwendung des Militärs zu Polizeizwecken in jedem Fall binnen 12 Tagen vor dem Parlament zu rechtfertigen habe. Baron Heinold, der Minister des Innern, der den erkrankten Ministerpräsidenten vertritt, erklärte, solche Verwendung des Militärs sei in allen Staaten vorgekommen und die Regierung müsse auch jetzt schon immer im Parlament Rede stehen. Unsere Genossen Daszynski und Deutner verwiesen aber darauf, daß leider gerade in Oesterreich Militärsalben gegen streikende Arbeiter, Hungerdemonstrationen und oppositionelle Wähler (in Galizien) häufiger seien, als in irgend einem zivilisierten Staat, außer Italien und Nordamerika, dem Lande des kapitalistischen Absolutismus. — An der Ablehnung der Anträge ist selbstverständlich nicht zu zweifeln. Namentlich die „Deutschfreiwillichen“ bekämpfen sie am heftigsten.

Die christlichsozialen Verleumdungen entlarvt.

Wien, 3. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Leiche unseres seit 6. Januar verstorbenen Reichstagsabgeordneten Genossen Franz Silberer wurde auf dem Hundstein bei Zell am See von einem Tischlergehilfen aufgefunden. Allem Anschein nach wurde Silberer, der sich auf einer Skitour befand, im Abfahren von Schneemassen begraben.

Die „Reichspost“, das offizielle Organ der Christlichsozialen, hatte bald nach dem Tode Silberers die schmutzige Verleumdung ausgebracht, daß Silberer nicht verunglückt, sondern nach Amerika entflohen sei, nachdem er als Obmann der Bädereigenenschaft Untersuchungen von Vereingeldern verübt habe. Trotzdem diese Behauptungen sofort als unwahr bewiesen wurden, hielten die Christlichsozialen an dieser Lüge fest und benutzten sie als Hauptplagiatationsmittel beim Wiener Gemeinderatswahlkampf. Sie produzierten auch ein gefälschtes Zeugnis, dem zufolge Silberer in New York gesehen worden sei, und beschuldigten unsere Genossen, die Nachforschungen nach Silberer nur lässig betrieben zu haben. Nun sind die elenden Leichenfälscher völlig entlarvt.

### Frankreich.

Vor der Entscheidung über die Wahlreform.

Paris, 2. Juni. (Fig. Ver.) Die Dienstagssitzung der Kammer wird für die Zukunft der französischen Demokratie von entscheidender Bedeutung sein. Der Ministerpräsident wird in ihr die Stellung der Regierung zur Wahlreform darlegen und die Vertrauensfrage stellen. Damit wird, wenn auch jede weitere Intrige der Reformgegner, so doch jede Verhinderung der Verantwortlichkeiten verhindert sein.

Das ausschlaggebende Hindernis der Wahlreform bestand bekanntlich darin, daß in der Deputiertenkammer zwar eine entschiedene Mehrheit für den Proporz vorhanden war, die Mehrheit der bürgerlichen Linken aber sich ihm widersetzte. Die Regierung, deren Mitglieder zumeist Proportionalisten sind, hatte erklärt, daß sie die Reform nur mit einer „republikanischen Majorität“ — diese wird von der „demokratischen Union“ an, den großbürgerlichen Deputierten des linken Zentrums an geschneidet — durchführen wolle, was

für ein Ministerium, das in allen übrigen Fragen auf die Linke angewiesen ist, durchaus angezeigt war, praktisch indes als Anreiz zu immer neuen Intrigen der radikalen Proporzgegner wirkte. Nun ist die innerpolitische Situation durch die Verzettlung der Reform einfach unerträglich geworden. Die Nachwahlen für die Kammer wie die Gemeindevahlen zeigten, daß der Radikalismus immerzu an Boden verliert, und die Regierung sah ein, daß sie ohne die Unpopularität des ohnehin durch die zunehmenden reaktionären Modeströmungen in den besitzenden Klassen in Mitleidenschaft gezogenen parlamentarischen Regimes zu steigern, die Rücksicht auf jene Radikalen, die für die Tatsachen der politischen und sozialen Entwicklung blind noch immer an die Möglichkeit eines jakobinischen Regimes glauben, oder gar nur noch daran denken, ihre Mandatsbefugnisse so lange wie möglich festzuhalten, nicht weiter bewahren konnte. Sie wird also, was die Anhänger der Reform längst wollten, ihre Stellung klarlegen und einen eigenen Vorschlag bekanntgeben, für dessen Annahme sie auf die Stimmen der Republikaner rechnen.

Die nächste Frage ist nun, wie dieser Entwurf — das Vertrauensvotum einmal vorausgesetzt — zur Beratung kommen soll. In der Deputiertenkammer ist diese Beratung nach der Geschäftsordnung nur möglich, wenn die Dringlichkeit des in der ersten Lesung erledigten Gesetzes über die Wahlreform aufgehoben wird, andernfalls müßte die Regierung ihren Entwurf, um seine baldige Erledigung zu sichern, zunächst dem Senat vorlegen, der ihn schnell beraten würde, während die Deputiertenkammer an dem — durch den Regierungsvorschlag tatsächlich beseitigten — Gesetz weiterzuarbeiten hätte.

Die „Delegation der Linken“ hat beschlossen, die Beratung der Regierungsvorlage in der Deputiertenkammer durch einen Antrag auf die Zurückziehung der Dringlichkeit des in erster Lesung beratenen Entwurfes zu sichern. Dieser Beschluß erscheint als eine Abgabe an die vom Obstruktionsgeneral Breton empfohlene Taktik, die darauf abzielt, die Kammer möglichst lang mit einem aussichtslos gewordenen Entwurf zu beschäftigen und gleichzeitig von der radikalen Senatsmehrheit die Regierungsvorlage erwürgen zu lassen. Es ist möglich, daß die Vernünftigeren unter den bisherigen Proporzgegnern doch einsehen, daß sie durch weiteren Widerstand ihre Partei nur vollends zugrunde richten, ohne die Reform auf die Dauer aufhalten zu können. Freilich muß auch damit gerechnet werden, daß an die Stelle der Obstruktion gegen den alten Entwurf Versuche, den neuen zu obstruieren, treten werden. Die Anhänger der Reform, die sich auf den alten Entwurf nicht versteifen, wofür ihnen die Regierungsvorlage in den entscheidenden Punkten Genugthuung gibt, werden sich jedenfalls solcher Tücken versehen müssen.

Die Hauptsache ist allerdings der Inhalt der Regierungsvorschläge. Vermutlich wäre die Mehrheit der Reformfreunde bereit, einen Vermittlungsvorschlag anzunehmen, der die Mandate mit einer „Prämie“ für die Wählermehrheit aufstellt. Aber wobei sie bleiben muß, wenn sie nicht das Prinzip der Reform überhaupt preisgeben will, ist das System des „Wahlquotienten“, der den Wählerheiten ihre Vertretung sichert. In keinem Fall kann sie auf die Wünsche der Radikalen eingehen, die eine einfache Wiederherstellung des Votumstruktions oder eine Verbeibehaltung des zweiten Wahlganges wollen. Hält aber der Regierungsentwurf die Hauptgrundsätze der Reformanhänger fest, so ist die Frage, ob Poincarés sein Vertrauensvotum, wie dies nach seinen früheren Erklärungen notwendig wäre, aus den Händen der Mehrheit der Bürgerlichen empfangt. Darum wird die Verhandlung am Dienstag auch für das Schicksal der Regierung entscheidend sein.

### Marokko.

Die französische Aktion vor den Mauern von Fez.

Paris, 2. Juni. General Lyautey sandte dem Minister des Aeußern folgende Telegramme aus Fez unter dem 1. Juni 9 Uhr abends: Die Kolonne des Obersten Gouraud, welche fünf Bataillone Infanterie, sechs Abteilungen Artillerie und 2 Eskadrons Kavallerie umfaßt, rückte um 5 Uhr früh gegen den Feind vor, der sich zehn Kilometer nordöstlich von Fez an den Ufern des Sebu gesammelt hatte. Das Feuer wurde um 6 Uhr durch die Vorhut gegen die Feinde auf den Abhängen im Süden von Zelagh eröffnet. Die Kolonne machte einen heftigen Angriff gegen die feindlichen Abteilungen, die infolge des Artilleriefeuers von den Abhängen nicht herabsteigen konnten. Um 10 Uhr gelangte die Kolonne zu einem der großen feindlichen Lager, das von der Artillerie bombardiert und vom Feinde schnell geräumt wurde, der in hellen Haufen in die Berge floh. Gleissam, der Anführer der Herka, fiel in unsere Hände. Der Feind ließ zahlreiche Tote zurück. Wir hatten 9 Tote und 28 Verwundete. Ein englischer Instrukteur wurde getötet. Um 11 Uhr 30 Minuten machte die Kolonne auf dem rechten Ufer des Sebu Halt. Die Operation wird morgen fortgesetzt.

Fez, 3. Juni. Die Kolonne des Obersten Gouraud ist zurückgekehrt und hat während der Nacht bei Sihanaine gelagert. Nachdem Genietruppen den Buischarapah für schwere Artillerie befahrbar gemacht hatten, sind diese und die Verwundeten durch den Paß gezogen, um nach Fez zurückzukehren, während eine starke Abteilung mit Gebirgsartillerie an den Abhängen im Norden von Zelagh entlang marschierte und den Vernunftpaß benutzte. Seit gestern mittag ist kein Schuß gefallen. Der Feind scheint vollständig zerstreut zu sein. Die Generale Lyautey, Moirier, Brulard sowie El Mokri kamen der Kolonne entgegen, die mit Musik die Hauptstraße durchzog. Die Verluste der Franzosen betragen nach neueren Feststellungen 12 Tote und 31 Verwundete. Der Sultan Mulay Hafid und der Gesandte Regnault werden in Kürze gemeinsam abreisen, wenn die Lage es gestattet.

Notgedrungene Milde.

Paris, 3. Juni. Generalresident Lyautey hat wegen der Haltung der Bewohner von Fez während der letzten Ereignisse die Absicht, der Stadt die aufgelegte Kriegskontribution zu erlassen. Die Bevölkerung ist darüber sehr befriedigt.

Die Kämpfe bei Masagan.

Paris, 3. Juni. Der vorgestern aus Masagan (Westmarokko, südlich von Casablanca) gemeldete Angriff der Uled Fredj richtete sich nicht gegen eine Sanitätsabteilung, sondern gegen eine Erkundungsgruppe, sechs Kilometer von dem Lager der Sanitätsabteilung entfernt. Der Kampf war sehr lebhaft, die Goumier hatten einen Toten und zwei Verletzte. Von Sidi Ali sind in den Morgenstunden Truppen abgegangen. Wie die letzten Meldungen besagen, hat sich die Lage gebessert.

### Französische Verstärkungen.

Toulon, 2. Juni. 867 Mann Kolonialinfanterie und eine Maschinengewehrabteilung haben sich auf dem Postdampfer „Mingrelie“ nach Casablanca eingeschifft. Ein zweites Bataillon folgt nächsten Sonnabend. Auch von Oran (Algerien) sind Verstärkungen nach Marokko abgegangen.

### Französische Verluste.

Paris, 2. Juni. Nach einer Zusammenstellung des „Journal“ betragen die Verluste der Franzosen in Marokko vom 1. Januar bis zum 1. Mai d. J. 105 Tote, darunter 16 Offiziere, und 239 Verwundete, darunter 9 Offiziere.

Die Verluste durch Krankheiten sind natürlich auch beträchtlich.

Die Eingeborenen Algeriens gegen die Dienstpflicht.

Paris, 2. Juni. In Nedroma (Algerien) sollten vier eingeborene Stämme 170 Militärpflichtige stellen, doch erließen vor der Bestimmungskommission nur ein einziger, der Sohn eines eingeborenen Straßenaufsehers. Aus Nedroma sind aus Furcht vor Unruhen 280 europäische Familien geflüchtet.

Ein großer Eingeborenenprozeß in Tunis.

Tunis, 3. Juni. Vor dem Gerichtshof begannen heute die Verhandlungen über die Ruhestörungen auf dem mohamedanischen Friedhof im November letzten Jahres. Es wurden damals gegen mehrere Europäer Aktenstücke verübt. 72 Personen sind angeklagt. Die Verhandlungen werden ungefähr einen Monat dauern.

### China.

Eine Ehrengabe für Sunjatsen.

Peking, den 31. Mai. (Meldung der Agence d'Extreme Orient.) Quanshilai und Tangaichac-Hi haben in Vorschlag gebracht, Sunjatsen in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um China und die Republik ein einmaliges Ehrengeschenk von 400 000 Franc und eine jährliche Entschädigung von 20 000 Franc anzubieten. Die Nationalversammlung wird über den Antrag demnächst beraten. Außerdem will man die Ministergehälter auf 2500 Franc pro Monat festsetzen. Ein Minister kann jedoch niemals zwei Gehälter auf einmal beziehen, auch wenn er zwei Ministerien zu gleicher Zeit zu leiten hat.

### Mexiko.

Er mordung eines Deutschen.

Mexiko, 3. Juni. Der Deutsche Hugo Veel ist am 30. Mai in San Miguel am Rio Demesquilal von Banditen ermordet worden. San Miguel ist ein abgelegenes Städtchen von 4000 Einwohnern im gefährlichsten Aufstandsgebiet. Es war hier bekannt, daß gegen Veel im Februar eine Erpressung verübt worden war, und daß er sich danach, entsprechend der Warnung des Gesandten, nicht in schlecht garnisonierten und abgelegenen Orten zu bleiben, mit seiner Familie nach der Gouvernementsstadt Durango begeben hatte. Von seiner Rückkehr in das gefährdete San Miguel hat man hier keine Kenntnis gehabt. Seine Frau mit zwei Kindern befinden sich noch dort. Auf Antrag des Gesandten sind die mexikanischen Behörden bemüht, die Familie in Sicherheit zu bringen. Ein Rural-Korps befindet sich auf dem Marsche nach San Miguel.

## Hus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Während der Sommermonate herrscht in Handel und Gewerbe gewöhnlich stille Zeit. Die Zahl der in der gewerblichen Warenherstellung beschäftigten Arbeitskräfte erfährt selbst in Hochkonjunkturjahren von Mai auf Juni eine recht beachtenswerte Verminderung. Die infolge dessen eintretende Mattigkeit am gewerblichen Arbeitsmarkt wird jedoch meist annähernd ausgeglichen durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf dem platten Lande. Die Landwirtschaft arbeitet in den Monaten Juni bis September mit dem stärksten Aufgebot von Arbeitskräften. Die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte steigt in dieser Zeit um annähernd 60 Proz. Das will bei dem Riesenerbe von Kräften, das die Landwirtschaft in Anspruch nimmt, besagen, daß die Zahl der Beschäftigten auf nahezu 15 Millionen steigt. Während der Erntezeit entfallen auf die Landwirtschaft von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen etwas über 50 Proz., in den übrigen Monaten etwa ein Drittel. Nach der Fählung von 1907 betrug das Gesamtpersonal der landwirtschaftlichen Betriebe 15,17 Millionen Köpfe. Hiervon sind allerdings mehr als die Hälfte Familienangehörige, von denen wiederum rund 3 Millionen Köpfe nur während der Ernte und zur Zeit der Feldbestellung in der Landwirtschaft mitarbeiten. Inzwischen verbleiben noch circa 4,5 Millionen Angehörige, die ständig in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind, die Mehrzahl derselben ist weiblichen Geschlechts. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft in den Sommermonaten kommt dem heimischen Arbeitsmarkt nicht in vollem Umfange zugute, da gleichzeitig durch die Zuwanderung fremder Arbeitskräfte eine starke Zunahme des Angebots eintritt. Infolgedessen weist das durchschnittliche Andrangsniveau im Juni vielfach gegenüber dem Vormonat eine nicht unerhebliche Steigerung auf. Die Bewegung von Angebot und Nachfrage in den Monaten Mai und Juni 1908 bis 1911 ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung. Es kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Jahr	1908	1907	1908	1909	1910	1911
Mai:	89,07	87,37	138,80	147,83	140,24	126,10
Juni:	100,00	99,08	146,37	155,61	152,07	128,70

Aus verschiedenen Gründen kann im laufenden Jahre mit einer besonders starken Belastung des Arbeitsmarktes gerechnet werden. Die Zahl der Arbeitsuchenden war schon im Frühjahr 1912 ungewöhnlich hoch. Sie belief sich im April dieses Jahres auf 478 000 Köpfe gegen 401 000 im vorjährigen Parallelmonat. Diese starke Zunahme des Angebots erklärt sich aus den Rachezeiten, die dem Stände der Kleinbauern und Insulten aus den abnormen Witterungsverhältnissen und den Viehseuchen im Jahre 1911 erwachsen sind. Ein großer Teil der bisher im eigenen oder elterlichen Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte mußte im Hinblick auf die Verteuerung der Lebenshaltung Stellung in fremden Diensten suchen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit vollzog sich trotz der sich kräftig bessernden gewerblichen Konjunktur nicht in so raschem Tempo wie die Steigerung des Angebots. Die Zahl der offenen Stellen betrug im April 1912 insgesamt 354 000 gegen 318 000 im vorjährigen Parallelmonat. Als weiteres ungünstiges Moment kommt hinzu das Daniederliegen der Bautätigkeit in verschiedenen Landesteilen. In Groß-Berlin und in einer ganzen Reihe süd- und mitteldeutscher Städte sind die Aussichten des Baugewerbes gegenwärtig ziemlich trübe. Die Zahl der im Baugewerbe Beschäftigten hat bei Beginn der diesjährigen Saison nicht in gewöhnlichem Maße zugenommen. Auch der Eingang von neuen Bauprojekten zur Genehmigung war bei den Polizeibehörden einer ganzen Reihe größerer Städte wesentlich geringer als in früheren Jahren. Aus all diesen Symptomen kann auf eine ziemlich starke Belastung des deutschen Arbeitsmarktes im Monat Juni 1912 geschlossen werden.



# Gewerkschaftliches.

## Das Einsammeln von Beiträgen ist keine Kollekte!

In Ruß sollte eine neue Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes gegründet werden. In dem Scheerischen Restaurationslokal in Ruß hatten sich dazu eine Reihe von Arbeitern zusammengefunden, welche auch dem Verbande bzw. der neuen Zahlstelle beitraten, nachdem ihnen der Vorsitzende Göge der Zahlstelle Tisitz des Verbandes die Vorteile des Verbandes auseinandergesetzt hatte. Göge sammelte von den Beigetretenen je 1 R. ein, nämlich 50 Pf. Eintrittsgeld und einen Wochenbeitrag von 50 Pf.

Er wurde demnach vom Landgericht Memel als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 12. April 1877 verurteilt. Die Verordnung macht die Veranstaltung und Ausführung „öffentlicher Kollekte“ von einer behördlichen Genehmigung abhängig und bestimmt in ihrem § 2, daß zu den Hauskollekten auch Sammlungen von Beiträgen gehören, wenn sie an öffentlichen Orten vorgenommen würden. Das Landgericht ging davon aus, daß es sich bei dem Einsammeln der Beiträge um eine Kollekte in diesem Sinne handle, weil das Lokal von Scheer ein öffentlicher Ort sei. Es habe einer unbeschränkten Zahl von Besuchern offen gestanden.

Göge legte Revision ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, machte vor dem Kammergericht geltend, daß es sich hier überhaupt nicht um eine Kollekte handle, sondern um eine statutenmäßige Einnahme von Beiträgen und Einschreibegeldern. Im übrigen könnten auch nur Hauskollekte, nämlich das Einsammeln freiwilliger Beiträge von Haus zu Haus, von einer Genehmigung abhängig gemacht werden, während hier nur die Einnahme der Beiträge in einem Hause in Frage stehe. Wenn die Verordnung des Oberpräsidenten darüber hinausgehe und das Sammeln von Beiträgen an einem öffentlichen Orte für eine Kollekte erklären wolle, dann sei sie mindestens insoweit ungültig.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Auf die Frage, ob bei der Einnahme von statutenmäßigen Beiträgen für eine Gewerkschaft überhaupt der Begriff der Kollekte in Frage kommen könne, ging das Kammergericht in der Urteilsbegründung nicht ein. Dagegen betonte es, daß nach den in Betracht kommenden Bestimmungen des Landrechts und der Oberpräsidialinstruktion von 1825 als genehmigungspflichtige Kollekte nur die Sammlungen freiwilliger Beiträge von Haus zu Haus, d. h. das Angehen der Personen von Haus zu Haus, verstanden werden könnten. Sollte die erwähnte Bestimmung der Verordnung des Oberpräsidenten darunter noch etwas weiteres verstehen wollen, dann wäre sie ungültig und unanwendbar. Hier sei nun lediglich der Vorgang des Einsammelns von Beiträgen in einem einzelnen Lokal festgestellt worden. Das sei zweifellos kein Einsammeln von Haus zu Haus. Schon deshalb müsse die Freisprechung erfolgen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Welfirma A. G. und der Arbeiterinnenschuß.

Vor etwa Jahresfrist wurde der Arbeiterausschuß des Werkes Strammensstraße um seine Zustimmung dazu ersucht, daß für die Strammensstraße eine durchgehende Arbeitszeit ohne wöchentliche Pause eingeführt werden könne. Diese Zustimmung wurde aus durchaus berechtigten Gründen verweigert. Die durchgehende Schichtarbeit wirkt nicht nur gesundheitsschädigend für die Arbeiterinnen, sondern auch für die sie ablösenden männlichen Arbeiter. Der Mann muß bei Schichtarbeit mit Arbeiterinnen das ganze Jahr hindurch nachmittags bis in die Nacht hinein arbeiten und hat somit nicht einen Abend, an dem er sich seiner Familie, viel weniger noch etwa irgendwelchen bescheidenen Genüssen widmen kann.

Jetzt begnügt sich die Werksdirektion mit der auf die Stanzerei beschränkten französischsprachigen Arbeit nicht mehr, sondern verlangt auch von den übrigen Arbeiterinnen, daß sie in der gewöhnlichen Weise arbeiten sollen.

Wenn schon die Fabrikarbeit ganz gewaltig an der Gesundheit der armen Arbeiterinnen nagt, so trifft dies aber noch in erheblichem Maße bei der Arbeit ohne Aushuppen zu. Dies wird am deutlichsten illustriert durch die häufigen Krankmeldungen und die fast täglich sich ereignenden Unglücksfälle. Daß die Arbeiterinnen sich vielleicht aus Mangel krank melden, kann nicht angenommen werden, denn den krank gewordenen Arbeiterinnen werden auch bei der ernstesten Krankheit die Papiere ins Haus geschickt. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß die Armeisten die Entlassungspapiere im Krankenhaus erhielten. Dieses Vorgehen kann nur als eine Warnung der Direktion an die Gesunden angesehen werden, in der gefagt wird: Rufft Eure letzten Kräfte zusammen, sonst werdet Ihr entlassen. In welcher eigenartigen Situation die Direktion bei diesem Vorgehen kommen kann, beweist folgender Fall:

Ein Arbeiter L. wurde von der Landesversicherung nach der Lungenheilstätte Verlich überwiesen. In der gleichen Abteilung arbeitete der Bruder des L. Anstatt dem Kranken hat man dem Gesunden die Papiere ins Haus geschickt. Hierüber höchst erstaunt, gab dieser am nächsten Morgen die Papiere wieder zurück, wobei ihm bedeutet wurde, es sei ein Irrtum. Sofort wurde in der bei der Firma üblichen Weise die Sache „korrigiert“, indem man dem armen Lungenleidenden, der bereits über ein Jahr in Diensten der Firma gearbeitet hatte, die Papiere zuschickte.

Daß aber auch die Gesundheit der Arbeiterinnen infolge der überaus anstrengenden Arbeit erheblich leiden muß, erklärt sich daraus, daß man von ihnen verlangt, Lasten bis zu einem Zentner Schwere zu heben und damit zu hantieren. Während nun die Männer bei dieser Arbeit durch intensive Tätigkeit auf einen Stundenverdienst von 75 Pf. kommen, erhalten die Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit nur die Hälfte des Akkordpreises.

Daß die Firma nicht die Absicht hat, von diesem ihrem Vorgehen abzugehen, geht aus einem Vortrag hervor, den sich die Herren Direktoren der Firma von einem ihrer Oberingenieure in der Aula der A. G. über die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte halten ließen.

Der Firma scheint allerdings bereits der Gedanke gekommen zu sein, daß dieser Zustand mit der Zeit den Arbeiterinnen untragbar werden muß, so daß sie eines Tages im Deutschen Metallarbeiterverbande vereinigt ihrem Herzen Luft machen könnten, um die Welfirma zu zwingen, ein den heutigen teuren Verhältnissen und dem Arbeiterinnenschußgeheiß entsprechendes Arbeitsverhältnis einzuführen. Aus diesem Grunde macht man die größten Anstrengungen, die Arbeiterinnen für den selben Arbeiterverein zu gewinnen. Dabei reißt man an die vorhandenen eine neue Gesetzesübertretung, indem man den Arbeiterinnen den Vereinsbeitrag vom Verdienst im Abzug bringt. Selbst Arbeiterinnen, die durch Einschreibebrief ihren Austritt aus dem Verein erklärt haben, bringt die Firma den Beitrag weiter in Abzug. Nun schreibt das Statut des Arbeitervereins der A. G. ausdrücklich vor, daß mit dem Ausscheiden aus dem Betriebe die Mitgliedschaft erlischt. Wer also krank wird, wird entlassen und hat damit keinerlei Anrecht an den Verein. Nicht nur das, sondern es wird auch noch der ferner erwähnte Verdienst gestrichelt. Unserer Meinung nach ist die Behörde

Berlin, Redakteur: Albert Bach, Berlin, Inseratenteil veranlagt.

verpflichtet, hier einzugreifen, um die A. G. zur Innehaltung der Gesetzesvorschriften zu zwingen.

## Zur Tarifbewegung im Dachdeckergerberbe

nahm am Sonntag eine zahlreich besuchte Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter Stellung. Die Arbeiter haben bei dieser Bewegung von vornherein auf Forderungen von Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung verzichtet, beantragen jedoch einige Verbesserungen des Tarifvertrages, die meist nur darauf gerichtet sind, Mißverständnissen und Streitigkeiten über die einzelnen Bestimmungen vorzubeugen, und verlangen vor allem, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter durch den allgemeinen Tarifvertrag geregelt werden. Auf Wunsch der Unternehmer sind die dementsprechenden Forderungen schriftlich formuliert worden. Die Unternehmer legten dann jedoch einen Gegenentwurf vor, der verschiedene Verschlechterungen enthält. Wenn es nach ihrem Wunsche geht, soll der neue Tarifvertrag ohne weiteres nur bis zum 31. März 1913 gelten und mit diesem Tage aufgehoben sein, sofern nicht vorher andere „ausführliche Vereinbarungen“ getroffen werden. — Die Dachdeckermeister wollen also auch das ihre dazu beitragen, daß dem vom Bauunternehmer zum nächsten Frühjahr geplanten allgemeinen Kampf keine tariflichen Hindernisse bereitet werden. — Ihr Tarifentwurf enthält ferner die Bestimmung, daß, wenn die Arbeitsverteilung auf dem Kontor oder dem Lager des Unternehmers erfolgt, die Arbeiter dort eine Viertelstunde vor Beginn der Arbeitszeit zu erscheinen haben, ohne dafür irgendwelche Vergütung zu erhalten. Die im alten Vertrage festgelegte 8 1/2 stündige Arbeitszeit würde sich damit also um eine Viertelstunde verlängern. Als Minimalstundenlohn für die Hilfsarbeiter schlagen sie 55 Pf. vor, während der Lohn jetzt schon auf Grund von den mit den einzelnen Unternehmern bestehenden Tarifverträgen der Hilfsarbeiter meist 60 Pf. beträgt; für Rappdecker schlagen sie 60 Pf. vor, statt 67 1/2 Pf., für die Tragearbeiter 70 Pf. statt 80 Pf. Ferner enthalten auch ihre Vorschläge zum Akkordtarif für Tragearbeit Verschlechterungen, und im übrigen wollen sie den Zuschlag für Ueberzeitarbeit von 15 auf 10 Proz. herabgesetzt wissen. —

Inzwischen ist nun bereits zweimal mit den Unternehmern verhandelt worden, ohne daß etwas Greifbares dabei herausgekommen ist. In der ersten Sitzung am 17. Mai machten die Unternehmer unter anderem den Vorschlag, entweder den geltenden Tarifvertrag bis zum 31. März nächsten Jahres, oder bis zum 31. März 1916 zu verlängern, oder vom 1. Juli laufenden Jahres ab bis auf weiteres tariflos die Arbeit fortzusetzen. Die Arbeiter konnten auf keinen dieser Vorschläge eingehen. In der zweiten Sitzung am 31. Mai kam es nach längerem Verhandeln dahin, daß die Unternehmer sich bereit erklärten, den Stundenlohn der Hilfsarbeiter eventuell auf 57 1/2 Pf. herabzusetzen, aber eine Einigung war natürlich auch auf dieser Grundlage nicht möglich. Es ist nun eine neue Sitzung zum 11. Juni anberaumt. Auf Seiten der Arbeiter hatte Görlich erklärt, daß man eventuell einer Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages auf weitere 2 Jahre zustimmen werde, und auch die übrigen Kommissionsmitglieder der Arbeiter haben sich damit einverstanden erklärt. Eine Einigung auf dieser Grundlage scheint aber auch noch große Schwierigkeiten zu bieten, da die Unternehmer den Ablaufstermin auf den 31. März festgelegt wissen wollen, während die Arbeiter auf den 1. Juli bestehen. —

Nachdem der Hilfsarbeitervorsitzende Marx sowie der Dachdecker-Vorsitzende Görlich über den Stand der Bewegung und die Verhandlungen berichtet hatten, folgte eine kurze Diskussion, in der klar hervorkam, daß die Arbeiter auf keinen Fall irgendwelche Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gutheißen werden, und wenn es darüber auch zum Kampf kommen sollte. Eine Resolution, die dies ausdrückt, wurde einstimmig angenommen.

### Deutsches Reich.

#### Rüstungen der Bauunternehmer.

Die Vorbereitungen zu den im nächsten Frühjahr im ganzen Reich ablaufenden Tarifverträgen im Bauergewerbe werden mit unermüdlichem Eifer getroffen. In den Bauarbeiterverbänden zeigen die Mitgliederzahlen und die Massenbewände eine starke Aufwärtsbewegung. Die Bauarbeiter wissen, um was es sich handelt. Doch auch auf Unternehmenseite wird eifrig zum Kampfe gerüstet. Die örtlichen Vereine des Bauunternehmerverbandes machen durch Zirkulare ihre Mitglieder auf den Ablaufstermin am 31. März 1913 aufmerksam und ersuchen sie, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Einige solche Rundschreiben wurden schon bekannt. Besonders Beachtung jedoch verdient das Zirkular der Kölner Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Darin wird den Bauunternehmern geraten, ihre Bauherren, Architekten und sonstigen Interessenten auf die außerordentlich kritische Lage, in der sich das Baugewerbe aller Voraussicht nach im Frühjahr 1913 befindet, aufmerksam zu machen und sie dringend zu bitten, für diese Zeit etwa geplante Bauten vor diesem Termin zur Fertigstellung zu bringen und auf die Lage ganz besonders Rücksicht zu nehmen. Ferner sollen sie ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen und darauf achten, daß in alle Verträge über Leistungen und Lieferungen folgendes aufgenommen wird:

Bei eintretenden Streiks oder eintretenden Aussperrungen werden die Verträge und die Fristen um die Dauer des Streiks und der Aussperrung verlängert.

Ein dem Sinne nach ähnliches Rundschreiben, in dem nur noch zahlenmäßig die Fortschritte der Bauarbeiterorganisation aufgeführt werden, ist vom Syndikus der Geschäftsstelle für die Provinz Posen verschickt worden.

#### Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Kiel.

Nur selten dürften einer Lohnbewegung so viele Schwierigkeiten bereitet worden sein, wie der der Kieler Brauereiarbeiter. Anfanglich erklärten die Brauereibesitzer, daß sie eine weitere Verlesung der Produktion durch Lohnerhöhungen nicht ertragen könnten, also eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen sei. Einen sehr schweren Stand hatte die Arbeiterkommission, mußte sie doch jede einzelne Forderung in längerer Rede vertreten, was um so schwieriger war, weil die Verhandlungen nicht direkt mit den Brauereien, sondern mit dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes, dem die Brauereien sich angeschlossen haben, geführt werden mußten. Nicht weniger als zehn Verhandlungen hat es bedurft, um ein Resultat zu erreichen, das, wenn auch nicht befriedigend, so doch als annehmbar bezeichnet werden kann. Eine Versammlung am 30. Mai nahm schließlich das Angebot gegen eine sehr erhebliche Minorität an. Die wesentlichsten Verbesserungen des für 4 Jahre geltenden Tarifes sind nachstehende: Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde tritt für das letzte Vertragsjahr ein. Die Nachschicht für Feizer wird bei der Sonntagschicht um 2 Stunden verkürzt. Die Wochenlöhne erhöhen sich während der Tarifdauer im Durchschnitt um 1,25 M. Die Nachschichtzulage erhöht sich um 25 Pf. und beträgt bis zu drei Schichten 1,50 M., über drei Schichten 2,75 M. Neu eingeführt wird eine Zulage für Nachschichten der Feizer von je 50 M. Die Entlohnungszulage für Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten erhöhen sich um je 5 Pf. Schließlich wurde noch ein Urlaub von 2-4 Tagen mit Lohnzahlung vereinbart.

#### Warnung vor Zuzug.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:  
Bodenbach, 8. Juni. Auf dem Bergmannswerke in Bodenbach sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist gesperrt. Zuzug fernzuhalten.

#### Aussperrung in der Fürther Glasindustrie.

In der Fürther Glasindustrie ist es nun doch zur Aussperrung gekommen. Es sind von den im Glasarbeiterverband organisierten Arbeitern 308 verheiratete und 122 ledige, und von den organisierten Arbeiterinnen 93 verheiratete und 16 ledige ausgesperrt worden. Die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen haben zu-

ammen 885 Kinder zu ernähren. Der neu erschlossene Unternehmerverband hat also seine Tätigkeit damit eröffnet, wegen eines Unternehmers, der nicht einmal die durchschnittlichen Arbeitsbedingungen gewähren will, die gesamte Arbeiterkraft auf Pfahle zu werfen.

Von den anderen beteiligten Verbänden dürfte zusammen die gleiche Zahl Aussperrter in Betracht kommen. Von den Organisationsleitungen sind Verhandlungen angebahnt worden, die auch schon zu einigen Zugeständnissen der Unternehmer geführt haben. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, und steht noch zu hoffen, daß die Aussperrung in einigen Tagen beendet sein könnte. Sollten aber die Verhandlungen scheitern, so können die Fürther Glasgewaltigen sicher sein, daß die Arbeiter den Kampf mit voller Kraft aufnehmen und zu einem stetigen Ende führen werden.

### Ausland.

#### Erfolgreiche Tarifbewegung im Lithographen- und Steindruckergewerbe Norwegens.

Die Gehilfenschaft dieses Gewerbes ist fast sämtlich organisiert. Nachdem der seitliche Tarif abgelaufen war, stellten die Gehilfen Forderungen auf Verbesserungen der Tarifpositionen. Diese wurden jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt, ebenso scheiterten verschiedene Verhandlungen, so daß die Gehilfen einmütig ihre Kündigungen einreichten. In letzter Stunde, bevor der allgemeine Streik ausbrach, fand jedoch noch eine Einigung statt, und es wurde ein neuer Tarif mit ganz bedeutenden Verbesserungen auf 5 Jahre abgeschlossen. In diesem ist nunmehr auch das Hilfspersonal mit einbezogen. — Verbesserungen fanden besonders statt bei der Arbeitszeit, Minimallohn, Feuerungszulage und in der Ferienfrage. — Festgelegt wurde: Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 46 Stunden, für Steindrucker und Hilfsarbeiter 51 Stunden pro Woche; bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit ist dieselbe pro Tag 30 Minuten kürzer, so daß diese (wie zum Beispiel in Christiania) für Lithographen 44 Stunden und für Steindrucker und das Hilfspersonal 49 Stunden pro Woche beträgt. — An Mindestlohn wird den Lithographen im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen, im zweiten 26 Kronen bezahlt, von da ab bleibt er der freien Vereinbarung überlassen. Für die Steindrucker wird im ersten Gehilfenjahre 22 Kronen und im zweiten 25 Kronen bezahlt; für Steindrucker vom dritten Jahre ab 22 Kronen, im vierten 24 Kronen; für Anleger und Anlegerinnen vom zweiten Jahre ab 10 Kronen und im dritten Jahre 12 Kronen. Für Rotationsmaschinenmeister werden mindestens 86 Kronen pro Woche bezahlt. Jeder Arbeiter, der seit dem 15. März 1910 bei einer Firma tätig ist und seit dieser Zeit keine Zulage erhielt, bekommt 1 Krone Feuerungszulage pro Woche bei einem Gehalt von 31 bis 35 Kronen und 2 Kronen unter 31 Kronen Wochenlohn. Für die ersten fünf Ueberstunden werden 25 Proz. Zuschlag bezahlt, bis 10 Ueberstunden 50 Proz. und dann 100 Proz. Ueberstunden an Sonn- und Feiertagen und an Tagen vor diesen werden mit 100 Proz. bezahlt, für an Rotationsmaschinen geleistete Ueberstunden werden allgemein 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Lehrlinge dürfen keine Ueberstunden machen. — Die Gehilfen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. — Akkord- und Heimarbeit ist verboten. — Ferien erhält jeder 6 Tage, der mindestens ein halbes Jahr in der Firma beschäftigt ist. — Die Zahl der zu haltenden Lehrlinge ist nach der Anzahl der beschäftigten Gehilfen und die Lehrlingslöhne nach den Lehrlingsstellen gestaffelt. — Ein Maschinenmeister darf nur eine Maschine bedienen. An Rotationsmaschinen dürfen nur ausgebildete Drucker beschäftigt werden. — Die Gehilfen haben die Verpflichtung übernommen, nur in tariffreien Firmen zu arbeiten und die Prinzipale haben sich verpflichtet, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. — Im Tarif ist außerdem eine Bestimmung enthalten, daß, wo es günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, diese bleiben müssen. — Dieser günstige Tarifabschluß legt wiederum herabes Zeugnis davon ab, was eine starke Arbeiterorganisation zu leisten imstande ist.

#### Achtung! Arbeiter der Akkumulatorentwerkstätten!

In Petersburg streiken die Arbeiter der Akkumulatorentwerkstätten A. G. Tabor. Es ist einer von den zahllosen Streiks, die in Petersburg im Anschluß an den Sowjetstreik für die hingeworbenen Arbeiter der Lena-Goldbergwerke sowie an die Räteier und die damit verknüpfte allgemeine Belegung des Gewerkschaftskampfes ausgebrochen sind. Die Leitung der Taborwerke beabsichtigt, Ersparnisse aus Deutschland und Oesterreich anzuwerben. Die deutschen Kollegen werden deshalb dringend gewarnt! Zuzug nach Petersburg ist streng fernzuhalten!

Der Kellnerstreik in New York breitet sich immer mehr aus. Gestern traten abermals die Angestellten mehrerer Hotels in den Streik. Teilweise beschäftigen die Hotelbesitzer jetzt Streikbrecher, während ein anderer Teil die Lokale geschlossen hält und alle Gäste zurückweist. Es befinden sich über 3000 Kellner im Auslande. Ihre Aussichten haben sich erheblich gebessert, da sie die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft anderer Gewerbe für sich haben.

## Letzte Nachrichten.

### Neue Wahlrechtskämpfe in Aussicht.

Budapest, 3. Juni. Eine Konferenz der vereinigten Opposition erklärte, daß sie die Vorschläge der Regierung hinsichtlich der Wahl- und Wehrreform, da die Regierung sie als ein Ultimatum betrachte, ablehne und sich volle Aktionsfreiheit vorbehalte.

### Wahlkrawalle in Belgien.

Lüttich, 3. Juni. (W. T. V.) Abends kam es zu ruhestörenden Kundgebungen vor dem Rathaus und in dem sozialistischen Volkshause. Die Menge versuchte Verhaftete zu befreien. Die Hütergarde und die Gendarmen schritten ein und gaben Schüssen ab. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Erregung in der Stadt ist groß.

### Die feindlichen Merikalen Brüder.

Wien, 3. Juni. Zum Gewerkschaftstreik im katholischen Lager gibt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands soeben eine äußerst scharfe Erklärung aus, in der er sich gegen die Angriffe der Berliner Fachabteilungen in der bekannten Subdivisionsadresse an den Papst wendet.

### Der Nordwestflug.

Hannover, 3. Juni. (W. T. V.) Nach Mitteilung des heute abend in Münster zusammengetretenen Organisationsausschusses für den Nordwestflug wird das Abfliegen von Münster aus am Dienstag stattfinden. Angesichts der ungünstigen Wetterlage besteht die Absicht, den Flug ganz abzugeben. Hierzu ist die Zustimmung sämtlicher für den Flug gemeldeten Piloten erforderlich. Zwei Piloten haben bereits ihre Zustimmung erteilt, die Zustimmung der übrigen soll schnelligst eingeholt werden.

### Der Ausstand der Pariser Straßenbahner.

Paris, 3. Juni. (W. T. V.) Der Ausstand der Straßenbahner macht sich bereits unangenehm fühlbar. Besonders die in den Vororten wohnenden Arbeiter sind übel dran, da sie nicht rechtzeitig zu ihren Arbeitsstellen gelangen können.

### Feuersbrunst in Konstantinopel.

Konstantinopel, 3. Juni. (W. T. V.) Seit 10 Uhr vormittags wütet hier ein großer Brand, der in der Nähe des Justizpalastes ausgebrochen ist.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Der Parteitag der I. L. P.

London, 30. Mai. (Fig. Ber.)

Der Parteitag der I. L. P. fand dieses Jahr in Perth, Schottland, statt. Es waren über 200 Delegierte aus allen Teilen des Landes anwesend. Der Parteitag wurde von dem Bürgermeister der Stadt begrüßt. Den Vorsitz führte Genosse Anderson, der Präsident der I. L. P. Bei der Beratung des Vorstandsbereiches entspann sich eine längere Debatte über einen Passus, der von dem Beschluß des Vorstandes handelte, die Parlamentsmitglieder der I. L. P. zu beauftragen, gegen irgendeine Wahlrechtsvorlage zu stimmen, die den Frauen nicht zu denselben Bedingungen das Stimmrecht gebe wie den Männern. Die Kritiker dieses Beschlusses wandten dagegen ein, daß sie nicht einsehen könnten, wie die Ablehnung des allgemeinen Männerstimmrechts dem Frauenstimmrecht dienen könnte. Ein Delegierter meinte, die Partei müsse, um ihre Aufmerksamkeit zu beweisen, auch gegen die Homerulvorlage stimmen, wenn diese das Frauenstimmrecht für das irische Parlament nicht einführe. Der Antrag, den Passus an den Vorstand zurückzuverweisen, wurde aber mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auch der parlamentarische Bericht gab zur Kritik Anlaß. Er enthalte nichts, das darauf hinweise, daß die I. L. P. eine sozialistische Organisation sei. Die Arbeiterpartei sollte in jeder Session mindestens eine deutlich sozialistische Maßregel, wie zum Beispiel die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Vorschlag bringen. Wadley (Leeds) führte aus, daß in den Reihen der Partei ein beträchtliches Maß Unzufriedenheit mit der Handlungsweise der Arbeitergruppe im Parlament bestehe, und zwar wegen ihrer Beziehungen zu der liberalen Regierung, die der schlimmste Feind der Arbeiterklasse sei. Keir Hardie wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß das Programm der Arbeiterpartei in dieser Session die Gewerkschaftsvorlage (Osbornevorlage), die Vorlage betreffend das Recht auf Arbeit und eine Vorlage zur unentgeltlichen Speisung bedürftiger Schulkinder enthalte. Wollte irgendein Sozialist behaupten, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen oder der Bergwerke wichtiger seien als eine dieser Maßregeln? Was nötig sei, sei nicht die Kritik der Parlamentarier, sondern energische Agitation außerhalb des Parlamentes, damit die Partei wachse und wirksamer vorgehen könne.

Die parlamentarische Taktik wurde später wieder eingehend diskutiert. Das Parlamentsmitglied für Bradford Genosse Jowett hatte folgende Resolution vorgeschlagen: „Um die Autorität der gewählten Volksvertreter im Parlament gegenüber der überwältigenden politischen Macht von Mitgliedern der Regierung, die fast jede wichtige Abstimmung im Unterhause behandeln, als ob sie eine mächtige Demission des Ministeriums in sich schließe, herzu stellen, möge die Arbeitergruppe im Unterhause ersucht werden, alle derartigen angebotenen Folgen zu ignorieren und bei allen Fragen nach dem prinzipiellen Werte zu stimmen.“

Jowett bemerkte, daß die Arbeitervertreter unter dem herrschenden System so stimmen müßten, daß die Regierung am Ruder bleibe, ob sie die in Frage kommende Maßregel billigte oder nicht. In den Jahren 1906 bis 1910 sei die Haltung der Arbeiterpartei unabhängiger gewesen, sie habe damals keinen entscheidenden Einfluß auf die Abstimmung gehabt und dennoch habe sie von der Regierung mehr Zugeständnisse errungen als in den letzten Jahren. Die Regierung wisse, sie könne sich auf die Unterstützung der Arbeiterpartei verlassen und deshalb behandle sie sie von oben herab. Connelley (Bradford), der den Antrag unterstützte, verlangte, die Parlamentsmitglieder der I. L. P. sollten ihre Unabhängigkeit beweisen. Gegenwärtig seien die Parlamentsmitglieder nicht als Stimmmaschinen.

Murray (London-Hendon) stellte folgenden Änderungsantrag zur Resolution: „Diese Konferenz erkennt an, daß die Arbeiterpartei, um ihren Zweck wirksam zu erfüllen, alle möglichen unmittelbaren und sonstigen Folgen und Wirkungen irgendeiner Handlungsweise in Betracht ziehen muß, ehe sie sich dafür entscheidet, und im Auge behalten muß, daß sie sich in ihren Entscheidungen einzig und allein bestimmen lassen muß durch Rücksichten auf ihre eigenen Interessen als Partei und durch den Wunsch, die günstigen Gelegenheiten zur Erreichung ihrer Ziele zu vermehren.“ Der Antragsteller führte hierzu aus, daß die Kritik Jowetts mehr dem herrschenden parlamentarischen System als der Partei gelte. Wie könne man von den 8 parlamentarischen Vertretern der I. L. P. verlangen, daß sie dieses System ändern sollten?

Das erste städtische Volkskonzert in Berlin.

Das Konzert der Philharmoniker am Sonnabend im Brauereisale Friedrichshain läßt sich als ein gewichtiges Ereignis in unserer lokalen Musikgeschichte bezeichnen — und überdies als ein gut gelungenes. Wie schon gemeldet, hat das Philharmonische Orchester mit der Stadt Berlin vereinbart, daß es billige Volkskonzerte, einschließlich einiger Schallplattenaufführungen, gebe. Die Stadt beteiligt sich mit einer Unterstützung von 60.000 M. auf die Dauer eines Jahres. Dafür sind die Verpflichtungen festgelegt, insbesondere der Eintrittspreis (30 Pf.) mit Gratisabgabe des Programms. Zunächst sollen in verschiedenen größeren Sälen fünf je zweiwöchentliche Konzerte von erster Musik, sogenannte Sinfoniekonzerte, stattfinden. An diese Reihe, die bis zum 15. Juni dauert, schließen sich fünf „populäre“ Konzerte mit leichter Musik, bis zum 8. Juli. Dann beginnt wieder eine Reihe der ersten Art, und so fort.

Das Ereignis wurde noch dadurch vergrößert, daß der neue Dirigent des Philharmonischen Orchesters, der Nachfolger des vielbeliebten Kunwald, Herr Camillo Hildebrand, sein Amt mit eben diesem Konzert begann, so daß der Friedrichshainer Teil von Berlin auch noch den Vorsprung bekam, den Dirigenten früher kennen zu lernen als der Potsdamer Teil. Das Programm begann diesmal mit A. Wagners „Lohengrin“ — Dubertüre und schloß mit der fünften Sinfonie von Beethoven. Das Orchester selbst ist längst in so sicherer Weise als eines der besten in der Welt bekannt, daß der Kritiker gut tut, sich nicht erst nach besonderen Ausdrücken der Anerkennung zu bemühen. Der neue Dirigent überrascht geradezu als ein Mann von Geschmack, von Vornehmheit, von Vorliebe für das Wilde, selbst Weiche. Wie er die Klangfarben gegeneinander zu halten versteht, so daß sich nichts vordrängt, doch alles seine akustische Stelle findet, das war namentlich bei den ersten Nummern des Konzertes so erfreulich, daß man allem Weiteren erst recht froh entgegensehen kann. Die geschilderte Eigenart des Dirigenten hält ihn weit fern von allem, was extrem, schroff, übertrieben ist — nach manchem Geschmack vielleicht allzuweit entfernt. Man verlangt heute von einem Dirigenten nicht die Fortsetzung der Revolution, welche Hans v. Wilton im Dirigieren gebracht hat, und die hauptsächlich in seinem Tempowechsel besteht. So spielt denn auch Hildebrand sozusagen mit gebundenem Tempo. In speziell modernen Stücken fällt das weniger auf, als in solchen von älterer Art, da ja unsere klassische Musik weit weniger Gegenständlichkeit in sich trägt, als moderne. Kommt dann noch hinzu, daß der Dirigent, wie eben dieser, langsame Zeitmaße liebt, so ergibt sich eine Ruhe, über deren Maß man streiten kann. Näher läßt sich hier nicht darauf eingehen; man müßte beispielsweise den zweiten Satz von Beethovens „Schicksals“-Sinfonie für Zeit durchgehen.

Das Philharmonische Orchester ist kein städtisches, wie eben

Sagerth (Wiles Plating), der den Änderungsantrag unterstützte, bemerkte, daß die Bradford-Resolution so häufig zu allgemeinen Wahlen führen werde, daß es die Parteifinancen nicht aushalten könnten. McLachlan (Manchester) antwortete darauf, daß die Parlamentsauflösungen der Partei nur nützen könnten. Wenn die Regierung durch die Unabhängigkeit der Partei gestürzt werde, so habe dies einen großen erzieherischen Wert. Er glaube jedoch nicht, daß eine Auflösung der anderen folgen werde. Wahrscheinlicher sei, daß sich die beiden bürgerlichen Parteien zusammenschließen würden, und je eher das geschehe, um so besser sei es für den Sozialismus. Wenn die Partei jedes Mandat durch ihre Unabhängigkeit verliere, würde das dem Sozialismus mehr nützen als alle Zugeständnisse, die ihr die Regierung gegen ihre Unterstützung mache.

Keir Hardie führte folgendes aus: Es ist eine Täuschung, zu glauben, daß die Arbeiterpartei im Unterhause den Ausschlag gibt. In dieser Session hat die Arbeiterpartei ebenso energisch gearbeitet wie in dem Parlament der Jahre 1906 bis 1910. Der Fehler liegt nicht bei den Parlamentariern der I. L. P. oder bei der Partei als ganzes, sondern bei der Bergarbeiterföderation, deren Mitglieder mit dem Eintritt in die Arbeiterpartei ihre Anschauungen nicht geändert haben und nur dem Namen nach der Arbeiterpartei angehören. Es ist absurd, zu sagen, die Partei muß bei jeder einzelnen Frage ohne Rücksicht auf die Folgen prinzipiell stimmen. Die Parteimaschinerie und das Parteiystem bedarf der Remedur, und solange diese Unzulänglichkeiten bestehen, können die Parlamentarier nur versuchen, den größten Vorteil aus den bestehenden Verhältnissen zu ziehen.

Lansbury verlangte größere Bewegungsfreiheit für die Mitglieder der Partei, damit sich diese der demoralisierenden Pflicht entziehen könnten, gegen ihre Überzeugung zu stimmen, um eine liberale Regierung am Ruder zu erhalten. Was moralisch unrecht sei, könne nicht politisch recht sein. Snowden bemerkte, sein Kampfsinstinkt bestimme ihn, für die Resolution einzutreten, aber sein gesunder Menschenverstand, seine Erfahrung und seine Urteilskraft hielten ihn für das Amendement stimmen. In Wirklichkeit stimmten die Parlamentarier der Partei prinzipiell, wenn der prinzipielle Wert der Frage die Abstimmung wert sei. So werde die Partei zum Beispiel in der Wahlrechtsfrage stimmen. Wenn man die Regierung wegen kleiner Fragen stürze, würde man die Wählerschaft irritieren; auch werde die Parteiklasse dieser Politik nicht gewachsen sein. Wurgel (Bradford) führte aus, das Uebel in der Partei sei, daß die Parlamentarier den Staatsmännern nachsäßen und vergäßen, daß sie Propagandisten seien.

Das Amendement wurde mit 195 gegen 73 Stimmen angenommen.

Unter den sonstigen Resolutionen, die zur Annahme gelangten, ist eine zu erwähnen, in der die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem großen Siege bei den letzten Reichstagswahlen beglückwünscht wird.

Als Vorsitzender der Partei wird Genosse Anderson mit 186 Stimmen gegen 112, die auf Genossen Lansbury fielen, wiedergewählt. Genosse Wenson wird wieder Kassierer. Als Vorstandsmitglieder werden gewählt: Bruce Glasgow, Jowett, Lansbury und Genossin MacArthur.

2. Generalversammlung der Sattler und Portefeuller.

München, 1. Juni 1912.

In der weiteren Beratung über die Anträge zum Statut wurde ein Antrag angenommen, wonach Beisitzer des Vorstandes und Ausschusses ein Amt in der Ortsverwaltung nicht annehmen dürfen. Die Zahl der Mitglieder, auf die ein Delegierter zur Generalversammlung entfällt, wurde auf 300—350 erhöht. Auf eine überschüssige Zahl von 175 Mitgliedern ist ein weiterer Delegierter zu wählen. — Auch beim Streikreglement wurden einige wichtige Änderungen vorgenommen. Ein Antrag Leipzig (der vom Vorstand belächelt wurde), wonach bei Abwehrstreiks die Zustimmung der Gaulen genügt, wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Beschlossen wurde, daß der Zentralvorstand keine Bewegung eigenmächtig abbrechen darf. Die Entscheidung treffen die Beteiligten. — Die Kündigung eines örtlichen Tarifvertrags darf nur erfolgen, wenn zwei Drittel der in der betreffenden Versammlung anwesenden Mitglieder sich dafür erklären. — Sämtliche Anträge auf Anstellung von Beamten, Sitzverlegung von Gauverwaltungen wurden abgelehnt. Für einen Antrag Hamburg und München, den Zentralvorstand zu beauftragen, die Verschmelzung mit anderen freien Lederarbeiterorganisa-

andere Städte solche Orchester besitzen, und wie beispielsweise das hiesige königliche Opernhaus sein Orchester besitzt, das dann ab und zu eigene Konzerte gibt. Die Philharmoniker sind eine freie Genossenschaft, ein Verein, wie jeglicher andere, der in eigener Regie arbeitet und seinen eigenen Vorständen hat; auf dessen Schultern ruht natürlich die Hauptlast und nun auch das Hauptverdienst der Siege, die unsere Künstlerchor erringt. Die Herren sind ungefähr 70 an der Zahl; wenn wir recht berichtet sind, sollen jedesmal 55 Musiker mitwirken und es soll so eingerichtet sein, daß in regelmäßiger Reihe die Mitglieder ihren Urlaub bekommen. Tatsächlich erscheinen die Herren in etwas größerer Anzahl, ungefähr 60 Mann, darunter 10 erste, 8 zweite Geigen, 6 Bratzen, 5 Celli und 5 Fagotti. Der Friedrichshainer Saal ist im Verhältnis zu seiner Größe gut akustisch, was ich mir auch durch einen Begleiter bestätigen ließ, der die Güte hatte, im Saale „spazieren zu hören“. Wären die Verhältnisse noch günstiger, so könnte man mit dem Wunsch einer Verstärkung der Streicher kommen.

Das gesamte Unternehmen ist von vornherein auf eine erzieherische Bedeutung eingerichtet. Wahrscheinlich gab es bei den Vorbereitungen mancherlei Leid dadurch, daß von der einen Seite eine allzu „gelehrte“, von der anderen eine allzu „unterbaltliche“ Musik bestrachtet wurde. Dem ausgefallenen Ideal wird nun nicht nur durch die von uns bereits erwähnten Verhältnisse und Einrichtungen, sondern auch durch die Zusammenstellung der Programme entsprochen. Und es dürfte wohl auch viel Eintracht und Zufriedenheit herrschen, daß auf diesem Wege wirklich erzieherisch vorgegangen wird.

Wohl nur wenige werden über diese Dinge so denken, wie der Berichterstatter es schon mehrmals ausgesprochen hat. Nach seiner unerbittlichen Meinung haben solche Vorführungen für musikalisch Unerfahrene nicht genug Bedeutung, wenn nicht „Erklärungen“ dazu gegeben werden. Müßen wir nun davon vorläufig schon deshalb absehen, weil diese Konzerte mit verschiedenem Programm zu rasch aufeinander folgen, so bleibt doch noch die Frage nach der Auswahl der Stücke. Die radikalste Ansicht verwirft die Herübernahme sämtlicher Bestandteile musikalischer Werke in den Konzertsaal, seien es auch noch so „abgeschlossene“ Dubertüren. (Anders die sogenannten Konzertouvertüren, wie namentlich von Mendelssohn, die gerade für solche Konzerte außerordentlich zu empfehlen sind.) Außerdem sollte niemals aus einem Konzertstück etwas herausgerissen oder irgendwie verändert werden. Kurz: lediglich Aufführung von Werken, die für den Konzertsaal geschrieben sind, und genau so wie sie geschrieben sind! Vermittelnde Ansichten gestatten dies und das, verwerfen das und jenes. So kann es schon beim zweiten Konzert, das am Mittwoch in der Bodrauerstraße stattfand, Ansichtsverschiedenheiten geben, wenn auf die große Leonorenouvertüre Beethovens das Largo aus Mozarts Klarinettenquintett und am Schluß der Götter in Valhalla aus Rheingold folgen soll. Inzwischen begnügen wir uns damit, nur noch kurz zu erwähnen, daß im dritten Konzert (Sonnabend, Königstätt) unter anderem ein besonders schöner Smetana kommen wird, im vierten Konzert (12. Juni, Konordia) u. a. Tschajkowski und Berlioz, im fünften (15. Juni, Germania) u. a. ein selten zu hörender Volksmann.

sationen herbeizuführen, stimmten nur 2 Delegierte. — Beschlossen wurde, das Vermögen des Verbandes bei der Großkaufsgesellschaft anzulegen. — Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1912 in Kraft.

Zum nächsten Punkt! Unsere sozialpolitischen Aufgaben beleuchtete der Referent Wurgel-Leipzig ausführlich die Gefängnisarbeit und unterbreitete dem Verbandstag folgende Resolution:

1. Die vom 29. Mai bis 1. Juni 1912 in München tagende Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuller, welche von 60 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besucht ist, stellt fest, daß die Gefängnisarbeit auf Produkte unseres Berufes einen immer größeren Umfang annimmt. Durch dieses werden viele Berufsgenossen in ihrer Existenz gefährdet. In den letzten Jahren haben eine Anzahl Sattler ihre Stellung durch die Neueinführung von Gefängnisarbeit verloren. Viele Firmen, die Gefängnisarbeit anfertigen lassen, betreiben nachweisbar eine Schmutzkonkurrenz, welche ein erhebliches Niederdrücken der Warenpreise sowie der Arbeitslöhne zur Folge hat.

Alle hier versammelten Delegierten, welche 15.000 Sattler und Portefeuller Deutschlands vertreten, richten an die verschiedenen Regierungen wie auch an die gesetzgebenden Körperschaften die Bitte, die Gefängnisarbeit auf Sattler- und Portefeullerwaren einzuschränken. Durch die Heimindustrie, Frauenarbeit und Lehrlingszucht wird bereits der Sattler- und Portefeullerberuf schwer in Mitleidenenschaft gezogen, welches durch die Gefängnisarbeit erheblich verschlimmert wird. Die Anwesenden ersuchen deshalb, daß zu den Beratungen, welche die Regierungen über die Gefängnisarbeit mit Vertretern der einzelnen Stände abhalten, auch Arbeitervertreter mit hinzugezogen werden.

2. Die Generalversammlung ersucht die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage und in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten, sich dieser Sache anzunehmen und bei Gelegenheiten zu vertreten. Sie beauftragt den Zentralvorstand, Material zur Verfügung zu halten, um dieses zu gegebener Zeit den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

3. Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu setzen, um ein gemeinsames Vorgehen aller von der Gefängnisarbeit betroffenen Berufe in die Wege zu leiten. Des weiteren ersucht sie, daß alle Vertreter unseres Verbandes in den örtlichen Kartellen beantragen, daß die Frage der Gefängnisarbeit auf die Tagesordnung gesetzt wird und Veranstaltungen getroffen werden, wodurch die Öffentlichkeit im weitesten Maße auf die Nachteile der Gefängnisarbeit für die Industrie und die Arbeiter aufmerksam gemacht wird.

4. Der Vorstand wird ferner beauftragt, mit den Unternehmerorganisationen unseres Berufes in Verbindung zu treten, um auch diese zu veranlassen, in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf referierte Weinschild-Berlin über Das neue Heimarbeitsgesetz.

Der Referent unterzog die einzelnen Bestimmungen einer scharfen Kritik und kam zu dem Schluß, daß das Gesetz den Heimarbeitern keine Vorteile, sondern eher Nachteile bringt. Nur eine starke Organisation sei in der Lage, die Auswüchse der Heimarbeit zu unterbinden. Redner empfiehlt, Material über die Arbeitsverhältnisse in der Lederindustrie zu sammeln und dem Bundesrat und den Gewerbeaufsichtsbehörden als Denkschrift zu unterbreiten, mit der Aufgabe, für die Heimarbeits- und Zwischenmeisterbetriebe der Portefeullerindustrie Anregungen zu treffen, die den hygienischen Ansprüchen genügen. (Beifall.)

Zum nächsten Punkt: Die geplante gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung.

referiert kurz Verbandsvorsitzender Wium-Berlin. Zu diesem Punkte folgte der Verbandstag einstimmig folgende Resolution: Der zweite ordentliche Verbandstag der Sattler und Portefeuller erkennt die Gründung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherungsgesellschaft als eine wirtschaftliche

Kleines feuilleton.

Junimeteore. Der Monat Juni weist eine ziemlich große Zahl von Meteorerscheinungen auf, steht aber hinsichtlich ihrer Bedeutung sogar hinter den übrigen Monaten des ersten Halbjahrs zurück, das als Ganzes wiederum von dem zweiten Halbjahr im Durchschnitt weit übertroffen wird. In der ersten Juniwöche braucht man überhaupt kaum nach Sternschnuppen auszusuchen, da das erste Maximum ihres Auftretens erst zwischen dem 7. und 8. Juni erfolgt. Dann folgt ein zweites am 11. Juni, ein drittes am 15. Juni. All diese Schwärme aber sind nicht dicht genug, um ein außerordentliches Schauspiel erwarten zu lassen. Man teilt jetzt, nachdem die Erforschung der Meteorströme, die früher sehr vernachlässigt gewesen ist, eine größere Vollkommenheit erreicht hat, auch diese Himmelskörper oder vielmehr Gruppen solcher in Größenklassen ein, ähnlich denen, durch die man die Helligkeit der Fixsterne unterscheidet. So wird beispielsweise ein Meteorstrahl, der schon am 3. und 4. Juni die Erdatmosphäre schneidet der 24. Größenklasse zugeteilt, ein Merkmal seiner außerordentlich geringfügigen Bedeutung. Der bereits erwähnte Schwarm vom 7. Juni wird immerhin als von 3. Größe bezeichnet. Der kräftigste Schwarm dieses Monats überhaupt ist der vom 15. Juni, der noch zwei weitere Maxima am 17. Juni erfährt, nämlich von etwa 2. Größenklasse. Was sonst noch vorkommt, ist kaum nennenswert, und man wird überhaupt bis zum Juli und August warten müssen, ehe man mit besserem Erfolg nach Sternschnuppen aussehen kann. Uebrigens hat der deutsche Astronom Runo Hoffmeister in den „Astronomischen Nachrichten“ eine neue Untersuchung über den vermuteten Zusammenhang des im Mai auftretenden Meteorstrahles aus dem Sternbild des Wassermanns (Aquariden) und dem in der Auflösung begriffenen Halleyschen Kometen angestellt. Er hat die Beobachtungen der letzten Jahre sorgfältig geprüft und mit denen des Kometen verglichen und der Schluß lautet dahin, daß an einer engen Beziehung zwischen den Meteoriten und diesem Kometen kaum noch ein Zweifel bestehen kann.

Das Handwerkzeug des Schriftstellers. Ein Parteigenosse schreibt uns: Zu der Notiz in Nr. 125 möchte ich Ihnen das Gegenstück mitteilen. Ich wurde im Jahre 1907/08 in Rostock i. M. vom Gerichtsvollzieher ausgespändet, d. h. es kam nicht so weit, weil das Landgericht die Handlung des Gerichtsvollziehers auf Grund meiner Beschwerde nicht bis zu Ende kommen ließ. Der Gerichtsvollzieher erklärte zwar selbst, daß er mir die eigene Bibliothek wegen meines Redakteurberufes nicht pfänden könne, da die Bücher (darunter ebenfalls eine ganze Anzahl Klassiker) für mich unentbehrlich seien bei Ausübung meines Berufs. Daraufhin pfändete der Mann aber allerhand andere Gegenstände, die er in der Befragung vorband. Auch diese (Uhren, Möbel usw.) gab das Gericht frei, weil ich deren Unentbehrlichkeit in meinem Hausstand des näheren begründete.



Kolnwendigkeit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung an und verpflichtet die Delegierten, dem neuen Unternehmen die größtmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die seitherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. — Der nächste Verbandstag findet 1915 in Leipzig statt. Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Mit dem Wunsche, daß die gefassten Beschlüsse zum Wohle der Kollegen ausfallen mögen, wurde die Generalversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Sattler- und Portefeuilleverband geschlossen.

## Aus der Partei.

### Zur Klarstellung.

Unter der Überschrift: „Ein Parteiskandal“ bringt die „Bremer Bürger-Zeitung“ vom 1. d. M. eine Notiz, in der folgendes behauptet wird:

„Der Parteivorstand und der Württembergische Landesvorstand versprachen nun, da unbedingt Hilfe kommen mußte, zu helfen, wenn der bestgehagte Redakteur des Göttinger Parteiblattes, Genosse Thalheimer, aus der Redaktion, die er allein besorgte, ausscheide und dafür der Genosse Erich Rohmann, ein junger, freibauer Mann, der früher ein genau so hartnäckiger Gegner der württembergischen Opportunisten war, wie er jetzt ihr Freund und Anführer ist, die Redaktion übernehme. Der Parteivorstand hat seine Hilfe davon abhängig gemacht, daß das Ulmer Parteiblatt, das Rohmann, der früher Mitglied der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ war, bisher redigierte, fortan in der Druckerei in Göttingen gedruckt werde.“

Diese Behauptungen widersprechen der Wahrheit. Die Vorgänge, die in der Notiz behandelt werden, haben sich wie folgt zugetragen:

Die „Freie Volkszeitung“ in Göttingen, die früher als Kopfblatt erschien, machte sich im Jahre 1911 selbständig, erwarb zu diesem Zwecke ein eigenes Grundstück und errichtete eine eigene Druckerei, obwohl die finanziellen Grundlagen für ein solches Unternehmen fehlten und deshalb der Parteivorstand, mit dem vorher keine Fühlung genommen war, entschieden Widerspruch erhob, als er davon erfuhr. Wie vorausgesehen war, geriet das Geschäft bald in Zahlungsschwierigkeiten, die die Geschäftsleitung veranlaßten, die Hilfe des Parteivorstandes in Anspruch zu nehmen. Der Parteivorstand setzte sich darauf, wie immer in solchen Fällen, mit dem zuständigen Landesvorstand in Verbindung, und verhandelte sodann in Stuttgart mit dem Landesvorstand, dem Landesauschuss und den Vertretern des Göttinger Geschäfts und den Vertretern des Ulmer Parteivorstandes, um dessen Druck die Göttinger Geschäftsleitung sich schon vorher aus eigenem Antriebe bemüht hatte, darüber, ob und wie das Göttinger Geschäft saniert werden könne. Alle Beteiligten kamen dahin überein, daß der Parteivorstand und der Landesvorstand dem Göttinger Geschäft gemeinsam finanzielle Hilfe leisten sollten. Der Landesvorstand, die Göttinger und die Ulmer Genossen wurden beauftragt, die zur Sanierung geeigneten Maßnahmen im einzelnen zu beraten, insbesondere auch zu erwägen, ob der Druck des Ulmer Parteiblattes, der jetzt in der Stuttgarter Druckerei ausgeführt wird, sich nicht in Göttingen ausführen ließe. Genosse Thalheimer, der bei dieser Konferenz zugegen war, erklärte, daß eine Regelung mit Ulm sich sehr wohl würde herbeiführen lassen. Am 12. Mai ist dann ein zwischen dem Landesvorstand, der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht“ und den Vertretern der Göttinger „Freien Volkszeitung“ vereinbarter Vorschlag über die geschäftliche Regelung zugegangen, ohne daß der Druck des Ulmer Blattes erwähnt wurde. Bei den großen Zusätzen, die künftig für das Göttinger Unternehmen erforderlich sein werden, war diese Frage für unsere endgültige Entscheidung von großer Bedeutung. Auf unsere Frage, wie es damit stehe, teilte der Verlag der Göttinger „Freien Volkszeitung“ am 24. Mai mit, daß die Verhandlungen mit den Ulmer Genossen noch nicht abgeschlossen seien, jedoch begründete Aussicht auf eine Einigung bestehe. Wir haben jedoch inzwischen dem Göttinger Geschäft die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung

### Theater.

Deutsches Theater. Wedekind-Gastspiel: „So ist das Leben“. Der Wedekind-Kyffus, in dem der Dichter sein eigener Regisseur und Hauptdarsteller ist, wurde am Sonnabend im Deutschen Theater mit der Aufführung von „So ist das Leben“ eröffnet. Ein Drama von programmatischer Bedeutung für Wedekinds Wesen oder doch die Auffassung, die er von seinem Wesen begreift. Man hatte seine Paradoxien lange für den Ausfluß zynisch-skeptischer Grundstimmung gehalten, die, losgelöst von jeder positiven Überzeugung und jedem Liebesgungsinteresse, die Nichtigkeit von allem, was sich mit solchem Namen schmückt, höhrend entfallen, durch ihre Verströmungswelt das oberste zu unterst lehrend, verblüffen und verwirren will. Er galt als Glaubensloser, der innerlich verzweifelt, sich und die Welt zum Spielball überlegen kalten Spottes macht und im Verneinigen sein Genüge findet. So lagte man die Eulenspiegelkomödie seines „Wedekind“ auf, die vor etwa einem Jahrzehnt in Reinhardts glänzender Aufführung seinen Ruhm hier in Berlin begründete; so wurde er interpretiert und geleitet. Aber in Wedekind, dem Skeptiker, freute zugleich etwas von einem Romantiker. Er war es nicht zufrieden, daß man seine Gebilde um des Kontrastes willen, in dem sie zum Gewohnten standen, als die Keuperungsformen eines eigenartig selbstnen Temperaments ästhetisch wertete. Er, der nichts Vorhandenes, Anerkanntes als Wahrheit stehen lassen wollte, fühlte sich selbst als einen, der auf neuen Pfaden neue Wahrheit sucht. Der Ungläubige, der alles zu verachten schien, befah den Glauben an seine eigenen Paradoxien, empfand es als tragische Enttäuschung, daß man, wo er in vollem Ernst zu sprechen meinte, seine Worte für schillernde Ironien nahm. Er wollte mehr als Epitaph, ein Verklärer sein.

Sein Drama „So ist das Leben“ stellt diesen von ihm empfundenen Zwiespalt zwischen Sein und Schein im Gleichnis einer romantisch-aventurlichen Handlung dar — ein Selbstbekenntnis im symbolischen Formen. Der aus Perugia durch eine Revolution vertriebene Herrscher Nicolo, von dem Verwirrten seines Gottesgnadentums unmöglich durchdrungen, tritt unerkannt und flüchtig durch das Land. Er wird Knecht, Schneider, hält eine Majestätsbeleidigung mit Gefängnis und tritt zu guter Letzt in eine Komödiantentruppe. Vor dem fahrenden Volke auf der Flucht trägt er, als seine Erinnerungen und all sein Sein in die Worte legend, die Verse eines Königsmonologes vor. Aber die Menge, die er zu erschauern dachte, katst ihm als Spahmacher Beifall. Die Schmierendirektoren sind entzückt, wie drölig er das Hirtenspastorale skizziert, und wetteifern in Anerbietungen, um ihn als Posenreißer zu gewinnen. Wie dem Könige, geht es dem Dichter — er meint sein Innerstes zu offenbaren, und man applaudiert ihm mit verständnislosem Lachen. In dieser groß entworfenen Szene kulminiert der Sinn des Stückes. Der Schluss lenkt dann auf völlig andere Gedankenbahnen ab. Während nach der Anlage des Dramas der Entbrannte ein von Natur zum Höchsten Aukerkorener sein soll, erscheint am Ende der besonnenen Usurpator und ehemalige Schlächtermeister Folski als der besonnenen Einsichtvollere. Er sieht den fremden Mimen auf dem Schanzenriss die Königrolle spielen und wächt ihn, weil seine Worte weise klingen, unter dem Titel eines Hofnarrten zum Freund und Berater.

Wedekind, der solche Rollen, wie den utopisch verfliegenen Schönheitsapostel Doktor Hertzmann in „Hidalla“ mit starker Wirkung herauszubringen vermag, blieb in der Gestalt des flüchtigen Königs ohne Eindring. Sein trocken nüchternes Organ verlag sich den

gestellt. Damit haben wir eine Ausnahme von der Regel gemacht, daß Geschäften, die ohne genügenden finanziellen Rückhalt gegen den Willen des Parteivorstandes gegründet werden, Unterstützung aus allgemeinen Parteimitteln nicht gewährt wird. In diesem Ausnahmefall war die Hilfeleistung nach Meinung aller Beteiligten im allgemeinen Parteinteresse aber geboten.

Wir müssen mit aller Entschiedenheit die Behauptung als unwahr zurückweisen, daß der Parteivorstand an die Unterstützung des Göttinger Geschäfts die Bedingung geknüpft habe, daß der Genosse Thalheimer aus der Redaktion austrete. Bei den Verhandlungen in Stuttgart hat der Parteivorstand vielmehr ausdrücklich erklärt und auch später keinen Zweifel darüber gelassen, daß die wirtschaftliche Bedrängnis des Göttinger Geschäfts nicht etwa dazu ausgenutzt werden dürfe, die politische und parteitaktische Haltung des Göttinger Organs zu beeinflussen. Wir bedauern es im Interesse der Partei, wie unseres Göttinger Geschäfts, daß wir durch den unwahren Bericht in der „Bremer Bürgerzeitung“ gezeugen worden sind, interne geschäftliche Angelegenheiten eines Parteiorgans öffentlich zu erörtern. Bemerkten wollen wir noch, daß wir von der weiteren Entwicklung der Angelegenheit erst jetzt durch den nachfolgenden Bericht des Göttinger Parteiorgans vom 1. d. M. Kenntnis erlangt haben.

### Der Parteivorstand.

#### Die Fusion der Göttinger „Freien Volkszeitung“ und der „Donauwacht“.

Donnerstagabend fand die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göttingen statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Erweiterung der finanziellen Basis der „Freien Volkszeitung“. Zu diesem Zwecke wurde von den betreffenden Parteinstanzen die Fusion der Ulmer „Donauwacht“ und unseres Blattes angeregt, zu der der Berliner Parteivorstand und die Gesellschaft der „Schwäbischen Tagwacht“ die finanzielle Grundlage geben. Genosse Kinkel, der über die in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen berichtete, legte im Namen des Kreis Ausschusses eine Resolution vor, in der die Göttinger Genossen fordern, daß die Redaktion des Blattes durch die Genossen Thalheimer und Rohmann geleitet wird.

Daraufhin gab Genosse Dr. A. Thalheimer folgende Erklärung ab:

Angesichts dessen, daß infolge Aufgabe der finanziellen Selbstständigkeit der „Freien Volkszeitung“ und ihrer Verschmelzung mit der „Donauwacht“ auch eine Veränderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung“ zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zu verbleiben.

Angesichts dessen brachte Genosse Schepferle, Vorsitzender des Kreis Ausschusses, folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göttingen nimmt mit dem größten Bedauern den Austritt des Genossen Thalheimer von der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zur Kenntnis. Sie spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden war.“

Daraufhin wurde eine längere Debatte geführt über die praktische Durchführung der Fusion, die mit der Annahme folgender Resolution (mit allen gegen sechs Stimmen) endete:

„Die beiden Parteiorgane „Freie Volkszeitung“ und „Donauwacht“ werden verschmolzen und die geschäftliche Leitung der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht“ übertragen.“

Die beiden Parteiorgane werden unter einer Redaktion gestellt. Ueber die taktische und prinzipielle Haltung des Blattes sowie über die Befreyung der Redaktion entscheidet eine Pressekommision, die aus je drei Genossen vom Landesvorstand, aus dem 10. und dem 14. Wahlkreis gewählt wird.

Falls in dieser Pressekommision eine Einigung nicht erzielt wird, entscheidet endgültig der Parteivorstand.“

Eine Landeskonferenz für das Großherzogtum Sachsen-Weimar tagte vergangenes Sonntag im Volkshause zu Weimar. Sie war insgesamt von 79 Delegierten besucht, von denen auf den 1. Wahl-

Gefühlkalten, die hier erfordert werden. Frau Lilly Wedekind gab der Königinstochter, die dem Betrieden in Anknüpfung folgt, eine anmutig geschmeidige Erscheinung. Gut war Josef Aloins durch die Revolution zum Thron emporgetragener Schlächtermeister. Die Inzengiertheit arbeitete im Gegensatz zu dem stillen malerischen Rahmen, den Reinhardts Kunst dem Stücke einst gegeben hatte, mit ungewöhnlich primitiven Mitteln, verzichtete auf jeden Anreiz für die Phantasie. Das Publikum, das sich bis dahin abwartend verhalten, bereitete am Schlusse dem Dichter eine Ovation.

Schiller-Theater. O. Robert Wischs Lustspiel „Rachrum“ gehet nach Thema, Entstehungsjahr und Technik in die Zeit der Rodwehen des „jüngsten Deutschland“, da man anfang, das bis zum Ueberdruß tragödienhaft behandelte Künstlerproblem für die heiteren Mäusen zurückzuerobieren. Hatten die „Modernen“ den echten, darum „anerkannten“ Dichter stets als Erliegenden mit einem Revolverknall in die ewigen Jagdgründe befördert, so liegen die sogenannten Lustspielmacher nun ihren Feldern einfach im kritischen Moment verblüht, um ihn dann totzuholen. Jetzt regnete es nur so Leistungsnokrologe auf den elendig zugrunde Gegangenen, was wieder zur Folge hatte, daß seine dichterische oder künstlerische Werkhinterlassenschaft mit kolossalen Erfolgen über die Bretter ging und er selber plötzlich berühmt wurde. Dann aber begab sich auch das große Wunder, daß der vermeintlich tote, der gar nicht tot war, aus der Verlenkung aufstank und nunmehr Gelegenheit genug fand, sich über die Vorniertheit der Kunstkritik wie über die Dummkäuflichkeit des Publikums weiblich lustig zu machen. Zweifellos ist das ein Stoff für eine wirklich tiefgeschürfte Komödie. Aber die Aristophanesse fehlen uns; und Robert Wisch ist auch keiner. Immerhin versteht er sich auf das Ladenmachen nach dem erprobten Rezept der Moser-Schöntian, wonach die Personen bloß Puppen, die drastische Situationskomik und das wichtige Spiel mit Worten die Hauptrolle spielt. Man wird zwar bei der ganzen Schaumblaselei mit ihren mehr künstlich als künstlerisch eingebauten Gemütskisten nicht recht warm — aber man lacht. Das Schillertheater-Publikum des Ostens hat also hiermit seine lustige Sommerpielzeit eröffnet — und die Mädiener können schlafen gehen. Reinhold Köstlin, Gustel Hansen und Harry Förster nebst Adolf Joseph, Karl Rood, Karl Elzer und allen übrigen zu Ernsthaftigkeit oder Fogenmocherei verurteilten Darstellern sorgen schon, daß der Lachreiz permanent bleibt.

### Musik.

Auf den Ruinen der Kurfürstener Oper haben sie eine profitorische Poffenbude aufgeschlagen; und statt darüber zu weinen, müssen wir nun lachen über die Situationen in dem Landeseile „Der Langanwalt“. Es ist die richtige Theaterware, dieses Stück mit dem hier bereits bekannten Motiv von dem Verwandlungskünstler. Er verzeilt einen Lehmannabofolaten und kommt dabei ebenso wie sein Partner in Situationen von bekannter „Unmöglichkeit“ mit bekanntem „gutem“ Ausgang.

Der Komponist des bereits in Hamburg aufgeführten Stückes heißt Walter Schall. Er ist zwar kein „Humperdin“ der Operette“, für den er bis und da zu gelten scheint. Aber ein zeitweiliges Hinausdrängen über die bloße Singpielerei, durch gewichtigere Orchesterstücke, läßt hoffen — wie man zu sagen pflegt. Gelingen wurde hoffnungslos und gespielt fast ebenso, etwa Lisbeth Schläpfer und vielleicht noch Margarete Fischbach ausgenommen.

Kreis 26, auf den II. 17 und auf den III. 85 Delegierte entfallen. Der Parteivorstand war durch Gen. Ebert-Berlin vertreten. Außerdem nahmen die beiden Bezirkssekretäre für Thüringen, die Gen. Gaudert und Leber, sowie mehrere Vertreter der Parteipresse an der Tagung teil. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der einmütige Antrag der Kreisvorstände aller drei weimari-schen Wahlkreise, vom 1. Januar 1913 ab eine gemeinsame Landeszeitung für das Großherzogtum Sachsen-Weimar herauszugeben. Nach reichlich vierstündiger Aussprache, in der alles für und Wider eine gründliche Erörterung fand, setzte die Landeskonferenz in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 11 Stimmen zunächst den prinzipiellen Beschluß auf Herausgabe einer gemeinsamen Presse für das gesamte Großherzogtum. Hierauf wurde in einer zweiten namentlichen Abstimmung mit 64 gegen 18 Stimmen, die sich auf Erfurt (9), Weimar (8) und Eisenach (1) verteilten, Jena zum Druckort für das neu zu gründende Parteiorgan bestimmt. Die Erledigung der aus diesen Beschlüssen erwachsenden Vorarbeiten übertrug die Konferenz den Kreisvorständen der drei weimari-schen Wahlkreise. — Hierauf erstattete Genosse Leber-Jena ein Referat über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des weimari-schen Landtages während der abgelautenen Legislaturperiode, an dessen Schluß eine die Haltung unserer Vertreter billigende und die jämmerrliche Haltung der liberalen Abgeordneten bei den verschiedenen Anlässen scharf verurteilende Resolution einstimmig Annahme fand. Genosse Gaudert-Weimar referierte in einem weiteren Referat die Forderungen, die die Sozialdemokratie anlässlich der bevorstehenden Revision der weimari-schen Gemeindeordnung zu stellen hat. Die Landeskonferenz stimmte den vom Referenten vorgelegten Leit-sätzen einseitig zu.

### Die südlawische Sozialdemokratie Oesterreichs

hielt in den letzten Tagen ihren gutbesuchten Parteitag in Laibach ab. Das nunmehr täglich erscheinende slowenische Parteiblatt entwickelt sich günstig, die Stimmenzahl bei den Parlamentswahlen hat sich seit 1907 von 13 000 auf 20 000 erhöht, jedoch besitzt die Partei noch kein Mandat. Der Parteitag verurteilte nach gründlicher Debatte jede nationale Peripetition der Gewerkschaften und hausvintische Verweigerung der Arbeiterbewegung aufs schärfste.

Die Sozialdemokratie der Bukowina, jener östlichen Provinz Oesterreichs, die mit ihren sechs Nationen — Deutsche, Ruthenen, Rumänen, Polen, Juden und Armenier, die halbweiden Huzulen und die magyari-schen und rumänischen Ausländer abgerechnet — ein Abbild des ganzen Reiches ist, hat sich in einer internationalen Zentralorganisation zusammengeschlossen. Die Erfahrungen mit der nationalen Wiederung der österreichischen Sozialdemokratie seit 1897 mögen dazu bestimmt haben.

Zum Parteisekretär für Westpreußen ist der Genosse Julius Gehl aus Bromberg gewählt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Und wieder Mansfelder Wahlterror.

Wie kürzlich berichtet, wurde vom Schöffengericht Esleben der Gutbesitzer Rath aus dem Dorfe Reehausen aus dem Mansfelder Wahlkreis zu 75 M. Geldstrafe und die nicht unerheblichen Kosten verurteilt, weil er am Stichwahltag unsere Genossen aufs größtmögliche beleidigt hatte. Raths Kollege, der Gutbesitzer Ramdohr, ging noch ganz anders gegen unsere Genossen vor. Er schimpfte nicht bloß „rote Bande“, sondern trat den Genossen Morgenthauf denartig in das Gesicht, daß dieser 3 Meter weit flog. Auch hatte er ihn vorläufig auf den Fuß getreten, daß der Nagel des großen Zehe abging.

Ramdohr hatte sich am 1. Juni ebenfalls vor dem Eslebenen Gericht in der Privatklage gegen ihn zu verantworten. (Der Staatsanwalt hatte abgelehnt, im öffentlichen Interesse einzugreifen.) Bemerkenswert waren die Ausführungen des Wahlvorstehers und Ortschulzen Schimpf, der als Entlastungszeuge auftrat. Er meinte, er sehe heute noch auf dem Standpunkt, daß die Reichstagswahl nicht öffentlich sei. Er sei schon öfters Wahlvorsteher gewesen und könne nicht zugeben, daß das Wahllokal ein öffentliches sei. Er würde höchstens nur sehr bekannte, gut legitimierte Leute zugelassen haben, aber nicht jeden besten. Der Angeklagte Ramdohr wurde zu 100 M. Geldstrafe und Krugung sämtlicher Kosten verurteilt nebst Publikationsbefugnis für den Kläger. Die angebotene Buße von 125 M. wurde nicht angenommen.

### Eine Ehrung des lippischen Volkes.

Im November v. J. hatte die Bielefelder „Volks-wacht“ in einer Mitteilung aus Detmold kurz das Verhalten der liberalen „Lipp. Landeszeitung“ bei Gelegenheit der Veröffentlichung eines Handschreibens des Kaisers an den Fürsten zu Lippe kritisiert. Das liberale Blatt hatte geschrieben, der Inhalt des Schreibens sei eine Ehrung für das ganze lippische Volk und werde von ihm dankbar begrüßt. Die „Volkswacht“ bemerkte dazu, daß sich das liberale Blatt wieder am bedenktesten Benommen habe und sich eine Speichelleckerei gestalte. Der Redakteur der „Lipp. Landeszeitung“ klagte, und erreichte vor dem Schöffengericht die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs der „Volkswacht“, Genossen Dredshage, zu 75 M. Strafe. Das Urteil wurde mit einer merkwürdigen Begründung versehen, in der konstatiert wird, daß das Schreiben des Kaisers tatsächlich eine Ehrung des ganzen lippischen Volkes bedeute, und in der es weiter heißt, daß bei der Straf-zumessung strafverschärfend zu berücksichtigen sei, daß der „Volks-wacht“ artikel „in schamloser Weise den patriotischen Sinn des Privatklägers der Biederlichkeit preisgibt“. Genosse Dredshage lehnte darauf für die Berufungsverhandlung sämtliche Klätter des lippischen Landesgerichts als befangen ab. Das Oberlandesgericht erachtete die Ablehnung aber nicht für begründet, so daß sich die Detmolder Strafkammer mit der Berufung zu beschäftigen hatte. Sie bestätigte das Urteil des Schöffengerichts, folgte dem Urstrichter aber nicht in der sonderbaren Wertung einiger ironischer Wendungen. — Auch die Strafkammer hat angenommen, daß der Redakteur der „Lippischen Landeszeitung“ persönlich getroffen sei. Genannt war er nicht, auch nicht andeutungsweise.

### Preussischer Wind in Württemberg.

Gegen den Redakteur der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen, Genossen Dr. Thalheimer, ist Anklage wegen Aufregung zum Klassenhaß und Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt erhoben worden. Nach Ansicht des Staatsanwalts sollen die Straftaten in zwei Artikeln begangen worden sein, wovon der eine unter dem Titel „Reserve hat Ruh“ sich an die entlassenen Soldaten wendete, während der andere sich mit einer Rede des Landtagsabgeordneten Genossen Kinkel beschäftigte und einige von diesem getane Verhörungen zitierte. Die Untersuchung hat über ein halbes Jahr gedauert, denn die Artikel sind bereits im Oktober vorigen Jahres erschienen. Verhandlungstermin wird voraussichtlich Ende dieses oder Anfang nächsten Monats vor dem Schwurgericht in Ulm stattfinden.

### Jugendbewegung.

Der Verbandstag der deutsch-österreichischen Jugendorganisation, der zu Pfingsten in Bodenbach a. d. Elbe tagte, war von 177 Delegierten besucht, deren große Mehrzahl aus Deutschböhmen kam, was nur der tatsächlichen Entwicklung der Jugendbewegung seit 1900 entspricht. Der Verbandstag, dem auch Vertreter der Parteileitung, der Gewerkschaftskommission und der Reichratsfraktion, sowie der nichtdeutschen Jugendorganisationen Oesterreichs beiwohnten, nahm den schönsten Verlauf. Hervorzuheben sind die Referate über die Krisis der Sozialen und deutschradikalen Gegner, über die Bildungsarbeit und den Kampf um den Tagesunterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen — das großartige Zentralfortbildungsschulgebäude, das die Wiener Stadtherrschter dieser Tage den Berliner Stadtvätern zeigten, steht tagsüber leer! Von den Beschlüssen sind namentlich die gegen den Alkoholisismus und zugunsten der in



Deutschböhmischen bereits bewährten gemeinsamen Organisation der männlichen und weiblichen Jugend hervorzuheben.

## Soziales.

### Zum Inkrafttreten der Versicherungsämter.

Der Minister für Handel, der Minister des Innern und der Landwirtschaftsminister haben nach einem im gestrigen Reichsanzeiger veröffentlichten Erlaß bestimmt, daß die Versicherungsämter am 1. Juli 1912 ins Leben treten. Ferner sind die Gemeindevorstände folgender nichtkreisfreier Gemeinden als „untere Verwaltungsbehörden“ bestimmt: in der Provinz Ostpreußen: Braunsberg, Memel, Osterode; in der Provinz Westpreußen: Joppot; in der Provinz Brandenburg: Finsterwalde Köpenick, Küstrin, Ludenwalde, Pankow, Rathenow, Sommerfeld, Steglitz, Weichensee, Wittenberge; in der Provinz Pommern: Greifswald; in der Provinz Posen: Gnesen, Schneidemühl; in der Provinz Schlesien: Glatz, Glogau, Hagenau, Hirschberg, Waldenburg; in der Provinz Sachsen: Eilenburg, Merseburg, Schönebeck, Staßfurt, Suhl; in der Provinz Hannover: Goslar, Hameln, Peine; in der Provinz Westfalen: Ahlen i. W., Bocholt, Geseke, Gronau, Haspe, Höhenlimburg, Minden, Paderborn, Rheine, Schwerte, Siegen, Soest, Unna, Wattencheid; in der Provinz Hessen-Rhessien: Dieblich, Höchst, und in der Rheinprovinz: Esweiler, Heuß, Stolberg, Welbert, Wierzen.

### Neue Einwanderung von Italienern.

Der Raubkrieg der Italiener in Tripolis hat bekanntlich ganze Scharen armer Proletarier von Deutschland geholt und als Kanonenfutter verwendet. Unternehmer haben dies bereits beklagt, weil sie ihre billigen Arbeitskräfte verloren haben. Nun ergreift die Türkei nach langem Zögern Maßregeln und wies viele Tausende von Italiener aus der Türkei aus. Großmächtig hat nun die Regierung in Rom der Welt erklärt, daß sie auch den Rest der in der Türkei verbleibenden Italiener zurückrufen, damit die Türkei bei Bahnbauten usw. in Verlegenheit kommen soll. Man habe „Brot und Arbeit“ genug im Lande Italien.

Wäre dies der Fall, so müßten nicht alljährlich so viele Tausende armer Italiener über die Alpen wandern, um in Deutschland als Lohnbrüder aufzutreten. Geheim muß aber die Ausweisung der Regierung in Rom doch größere Sorgen bereiten, als man öffentlich zugibt und in die Welt posant. Denn die Konsulate in Deutschland haben eine geheime Anweisung erhalten, für die Unterbringung der Ausgewiesenen baldigst Sorge zu tragen. Die Konsulate stellen nun bereits Erhebungen an, ob in einzelnen Städten Deutschlands Arbeitermangel herrsche, ob auch Streiks usw. vorhanden sind, damit man die armen Ausgewiesenen da sofort unterbringen könne. Auch über die Aussparungen in einzelnen Branchen, wie in der Metallindustrie sucht man sich zu informieren, weil eben bei solchen Gelegenheiten viele „Kräfte“ gebraucht würden.

Man sieht also wiederum, daß die armen Italiener zu Lohnbrüder, Streikbrechern von ihrer eigenen Regierung kommandiert werden sollen, nur damit sie aus dem Lande Italien abgeschoben werden können und dem Staat nicht zur Last fallen, der jetzt alle Mittel braucht, um das „Christentum“ den Arabern zu bringen.

### Generalversammlung technischer Lehrerinnen.

In der Pfingstwoche fand in Hagen in Westfalen unter lebhafter Beteiligung die 9. Generalversammlung des Landesvereins preussischer technischer Lehrerinnen statt. Die Tagung des über 3000 Mitglieder zählenden Vereins brachte einen sehr anregenden Verlauf. Der Antrag des Vereins Berliner Fachlehrerinnen, die Generalversammlung solle beschließen, der Landesverein preussischer technischer Lehrerinnen möge korporativen Anschluß an den Preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht zu erlangen suchen, wurde zwar abgelehnt, doch wurde den Ortsgruppen dringend empfohlen, ihrerseits sich in ihren Orten bestehenden Vereinen für Frauenstimmrecht anzuschließen und auch sonst in ihren Reihen aufklärend und werbend zur Erlangung des vollen Staatsbürgerrechts der Frau zu wirken. Ein Antrag, den Berlin und Reutlingen gestellt hatten, der Landesverein möge geeignete Schritte tun, um eine Änderung der von den Ortsgruppen handelnden §§ 20 und 22 des Lehrerbefolgungsgesetzes herbeizuführen, wurde einstimmig angenommen. Es wird eine gesellige Aenderung der betreffenden Paragraphen in dem Sinne verlangt, daß ein Unterschied in der Befolgung der Ortszulagen bei den verschiedenen Kategorien von Lehrerinnen desselben Ortes nicht gemacht werden darf.

## Verfammlungen.

### Organisation der Brauereiarbeiter in Amerika.

Der Redner führte seine Zuhörer in die Anfänge der Organisation in den Jahren 1879 bis 1881 zurück und zeigte, unter welchen Schwierigkeiten die Gewerkschaft sich Wehrt brach, grimmig verfolgt von den Unternehmern und wenig gestützt von den Arbeitern, die durch die unerschöpfliche lange Arbeitszeit, oft 14-18 Stunden lang, verkränkt waren. Nach verschiedenen Rückschlägen sah die Organisation 1886 festen Fuß und schloß Tarifverträge ab, die für eine Mitgliedschaft von 6000 Arbeitern manche Verbesserungen brachten und die Arbeitszeit auf 10 Stunden reduzierten. Das Jahr 1887 brachte mit dem Bombenwurf in Chicago und der folgenden großen Anarchistenbegeisterung eine Krise in der Arbeiterbewegung, unter der auch der Brauereiarbeiterverband schwer zu leiden hatte; die Unternehmer versuchten mit allen Mitteln die Organisation zu zerstören, und 1888 zählte sie nur noch 1500 Mitglieder. Nach jedem neuen Rückschlag wuchs aber die Bewegung immer mächtiger in die Höhe. Nach dem Jahre 1890 führte sie sehr wirksame Demonstrationen durch und gewann schnelle Ausdehnung bis 1903, als eine große wirtschaftliche Krise über das Land hereinbrach. Immer wieder versuchten die Unternehmer durch große Aussparungen, schwarze Listen, gerichtliche Verfolgung usw. den Verband zu zerstören, aber es gelang ihnen nicht. Der Verband erlangte große Erfolge für die Arbeiterschaft, ihre Löhne wurden stetig erhöht, ihre Arbeitszeit auf 9 und zu einem großen Teil auf 8 Stunden verringert, alle Verhältnisse verbessert, so daß die Unentbehrlichkeit der Organisation immer größeren Streifen der Arbeiter klar wurde. Neben der Macht der Unternehmer hatte der Verband noch mit anderen großen Schwierigkeiten zu rechnen, die durch die Temperenzbewegung in Amerika entstanden, ferner hatte er schwere Kämpfe, Grenzstreitigkeiten mit anderen Arbeiterverbänden zu führen, aber er hielt wacker durch.

Im Jahre 1902 hatte der Verband eine Mitgliedschaft von 14 000, die gegenwärtig auf 53 500 angewachsen ist. 93 Prozent aller Arbeiter in den Brauereien gehören zum Brauereiarbeiterverband. In den Tarifverträgen, die abgeschlossen werden, steht als oberste Forderung, daß nur Mitglieder des Verbandes beschäftigt werden dürfen. Die Organisation genießt heute unbedingte Anerkennung, die Unternehmer verhandeln mit ihr als mit einer gleichberechtigten Macht. Wo Konflikte entstehen, da werden sie mit der größten Zähigkeit und ohne Rücksicht auf die Kosten ausgefochten. In bezug auf die Löhne bemerkte der Redner, daß 18 bis 20 Dollar pro Woche nicht selten bezahlt werden. Diese Erhöhung gegenüber früheren Löhnen von 10-13 Dollar bedeutete aber nicht sehr viel, denn seit einigen Jahren sind die Preise für Nahrungsmittel bedeutend gestiegen. Uebergend zu den innigen Ein-

richtungen der Organisation in Amerika führte Guebner an, daß von den Lokalverbänden 4 Dollar pro Jahr und Mitglied an die Zentrale abgeliefert werden müssen. In Streikfällen werden 7 Dollar pro Woche aus der Verbandskasse bewilligt, aber bei großen Streiks werden 12-15 Dollar bezahlt, da durch Extrabeitende genügend Mittel aufgebracht werden. Alle Unterstützungen anderer Art sind Angelegenheiten der Lokalverbände, die nach ihrem Belieben Einrichtungen treffen können. Vor einiger Zeit erst hat die Mitgliedschaft eine allgemeine Unfall- und Altersversicherung, an der sich auch die Unternehmer zugunsten der Arbeiter beteiligen wollten, durch eine Abstimmung abgelehnt. — Das Verbandsvermögen beträgt 600 000 Dollar, mit dem Vermögen der Lokalverbände über 3 000 000 Dollar. Es wird stets Wert darauf gelegt, daß ein großer Kriegsfonds flüssig ist, um sofort den größten Kampf führen zu können. Zum Schluß kam der Redner noch auf die Einwanderung zu sprechen, die seit Jahren schon sehr nachgelassen habe. Der Verband nimmt die Einwanderer gern auf, aber sie müssen beweisen, daß sie schon in ihrem Heimatlande treue Mitglieder der Organisation waren.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Verbandsvorsitzende Egel ging in der Diskussion auf einige Punkte näher ein und hob rühmend hervor, daß der Brauereiarbeiterverband in Amerika an der Spitze steht unter den Gewerkschaften, die für den Sozialismus eintreten und über sozialistische Ideen volle Ausbreitung verbreiten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Besprechung der Anträge zum Verbandstag, referierte Podapp und unterzog eine Reihe von Anträgen, deren 24 vorlagen, einer kritischen Würdigung. Die Diskussion darüber, die sich besonders um die Fragen der Beitragsberechnung und der Verschmelzung mit anderen Verbänden bewegte, wurde auf Antrag aus der Versammlung bald geschlossen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Lesenbende.

Treptow-Baumfäulenweg. Für den Ausfall des Lesenabends im Mai findet am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Serpenthin, Baumfäulenstr. 78, eine gemeinschaftliche Versammlung der Genossinnen statt. Vortrag des Herrn Dr. med. Simmel: „Der weibliche Organismus“. Treffpunkt für die Genossinnen des Berliner und mittleren Ostteils um 8 Uhr an der Rosalifabrik, Kieffholzstraße.

## Aus aller Welt.

### Glückliche Tiere.

Die überaus große Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung betrachtet es als ein außerordentliches Glück, dauernde Beschäftigung zu haben. Körper und Geist stärkende Ferien sind Millionen Arbeitern bislang ein unerreichbares Ideal. Erst dann, wenn der Arbeiter durch die übermäßige Ausbeutung seiner Arbeitskraft marode geworden ist, muß er gezwungenermaßen aufspinnen. Aber die Furcht, seine bisherige Arbeitsgelegenheit zu verlieren oder das unzulängliche Krankengeld zu empfangen, zwingt ihn, seine unfreiwilligen Ferien vorzeitig zu beenden. Sollte ein Arbeiter in seiner Verblendung sich aber gar zu dem wahnwitzigen Gedanken versteigen, daß eigentlich doch der Unternehmer, der aus der Arbeitskraft seiner Arbeiter den Mehrwert zieht, moralisch verpflichtet sei, ihn zur Kräftigung seiner geschwächten Gesundheit in ein Seebad zu schicken, so ist ein Arbeiter würde man in ein Karrenhaus stecken. Und doch ist das gar nicht so nützlich, wenn es sich nicht um Arbeiter, wohl aber um Rennpferde handelt.

In der Berliner „Sportwelt“ vom 29. Mai lesen wir: „Aus Ostend“ schreibt uns unser belgischer Korrespondent: Die Hirschbergerschen Kandidaten für Hamburg und Bremen steigen in den letzten Tagen von ihrem Stuhle herab. Nachdem Monthon, der sich von seinem Kölner Doppelpferde nicht so bald, wie erwartet, hat erholen können, und Coram Populo, welcher stark angegriffen aus der Grand Steeple Chase de Bruges zurückkam, schon seit Wochen hier Kräftigung in stählenden Seebädern suchen, hat man nun auch bei Quatrans erstem Versuch in einem ernstern Handicap — im Prix de l'Écart in Stedel — einsehen müssen, daß er zum Tragen eines größeren Gewichtes doch noch nicht fähig ist, indem er erst neun Längen hinter dem fünfjährigen Widowler-Sohn Abatis des Chev. von den Branten einlief, von welchem er drei Allos erhielt und sich auch noch vor dem sechsjährigen My Uncle mit fünf Längen beugen mußte.“

Was den Pferden recht ist, ist noch lange nicht den Arbeitern billig, so verlangt es die vielgepriesene kapitalistische Weltordnung. Denn Rennpferde kosten Geld, Arbeitslose liegen genug auf der Straße, und wenn sie verbraucht sind, ist kostenloser Ersatz vorhanden.

### Tödliche Fliegerabstürze.

Bei der Abfahrt zum nordwestdeutschen Rundfluge, die am Sonntag früh in Bremen stattfand, hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Buchstätter, der kurz nach 7 Uhr mit Leutnant Stille vom 2. hannoverschen Infanterieregiment Nr. 77 aufgestiegen war, stürzte beim Nehmen einer Kurve plötzlich ab. Der Apparat überschlug sich und begrub beide Insassen unter sich. Beide wurden durch Eisensägen und Welle erst aus den Trümmern befreit. Buchstätter gab noch einige Lebenszeichen von sich, verschied aber bald darauf. Leutnant Stille war sofort tot. Die Veranstaltung wurde unterbrochen.

Ein zweiter tödlicher Fliegerabsturz wird aus North-Palms (Nordamerika) gemeldet. Als der Aviatiker Parmelee dort einen Aufstieg unternahm, wurde der Apparat plötzlich von einem Windstoß erfasst und zur Erde gedrückt. Der Apparat wurde vollkommen zertrümmert. Parmelee war sofort tot. Erst am letzten Donnerstag verunglückte der Aviatiker, indem er mit seiner Maschine in die Zuschauermenge stürzte, wobei eine Person getötet, eine andere tödlich verletzt wurde.

### Der Kronprinz als Schriftsteller.

„Aus meinem Jagdtagebuch. Von Friedrich Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.“ Unter diesem Titel kündigt die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart für Ende dieses Monats eine Neuerscheinung an. Da dem Kronprinzen seine Heden und sein Auftreten im Reichstage nicht besonders gefällt sind, ist es recht ersehnt, daß seine Oberstufenzeit in Danzig ihm zu schriftstellerischer Betätigung Zeit ließ. Das neue Werk scheint dem „Berliner Tageblatt“ wichtig genug, daß das linksliberale Organ an der Spitze seines Feuilletons das feierliche Versprechen abgibt, am Tage der Vorkausgabe in Leipzig eine ausführliche Besprechung zu bringen. Schon jetzt schreibt das „Berliner Tageblatt“: Da der Kronprinz ja durch seine hervorragende Stellung Jagden mitgemacht hat, die nicht jedem sterblichen Kinnrod beschieden sind, so dürfte sich in dem Buche auch für die Jagdkreise sehr viel Interessantes finden.

Glücklicher Kronprinz — glücklicher Liberalismus.

### Furchtbare Familientragödie.

Ueber die Verzweiflungstat eines Familienvaters wird aus Breglitz in Böhmen gemeldet: Der bei einem Eisenbahnunfall verunglückte Lokomotivführer Wrbka, der durch den Unfall sein

Augenlicht verloren hatte, befand sich schon seit Jahren in einem Prozeß gegen die Eisenbahndirektion, von der er eine auskömmliche Rente verlangte. Da die Frau des Wrbka selbst kranklich war und seine beiden im Alter von 8 und 10 Jahren stehenden Kinder noch nichts verdienen konnten, herrschte in der Familie oft die bitterste Not. Die jahrelange Prozeßierung um sein Recht hatte die Nerven des verunglückten Staatsbeamten schließlich so zerrütet, daß er in der letzten Nacht den unseligen Entschluß faßte, sich und seine Familie aus dem Leben zu schaffen. Wie heutigen Morgenlaffes gelang es ihm, seinen Familienangehörigen unbemerkt Strychnin, das er sich von einem Freunde verschafft hatte, in den Kaffee zu schütten. Alle drei Personen und Wrbka selbst, der ebenfalls von dem Gift genossen hatte, starben nach kurzer Zeit unter schrecklichen Qualen.

Die Eisenbahndirektion aber ist eine schwere Sorge los. Jetzt braucht sie sich mit der Klage des in ihrem Dienste Verunglückten nicht mehr zu befassen.

### Selbstmordversuch des Leutnant Paterno.

Ein dramatischer Zwischenfall ereignete sich am Sonnabend vor den Wiffen in Rom während der Verhandlung des Nordprozesses gegen den Leutnant Paterno, der angeklagt ist, die Hofdame der Königin von Italien, Gräfin Trigona, getötet zu haben. Während der Aussagen eines Zeugen versuchte plötzlich Leutnant Paterno seinem Leben ein Ende zu machen, indem er mehrmals mit dem Kopf gegen das Eisengitter rannte, das die Anklagebank umgibt. Blutüberströmt sank der Mörder zur Erde und mußte aus dem Saal getragen werden, während der Präsident unter großer Erregung des Publikums die Sitzung schloß. Der Zustand Paternos gibt zu Bedenken Anlaß. Ueber die Skandalaffäre in der römischen Gesellschaft haben wir seinerzeit berichtet.

### Sind das deutsche Frauen?

Mit dieser Ueberschrift bringt das „Leipziger Tageblatt“ von seinem Hamburger Korrespondenten folgendes:

In Tierpark herrscht seit einigen Tagen unter der tapferen Beduinenstark Unzufriedenheit, die bisweilen in temperamentvollen, schlagfertigen Meinungsäußerungen zum Ausdruck kommt. Schuld daran tragen aber nicht die Beduinen, sondern die vielen Hamburger jungen Frauen und Mädchen, die sich geradezu um die Günst der Beduinen reihen. Wenn man die flammenden Wäde dieses schönen Geschlechts und dabei die Ausdauer — sie schleichen unermüdet Stundenlang um die Beduinenhäute herum — betrachtet, so wird man verstehen können, daß die heißblütigen Beduinen diesem reizvollen Spiel nicht länger widerstehen können und die Gelegenheit, ein bißchen auf arabische Art zu flirtieren, wahrzunehmen. Leider hat dieses Spiel unangenehme Begleitererscheinungen im Gefolge gehabt. Am zweiten Pfingstfeiertage ist es des schönen Geschlechts wegen unter den Beduinen zu Täglichkeiten gekommen, die das sofortige Einschreiten der Polizei und der Wache und Schließgesellschaft notwendig machten. Mehrere Beduinen hat man, wie wir hören, bereits nach ihrer Heimat zurückgeschickt. Obwohl die Firma Hagender in anerkannter Weise Maßnahmen zur Verhütung von dazwischenfallenden Zwischenfällen getroffen und die Beamten streng angewiesen hatte, die den Beduinen sich in zu auffälliger Weise nähernden Frauen und Mädchen ohne weiteres aus dem Park zu entfernen, haben sich in letzter Zeit solche unliebsame Szenen, wie vorstehend geschildert, wiederholt. Es ist tief bedauerlich, daß die deutschen Frauen, die, was Charakter und Moral anbetrifft, anderen Leuten sonst zum Vorbild dienen, sich so weit herablassen und ihr eigenes Ich in den Schmutz ziehen. Noch bedauerlicher aber ist es, wenn Mutter und Tochter, wie es hier der Fall gewesen ist, ein gemeinsames Liebeswerben beginnen und sich dabei gegenseitig Konkurrenz machen. Psst! Wir wollen hoffen und wünschen, daß diese Beilen dazu beitragen, in gutem Sinne auf die Frauen einzuwirken. Sie mögen sich auf sich selbst besinnen und zur Einsicht gelangen, ehe es für sie und vielleicht auch für ihre Familie zu spät ist.“

Eine nette Probe der so viel gepriesenen Tugend des Bürgerstums. Dafür schimpft die Gesellschaft bei passender Gelegenheit nach Kräften über Anstößlichkeit in den Arbeiterkreisen.

### Der Amtsschimmel.

Ein Welfer Kaufmann hatte von einer Güterabfertigungsstelle im Kreise Pübig auf einen größeren Betrag noch 15 Pf. zu erhalten. Daraufhin bekam er dieser Tage mittels einer Behauptungsbekundung fünf Pfennige überhand, die er nach Klärtierung feierlich dem Briefträger als Abtragsgeld überweisen mußte. Der Rest von 10 Pf. ist somit bezahlt, ohne daß der Gläubiger etwas davon bekommen hat.

### Kleine Notizen.

Tödlich verunglückt. Auf dem Güterbahnhof in Stolp lernte sich der Lokomotivführer Otto Müller an einen stehenden Rangierzug, um die Arbeit seines Heizers an der Maschine zu übernehmen. Der Zug setzte sich plötzlich in Bewegung und Müller kam ins Rollen und geriet unter die Räder, die den Kopf vom Rumpfe trennten.

Bergmannstod. In der Nacht zum Sonntag bemerkte die Bergschacht der ober-schlesischen Radzienkaugrube in Stolzen 3 Brandgeruch und flüchtete daraufhin. Drei Bergleute fielen trotz angelegter Rettungsversuche giftigen Gasen zum Opfer.

Kinderanzwanzig Personen verunglückt. Infolge Kaiserlicher Weichenstillung ereignete sich gestern auf der Linie Chosy-Is-Roi-Juri bei Paris ein schwerer Eisenbahnunfall, bei dem 25 Personen verletzt wurden. Zwei von ihnen schwer.

Mit dem Tode geföhnt. In Oranien bei Chartres an der Orleansbahn in Frankreich ereignete sich Sonntag ein furchtbares Unglück. Eine Wahnwärtersfrau, die mit einer Kasse in Gepräch begriffen war, hatte vergessen, die Schranke zu schließen. Die Lokomotive der Nachbarin sowie ein ihr anvertrautes Pflögelind spielten auf dem Geleise. Tödlich bräuste ein Schnellzug heran. Beide Frauen wurden die Kinder reiten, wurden aber samt diesen von der Lokomotive erfasst und getötet.

Ein verschwandener Domherr. Der Kanonikus Bilon, Pfarrer an der Kirche St. Serge in Angers, ist verschwunden. Es wird angenommen, daß der Geistliche von Verbrechern unter dem Vorwande, er möge sie zu einem Sterbenden begleiten, in einen Hinterhalt gelockt und ermordet worden sei.

Dampfkefexplosion. Am Landungsplatz der russischen Hafenstadt Wologda explodierte am Sonntag der Dampfessel eines Passagierdampfers. Vier Personen wurden getötet und viele verletzt.

### Eingegangene Druckschriften.

Ein neuer Weg zur Behandlung von Alterserscheinungen — Lungenschwamm und Arterienverkalkung. Von Dr. J. Vid. 1 B. D. Gollent, Berlin W. 30.

Der deutsche Buchhändlerverband im Jahre 1911. 106 S. Selbstverlag in Berlin.

Die Gewerkschaftsbewegung in Bremen 1911. 70 S. Verlag des Gewerkschaftsrates in Bremen.

Kinderkommissionen Teltow-Bredow. Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Generalkonferenzsaal, Engelstr. 15 (Eaal 9): Sitzung der Kontrollkommissionen. 1. Vortrag des Genossen Simon Rosenfeld. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kontrollkommissionen ist dringend erforderlich.



**„Der Kampf“**, Sozialdemokratische Monatschrift (Wien), 5. Jahrgang, Heft 9. H. Weber: Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Friedrich Kusterlich: Die Deutschbürgerlichen von heute. Karl Renner: Das Gland des Reiches. Otto Bauer: Der Arbeiter und die Nation. Ignaz Daszinski: Galizische Parteifragen. Hermann Diamand: Die Liebesgaben in Oesterreich. Adolf Braun: Gewerkschaftliche Forderungen. Otto Wittner: Ein literarisches Salotto.

**Ans der Werkstatt des Chirurgen von Prof. H. Frh. v. Ellsberg.**  
61 S. H. Heller u. Cie. Wien I.

Das Verhältnis der Mehrwerttheorien von Karl Marx und Thomas Hodgkin von Dr. C. Koepf, 289 S. — Feuerzauber. Roman von Sophie v. Rutenberg, 3,50 M. — Die Kaugeräucherin von H. Pahl, 2 M. — Armenische Funken von P. Dhanianz, 1,50 M. C. Koenig, Wien.

Amouren. Roman von Hjalmar Bergmann, 4 M., geb. 5 M. — Das Testament Dr. Gnaden. Roman von Hjalmar Bergmann, 4 M., geb. 5 M. — Das Buch des Pappen Johom Turi. Erzählungen, 6 M., geb. 7,50 M. — Sechs Novellen von H. Schwerdtfeger, 3 M., geb. 4,50 M.

— **Lufak Langkoffer.** Das Verbrechen der Witte Gattin. Zwei Erzählungen von D. Kesser, 3 M., geb. 4,50 M. — Die silberne Taube. Roman von Andrej Gely, 5 M., geb. 6,50 M. Ratten u. Loening, Frankfurt a. M.

**Zeiten und Völker.** Monatshefte für Geschichte, Kulturgeschichte, Länder- und Völkerkunde. Heft 3, 4 und 5. Französischer Verlags-Verlag, Stuttgart. Jährlich 12 Hefte nebst zwei Beilagen, 4,80 M.

**Reisegeleit zur Reisezeit!** Von H. Ludwig, 50 Bl. Niederberg, J. Hofmeister, Leipzig.

Unserem elken Genossen und Zahlendmit 19655  
**Otto Schmidt** nebst Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Gen. d. 274. Bez., 4. Kreis.

**Sozialdemokrat. Wahlverein Schmargendorf.**  
Am Sonntag, den 2. Juni, morgens 2 Uhr, verstarb unser langjähriger Parteigenosse, der Galtoirt

**Friedr. Barthel**  
Barnemünder Str. 6.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs, Dreitestraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 2. Juni verschied nach längerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater  
**Friedrich Barthel**  
im Alter von 63 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetriibt, um stües Beleid bitten, an  
Frau Anna Barthel nebst Kindern.  
Berlin-Schmargendorf, Barnemünder Str. 6.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Schmargendorfer Friedhofes aus statt.

**Todes-Anzeigen**

Am 1. Juni verschied nach langen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzenguter Vater, Schwieger- und Großvater  
**Ernst Schmidt.**  
Um stües Beleid bitten  
Witwe Luise Schmidt nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 5011

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Zentraler Viertel. Bezirk 296.  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenmacher

**Ernst Schmidt**  
Hohenlohestr. 3, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht  
216/17 Der Vorstand.

Am 2. Juni, vorm. 10 1/2 Uhr, verstarb plötzlich nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Onkel, Bruder und Schwager  
**Otto Wilcke**  
im Alter von 43 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.  
Marie Wilcke geb. Wendrich nebst Kindern.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 2. d. M. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

**Otto Wilcke**  
Weihenburger Straße 68.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
228/20 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

**Otto Wilcke**  
Weihenburger Str. 68, im Alter von 43 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
64/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliebern die traurige Nachricht, daß unsere langjährigen Mitglieder, die Kolleginnen

Am 2. Juni verschied nach längerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater  
**Friedrich Barthel**  
im Alter von 63 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetriibt, um stües Beleid bitten, an  
Frau Anna Barthel nebst Kindern.  
Berlin-Schmargendorf, Barnemünder Str. 6.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Schmargendorfer Friedhofes aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

**Karl Ibscher**  
am 19. Mai (Freitod) gestorben ist.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

**Paul Grieger**  
am 20. Mai (Freitod).  
**Ehre ihrem Andenken!**  
118/11 Die Ortsverwaltung.

Montag morgen 5 1/2 Uhr entriß uns der unerdiitliche Tod nach langem schweren Leiden meinen über alles geliebten Mann, unseren herzenguten Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den Schuhmachermeister

**Georg Kördel**  
im 56. Lebensjahre.  
Um tiefsten Schmerz zeigt dies hierdurch an  
**Minna Kördel**  
und Kinder.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am 1. Juni verschied plötzlich unsere einzige Tochter  
**Erna.**  
Dies zeigt tiefbetriibt, um stües Beleid bitten, an  
**Paul Minkwitz**  
nebst Frau.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr auf dem städtischen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. 581

Am 1. Juni verschied nach langen, schweren Leiden unsere langjährige Mitarbeiterin, die Maschinenfaherin  
**Elise Rump**  
geb. Schlegel  
im Alter von 36 Jahren.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Das Personal der Buchdruckerei W. Moester.  
Die Beerdigung findet am 4. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenfriedhofes, Reutölin, Hermannstraße, aus statt. 19635

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen in Deutschland.  
(Eingeführt. Hilfskaffe Nr. 26.)  
Verwaltungsstelle Berlin IV.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß das Mitglied  
**Frau Auguste Finke**  
am 30. Mai verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!

# Universal-Fernglas 1912

**Ein billiges aber gutes Glas!**

Die hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesenokulare außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überraschender Plastik hervor. Die enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen läßt, macht unser Modell 1912 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Wir versenden jetzt

**10000 Stück kostenlos**

5 Tage zur Probe, mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen u. berechnen dieses vorzügliche Glas mit selbsttütigem Etui und zwei Umhängeriemen mit nur 40 M. bei monatlichen Zahlungen von **2 M.** ohne jede Anzahlung.  
Verlang. Sie sofort uns Ansichtssendung.

**Bial & Freund, Postfach 120/271**  
Breslau II und Wien VI

Am 2. Juni, morgens 1 1/2 Uhr, verstarb unerwartet meine liebe Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante  
**Luise Krey Schlaak**  
geb. im 38. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetriibt an im Namen der Hinterbliebenen  
Theodor Krey, Friedrich Schlaak.  
Berlin, den 3. Juni 1912.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 19625

**Danfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Transportarbeiter-Verband und den Kollegen der Firma Bergmann (Rosenthal) meinen herzlichsten Dank.  
Witwe  
**Berta Müller.**

# Wir schwören

auf

# Selowsky's Caruso-Cigaretten

# Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438.

**Achtung!** 50/1\*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**  
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**  
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal blau und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

# Nicht am eleganten

Schuh allein, nein, an allen Schuhen sollten Sie Continental Gummi-Absätze tragen. Dauerhafter als Leder. Keine Erschütterungen des Körpers. Angenehmer, elastischer Gang. Fordern Sie stets von Ihrem Schuhmacher

# Continental Gummi-Absätze

Auch erhältlich in den Lederhandlungen u. Schuhgeschäften.

Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schwelm i.W.

**Continental**

**Danfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau **Wilhelmine Stahl** geb. Becker sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitgliebern der Synagoga unseren herzlichsten Dank.  
Paul Stahl und Tochter.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
amlichen Bahnhof Alexanderplatz und Voltgepräbium. — Amt Kst. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Referant für alle Kranztaffen.  
Abonnenten erhält. 10% Rabatt.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16,**  
Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**  
Stets frisch u. den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV, 3014.

**Stoffe**  
für elegante Maßanzüge, Paletots, Ulster etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. Damen - Kostümstoffe, Damastuche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. Loden f. Pelermnen Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutat en ca. 20 bis 30 M.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirche.

**Vornehme Herren-Bekleidung**  
fertig und nach Maß  
erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**  
**J. Kurzberg**  
auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 40  
Hackescher Markt.  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstraße.  
Reinickendorfer Str. 4  
Weddingplatz.

**Pollmanns Bandagen-**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc.  
Berlin N., Potbringer Str. 60.  
Lielerrant für Krankenkassen  
Eigene Werkstatt.

**Oskar Wollburg**  
Trauer-Magazin  
Berlin N., Brunnenstraße 56.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.  
Aenderungen sofort.

**Pumpen aller Art**  
für Absauger u. Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen.  
Kataloge gratis.  
**Paul Gries, Berlin SO 16,**  
Köpenicker Strasse 44.

**J. Baer**  
Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß, Allerbilligste, streng feste Preise.



**Kinderschutzkommission von Groß-Berlin.**

Die Zentralstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten befindet sich Strolauer Platz 1/2, 2 Tr. Das Bureau ist geöffnet vormittags von 9-2 Uhr. Vorsitzende sind H. Varentin, Strolauer Platz 1/2, und Martha Demming, Vorklagener Straße 29.

Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz sowie über Kindermißhandlungen werden von nächstehenden Kontrollleuten und Kontrollleuten entgegengenommen.

**Erster Kreis.**

Frau Emilie Richter, Berlin NW 6, Korffstr. 11, 2 Tr.

**Zweiter Kreis.**

Frau Elise Seyffarth, Berlin SW 47, Wartenburgstr. 9, Stfl. IV.

**Dritter Kreis.**

Frau H. Torgler, Berlin SW 61, Gitschiner Str. 93.

**Vierter Kreis.**

Frau Emma Döhl, Leiterin, SO 36, Forster Str. 44.

Frau Martha Demming, O 34, Vorklagener Str. 29.

Sprechstunde: Donnerstag von 7-8 Uhr abends.

Frau Mettichlag, Bettendorferstr. 9.

Frau Pauline Bertram, Ruskauer Str. 4.

Frau Pauline Briefe, Kochmannstr. 16.

**Fünfter Kreis.**

Frau Holzappel, Leiterin, Berlin NO, Müderstr. 7.

Frau Rosa Kollstein, Liegmannstr. 5.

**Sechster Kreis.**

Frau Minna Lohse, Leiterin, Oberberger Str. 20.

Sprechstunden: Dienstag und Mittwoch von 3-6 Uhr nachm.

Frau Emilie Schramm, Ledener Str. 25, Querg. 4 Tr.

Sprechstunde: von 4-8 Uhr abends.

Frau Emilie Witte, Rheinberger Str. 82, Hof geradegu.

Sprechstunde: täglich von 7-8 Uhr abends.

Frau Emma Beher, Rhinower Str. 8, 4 Tr.

Sprechstunde: täglich von 6-8 Uhr abends.

Frau Minna Adler, Biondstr. 30, 4 Tr.

Sprechstunden: Dienstag und Mittwoch von 5-6 Uhr abends.

Frau Pauline Schneider, Oberberger Str. 28, Laden.

Sprechstunden: Dienstag und Donnerstag von 4-6 Uhr abends.

Rudolf Guhn, Ledener Str. 29, Hof 3 Tr.

Sprechstunde: täglich von 7-8 Uhr abends.

Ludwig Bunte, Danenstr. 3.

Frau Minna Weibe, Kamlerstr. 5 III.

Sprechstunde: täglich von 6-7 Uhr abends.

Frau Anna Schubert, Soldiner Str. 10, 4 Tr.

Sprechstunde: täglich von 7-8 Uhr abends.

Frau Anna Matzke, Binetaplatz 4.

Sprechstunde: täglich von 2-3 Uhr nachmittags.

Frau Helene Kollitta, Müllerstr. 133a, Hof geradegu porriere.

Sprechstunde: täglich von 7-8 Uhr abends.

Frau Marie Schulz, Brüsseler Str. 8, Querg. 1 Tr.

Sprechstunden: Dienstag u. Donnerstag von 7-8 Uhr abends.

Frau Walbauer, Liebenwalder Str. 16.

Frau Marie Kalam, Koloniestr. 25.

Frau Marie Graefe, Hochstr. 32b, 1. Seitenfl. 4 Tr.

Sprechstunde: täglich von 3-5 Uhr nachmittags.

Frau Mathilde Platan, Sandelstr. 18, Querg. 3 Tr.

Sprechstunde: täglich von 6-7 Uhr abends.

Frau Josef, Gohlsonstr. 2, 1 Tr.

Sprechstunde: täglich von 6-7 Uhr abends.

Frau Lübbe, Stephanstr. 28.

Frau Anna Dorn, Rostoder Str. 46, 8 Tr.

Frau Sasse, Ufedomstr. 82, 1. Seitenfl. 2 Tr.

Frau Elise Schmitz, Eichenborffstr. 4.

Frau Johanneßen, Korbufer 2.

**Nieder-Barnim.**

Frau Johanna Schulze, Leiterin, Kummelsburg, Alt-Dorshagen 1a.

Frau Auguste Bogdan, Bernau i. M., Einbergstr. 57a.

Frau Martha Langer, Vorklagener, Ernststr. 22.

Frau Martha Steuer, Erlner, Schanweberstr. 12.

Frau Wanda Schmidt, Friedrichsfelde, Berliner Str. 47.

Frau Selma Schwarz, Friedrichshagen, Viktoriastr. 22.

Frau Frieda Rinke, Hohenschönhausen, Berliner Str. 190.

Frau Ch. Ritter, Karlshorst, Adelsstr. 9.

Frau Maria Buchmann, Kaulsdorf-Ostbahn, Brederestr. 19.

Frau Emilie Schilling, Sichtenberg, Roinger Str. 25.

Frau Mathilde Reich, Kahlisdorf-Ostbahn, Bahnhofstr. 41.

Frau A. Steinborn, Niederhönhausen, Treckowstr. 82.

Frau Berta Ruche, Oberschöneweide, Marienstr. 1.

Frau A. Grahmann, Oranienburg, Mühlstr. 31.

Frau Schaum, Pantow, Brechweistr. 58.

Frau Olga Jepernick, Reinickendorf-Ost, Hansastr. 14.

Frau Martha Ehler, Reinickendorf-West, Berliner Str. 108.

Frau Frieda Ritter, Kummelsburg, Grossener Str. 85.

Frau Luise Adasow, Nichtenau, Noltestraße.

Frau M. Dabertow, Strolauer, Friedrich-Jungestr. 5.

Frau Berta Domascha, Tegel-Berlin, Am Bahnhofspkatz 1.

Frau Minna Drechsler, Reichenze, Lehderstr. 65.

Frau Elise Haede, Wilhelmstrub, Edelweißstr. 27.

Frau Klara Kuth, Jepernick (Post Königsplatz), Siemensstr. 2.

**Teltow-Berolow.**

Frau E. Kyned, Leiterin, Treptow-Baumschulenweg, Kieffholzstraße 180.

Frau Toni Sußmann, Charlottenburg, Berliner Str. 130.

Frau Siebel, Neukölln, Idealpassage 6.

Frau D. Dietrich, Neukölln, Wilhelmsstr. 56.

Frau Heilmann, Neukölln, Richardstr. 54.

Frau Müller, Neukölln, Bangstr. 13.

Frau Mademacher, Neukölln, Thomasstr. 28.

Frau Singelmann, Adlershof, Kronprinzstr. 20.

Frau Stut, Britz, Germania-Promenade 20.

Frau Töle, Friedenau, Deidesheimer Str. 3.

Frau Konz, Groß-Dickersfeld, Hochstr. 16.

Frau Moebst, Grünau, Köpenicker Str. 91.

Frau Radumke, Johannisthal, Roonstr. 4.

Frau Sachbarth, Köpenick, Flemmingstr. 18.

Frau Madral, Kankow, Charlottenstr. 47.

Frau Grentsch, Marienfelde, Kaiser-Allee 20.

Frau Hanke, Nowawes, Wilowstr. 21.

Frau Schausdent, Schmaragdort, Sulzger Str. 12.

Frau Heide, Schöneberg, Tempelhofer Str. 21.

Frau Dircke, Wannsee, Chausseestr. 15.

Frau Gehen, Treptow, Douchestr. 15.

Frau Ritter, Steglitz, Sachsenwaldstr. 1.

Frau C. Bahr, Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 74.

Frau Duf, Tempelhofer, Berliner Str. 81.

Frau Wrede, Niederhönhausen, Berliner Str. 6.

Wir bitten, alle Fälle ungesetzlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, sittliche Gefährdung und dergl. an diese Kommission zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Vorwissen obigen Personen mitgeteilt werden.

**Gerichts-Zeitung.**

**Polizei und Staatsanwalt gegen Hertwegh.**

Was man selbst in den Reaktionsjahren nach 1848 nicht erlebt hat, das ist heute eine fast alltägliche Erscheinung geworden: Polizei und Staatsanwalt ziehen zu Felde gegen Verbreiter der Lieder, die seit einem halben Jahrhundert gedruckt, verbreitet, gelesen, vorgetragen und gesungen werden, ohne daß jemand auf den Gedanken gekommen wäre, er könnte dadurch mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen. Wir haben es in letzter Zeit öfter erlebt, daß Viederbücher, welche zum Gebrauch in Arbeiterkreisen bestimmt waren, in Beschlag genommen und die Herausgeber unter Anklage gestellt wurden, weil in den Büchern gewisse Lieder von Hertwegh und anderen freiheitlich gesinnten Dichtern enthalten waren. Es sind in solchen Fällen auch schon Verurteilungen wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander erfolgt. Jetzt war es das von der Zentralstelle für die Arbeiterjugend herausgegebene „Jugendliederbuch“, welches der Staatsanwaltschaft so aufreizend erschien, daß sie drei von ihr für verantwortliche Hersteller und Verbreiter des Buches angesehene Genossen unter Anklage stellte.

Bernhard Bruns, der als Angeklagter der Buchhandlung Vorwärts für die Verbreitung des Liederbuches in Frage kommen soll, und Hans Beher, der es als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat, erschienen gestern als Angeklagte vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts I. Gegen den dritten Angeklagten, Fritz Ebert, der als Mitglied der Zentralstelle für die Arbeiterjugend in das Verfahren verwickelt ist, konnte nicht verhandelt werden, weil er als Reichstagsabgeordneter zurzeit gegen gerichtliche Verfolgung geschützt ist. — Aus dem reichhaltigen Inhalt des Liederbuches hat die Staatsanwaltschaft zwei Lieder herausgegriffen: das allbekannte Lied von Hertwegh: „Vei' und arbeit' ruft die Welt“ und die nicht minder bekannte „Internationale“ von Pottier und Diederich. Durch die Verbreitung dieser beiden Lieder soll der § 130 des Strafgesetzbuches verletzt sein, welcher den mit Strafe bedroht, der in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufreizt.

Der Staatsanwalt suchte der Sache schon dadurch einen staatsgefährlichen Anstrich zu geben, daß er beantragte, die Öffentlichkeit auszuschließen, weil durch die öffentliche Verhandlung die öffentliche Ordnung gefährdet werde. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, und die Angeklagten widersprachen diesem Antrage. Das Gericht lehnte ihn denn auch ab.

Zur Sache selbst hatte der Staatsanwalt wenig zu sagen. Es kann ja auch nicht leicht sein, für eine dem gefunden Rechtsempfinden widersprechende Anklage Gründe zu finden, die sich öffentlich hören lassen können. Der Staatsanwalt begnügte sich mit dem Hinweis, daß wegen der beiden Lieder bereits Verurteilungen erfolgt seien, was die Angeklagten doch gewußt haben müßten. Sie seien deshalb mit je 200 Mark Geldstrafe zu belegen.

Der Verteidiger kennzeichnete die Grundlosigkeit der Anklage, indem er darauf verwies, daß die Lieder von Hertwegh,

einschließlich des heute unter Anklage stehenden, seit 40-50 Jahren Gemeingut der Gebildeten seien, daß sie zum Liebeslied der Arbeiter gehören, in zahlreichen Sammlungen seither unbeanstandet verbreitet und bei Arbeiterfesten vor den Ohren der Polizei gesungen worden sind. Wenn Gründe der Kultur und die Achtung vor unseren klassischen Dichtern bis vor kurzem eine Verfolgung dieser Lieder mit Recht nicht aufkommen ließen, so konnten die Angeklagten nicht auf den Gedanken kommen, daß der Abdruck dieser Lieder jetzt eine strafbare Handlung sein solle. Sie konnten um so weniger daran denken, als die vom Staatsanwalt erwähnten Verurteilungen lange nach dem Erscheinen des Jugendliederbuches erfolgt sind. Weiter führte der Verteidiger aus, daß es geradezu sinnlos sei, wenn man die Lieder, deren sich der Dichter bedient, um seine Gedanken recht anschaulich zum Ausdruck zu bringen, wörtlich nimmt. Nicht nur Dichter, sondern auch Redner bedienen sich physischer Bilder, um geistige Vorgänge zu schildern. Man spreche von dem Schwert des Rechts, von der Flamme der Begeisterung, vom Periscope des Geistes, man sage, daß Gesetz und Verfassung in Scherben geschlagen werden sollen, ohne daß bei der Anwendung solcher Bilder an Aufreizung oder Gewalt gedacht werde. Die Angeklagten müßten freigesprochen werden, sowohl aus den bereits angeführten Gründen als auch deshalb, weil sie nicht als Verbreiter angesehen werden können.

Das Urteil, welches das Gericht nach langer Beratung fällte, ging dahin: Die beiden Lieder sind objektiv aufreizend, aber sie sind jahrelang unbeanstandet gesungen und gedruckt worden; es sind auch in Fällen, wo wegen der Lieder Anklage erhoben wurde, Freisprechungen erfolgt. Die Angeklagten konnten deshalb der Ansicht sein, daß die Lieder nicht aufreizend sind. Aus diesem Grunde müßten die Angeklagten, auch wenn sie als Täter verantwortlich sein sollten, freigesprochen werden.

**Mißglückter Felzug gegen den Arbeiterfängerbund.**

Am 2. März berichteten wir von den Versuchen der Polizeibehörden, den Arbeiterfängerbund und dessen Zweigvereine zu politischen Vereinen zu stempeln. Der erste Versuch wurde in Eberswalde gemacht; er mißlang völlig. Wie unseren Lesern erinnerlich sprach das Schöffengericht Eberswalde den Vorsitzenden des Gesangsvereins zu Hegermühle von der Anklage frei, die Statuten des Vereins trotz Aufforderung nicht eingereicht zu haben. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Die Angeklagte wurde wiederum durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertreten. Die Strafkammer kam nach eingehender Beweisaufnahme zu demselben Resultat, wie die erste Instanz. Sie sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß in keiner Weise erwiesen sei, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke.

**Verfolgen die Freimaurer religiöse Zwecke?**

Von dieser Frage hing wesentlich der Ausgang eines Prozesses ab, den der Alumnatenverein zur Gründung von Schülerheimen gegen den Landrat von Lennep führte. Der genannte Verein mit dem Sitz in Lennep, der sich bei Befolgung seiner Zwecke vom „Geist der Freimaurerei leiten läßt“, wollte in das Vereinsregister eingetragen werden. Der Landrat zu Lennep erhob dagegen Einspruch auf Grund des § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches, weil der Alumnatenverein religiöse Zwecke bezwecke. Dafür spreche außer seinem Zusammenhange mit dem Deutschen Verein der Freimaurer auch der § 8 seines Statuts, wonach die fraglichen Schüler zu religiöser Empfindung, opferbereiter Vaterlandsliebe, sittlicher, geistiger und körperlicher Vollkommenheit erzogen werden sollten.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte dieser Tage auf die Klage des Vorstandes dahin, daß der Einspruch des Landrats aufzuheben und für unbegründet zu erklären sei. Gründe: Wenn nach den Grundsätzen des Vereins auch das religiöse Empfinden gepflegt werden solle, dann könne darin nicht ein religiöser Zweck gefunden werden. Es sei hier nur das allgemeine religiöse Empfinden gemeint. Da nun aber auch das Wirken des Vereins vom freimaurerischen Geiste getragen sein solle, so wäre zu untersuchen, ob die Freimaurerei religiöse Zwecke bezwecke. In der Beziehung habe Dr. Bickhof, der Vorsitzende des Vereins deutscher Freimaurer, ein objektives Gutachten abgegeben, das durch Werke über das Freimaurerwesen bestätigt werde. Danach verfolge aber die Freimaurerei als solche keinen religiösen Zweck, d. h. sie wolle nicht bestimmte religiöse Anschauungen verbreiten, nicht für ein bestimmtes religiöses Dogma eintreten. Die Freimaurerei wolle nur das sittliche Verhalten der Menschen beeinflussen. Dagegen spreche auch nicht, daß einzelne Logen nur Christen aufnahmen. — Nach allem könne nicht angenommen werden, daß der Alumnatenverein religiöse Zwecke bezwecke, und es müsse der Einspruch des Landrats verworfen werden.

**Im Deucher Landfriedensprozeß**

ist ein Wiederaufnahmeantrag des Verteidigers, der unter Beibringung neuer Tatsachen und Beweise gestellt worden war, vom Landgericht Köln verworfen worden.

**Ravon-Seife** eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter **Waldkraft.** Stück 20 Pf. ganz ohne Soda!! Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Ravon-Seife bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert. Kein Einlaufen! Kein Farbenverblasen! Dabei billig: Bei richtiger Anwendung braucht man von Ravon-Seife halb so viel Seife wie sonst. Die Ravon-Seife ist nach Zusammensetzung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausseife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.



**Sofastoffe**  
 Riesenauswahl aller Qualitäten.  
 Woll-Resille! Moquette.  
 Plüsch-Sattelraschen.  
 Muster bei näherer Angabe  
 franko.  
 Emil Lefèvre, Berlin Süd, 158.  
 Oranienstr.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei.  
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
 Honigextrakt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 Berlin (SO W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-  
 Apotheke, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 Marktplatz  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**  
 Bureau: Weichselstr. 28, dort Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Ruderstr. 9  
 Fernspr.: Amt Rorichplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6708.  
 Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sektionsversammlung der Lackierer**  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.  
 Tagesordnung:  
 1. Die Zentralisation der Krankenkassen Berlins. Referent:  
 Arbeitersekretär Genosse A. Ritter.  
 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 127/6  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Sektionsleitung.

**Engelhardt**  
**Caramel**  
**Bier**  
  
 alkoholfrei, ärztlich empfohlen  
**Diätetisches Gesundheitsbier**  
 Flasche 10 Pf. Überall käuflich

**Qualitäts = raucher**  
 \* fordern \*  
 und rauchen nur  
**Garbáty**

**Gardinen**  
 und  
**Teppiche**  
 Frischgefärbte Bezugsquelle  
**Gardinenhaus**  
**Bernhard**  
**Schwartz**  
 Wallstr. 19 (dreizehn).

**Blumen- und Kranzbinderei**  
 von Robert Meyer,  
 nur Mariannen-Straße 2.

**Steinarbeiter.**  
 Mittwoch, den 5. Juni, abends präzise 8 1/2 Uhr, im großen  
 Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15:  
**Kombinierte Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Fortsetzung der Debatte über den geplanten obligatorischen  
 Arbeitsnachweis und Beschlussfassung über die gestellten  
 Abänderungs- und Ergänzungsanträge.  
 Kollegen aller Branchen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert  
 das Erscheinen sämtlicher Kollegen. Verlässt niemand, von seinem Mit-  
 bestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Die Ausübung dieses Rechts ist  
 eine unerlässliche Pflicht. Die Ortsverwaltung.

**Probieren Sie bitte**  
**MAGGI'S**  
 Nudel-Suppe | Grünkern-Suppe  
 Erbs m. Schinken- | Sago-  
 Rumford- | Tapioka-  
 Königin- | Pilz-  
 Sternchen - Suppe | Kartoffel - Suppe  
 usw. (Mehr als 35 Sorten).  
 Verlangen Sie aber bitte ausdrücklich **MAGGI'S Suppen,**  
 denn sie sind die besten!

**Carmen Sylva**  
 Cigaretten  
 Beste Qualitäten

**Theater und Vergnügungen**

Dienstag, den 4. Juni.  
 Anfang 7 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Die Meisterfingern von Nürnberg.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Der große König.  
 Theater. O diese Berliner.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Irania.** In den Dolomiten.  
 Deutsches. Idalla.  
 Nimmerpfeile, Mein Freund Lebba.  
 Verling. Die Hebräer.  
 Komische Oper. Gaudichet.  
 Westen. Die schöne Helena.  
 Königgräber Straße. Die fünf  
 Frankfurter.  
**Kurfürstentoper.** Der Tanzabend.  
 Neues Schauspielhaus. Partell-  
 Nr. 10.  
**Neues.** Der liebe Augustin.  
 Weibens. Alles für die Firma.  
 Lustspielhaus. Ein Windhund.  
**Berliner.** Eine Köchin.  
**Schiller O.** Nachruhm.  
**Schiller.** Charlotterburg.  
**Neues Cyrenen.** Der Kongreß  
 von Seola.  
**Rose.** Der Pfarrer von Kirchfeld.  
**Thalia.** Autolien.  
**Arcines.** Der Unerschämte. Der  
 Krat seiner Ehre. Der Herr  
 mit der grünen Kravatte.  
**Metropol.** Schwindelmeier u. Co.  
**Hintergarten.** Spezialitäten.  
**Apollo.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Sanatorium Sonnenstich.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.**  
 Die leuchtende Sultane.  
 Komische Caprice. Der Volkshund.  
 Walhalla. Um eine Krone.  
 Anfang 8 30 Uhr.  
**Süssen.** Schwester Carmen.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Königs-  
 leutnant.  
**Königsstadt-Kasino.** Spezialitäten.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.** Wallner-  
 Theater.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Nachruhm.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Maskerade.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Nachruhm.**  
**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
 Zum erstenmal:  
**Die Lokalbahn.**  
 Darauf: **Die Medaille.**  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der scharfe Junker.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Lokalbahn.** Darauf: **Die Medaille.**  
**Berliner Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Große Köchinnen.**  
**Theater in der Königgräzter Straße**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
 Operette von Leo Fall.  
**Theater des Westens**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
**Residenz-Theater.**  
 Direktion Richard Alexander.  
 8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
 Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin  
 und G. Wicksel.  
 Morgen u. folgende Tage: Alles  
 für die Firma.  
**Voigt-Theater.**  
 Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
 Heute sowie täglich:  
**Die Tochter der Hexe**  
 Gr. vom Ausstattungstheater m. Tanz  
 und Gesang in 3 Akten.  
 Neue Beleuchtungseffekte usw. usw.  
 u. d. große Spezialitäten-Programm.  
 Kaffeneröffnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Auf der Gartensbühne: Die große  
 Jahresrevue: Juhu! Es ist erreicht.  
**Metropol-Theater.**  
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
**Schwindelmeier & Comp.**  
 Phantastisch musikalische Komödie in  
 3 Akten aus dem Englischen völlig  
 frei bearbeitet von F. Freund. Musik  
 von R. Nelson. U. a. Länge v. B. Vilhup.  
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
**Apollo Theater**  
 Abends 8 Uhr  
 Vollständig neues Programm!  
**10 große Attraktionen.**  
**Kassagettes, Wunderhunde.**  
**Paul Beckers.**  
  
**LICHT-SCHAUSPIEL HAUS**  
 O., KOPPENSTRASSE 29.  
**AM FRANKFURTER TOR**  
 Nur vom 1.-7. Juni:  
**Boxkampf - Woche**  
 um die  
 Meisterschaft von Europa  
 zwischen  
**Charpentier und Sullivan.**  
 Anfang Wochentags 7 Uhr,  
 Sonntags 5 Uhr.  
 Entree 30, 50, 75, 1,-

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
 Eintritt 1 M.,  
 von abends 6 Uhr ab  
 50 Pf.; Kinder unter  
 10 Jahren die Hälfte.  
 Jahres-Abonnements an allen drei  
 Schalterkassen.  
**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 zum Schluß neu:  
**Sanatorium**  
**Sonnenstich.**  
 Burleske  
 von Meyfel.  
 Anfang  
 Wochent. 8  
 Sonntags  
 7 1/2 Uhr.

**Hagenbeck's**  
**Indien - Berlin**  
 Tempelhofer Feld  
 Täglich:  
**Gr. Vorstellungen**  
 von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr  
 abends geöffnet.  
 Entree 50 Pf.  
 Res. Sitzplätze: Logo 2 M.  
 I. Tribüne 1,50 M.  
 II. Tribüne 1,- M.

**IKLA**  
 Intern. Kongreß, lebend.  
 Abnormitäten.  
 Die größte  
 Ausstellung  
**lebender Naturwunder.**  
 Die Abnormitäten  
 werden täglich  
 von 10 bis 10 Uhr  
 in den Gesamträumen des  
**Passage-Panoptikums**  
 zur Schau gestellt und  
 demonstriert!  
 Eintritt, alles inkl. 50 Pf.  
 Kinder, Sold. 25 Pf.

**Königsstadt-Kasino.**  
 Herrliches Sommer-Theater.  
 Täglich abends 7 1/2 Uhr, Sonn-  
 tags 7 1/2 Uhr: Vorstellung  
 (Theater und Varieté). Vom  
 1. bis 16. Juni 8 Spezialitäten  
 nummer u. Varias Welche.  
 über Operettenburlesk v. B. Gerike.

**LUNA PARK**  
 Die Zentrale der  
 Attraktionen Berlins.  
 U. a.:  
**Kongo, kolossale Völkerschau.**  
 Entree 50 Pf.  
 Bis 6 Uhr Zwergstadt frei!

**Elysium, Sandberger**  
 Heute sowie täglich:  
**Spezialitäten**  
 mit Franz Sobanski.  
 Anfang 6 Uhr. Entree 10 Pf.  
 Vereinen stelle mein Lokal mit  
 Spezialitäten an Wochentagen  
 gratis zur Verfügung.

**Puhmanns Theater**  
 Schönhauser Allee 148.  
 Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
 Bei ungünstiger Witterung im Saale.  
 Die Aufführung ist v. 2 U. ab geöffnet.  
 Anf. Sonntags 8 1/2 Uhr, wochen-  
 tags 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Schweizer-  
 Garten**  
 Am Königstor  
 Am Friedrichshain  
 Täglich:  
**Theater, Spezialitäten,  
 Lichtspiele und Tanz.**  
 Anfang: Wochentags 5 1/2 Uhr,  
 Sonntags 4 Uhr.  
 Für den Inhalt der Anzeigen  
 übernimmt die Redaktion dem  
 Publikum gegenüber keinerlei  
 Verantwortung.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 5. Juni 1912, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## Vertrauensmänner-Verksammlungen

der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstätten-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

### Tischler.

Südwesten: bei Frölich, Fontanepromenade 18.  
Südosten: bei Götting, Wasserstr. 68.  
Südosten I. u. II: in den Rannun-Festhallen, Rannunstr. 6.  
Osten I: bei Klinge, Lange Str. 13.  
Osten II: bei Rich, Reichhauer Str. 61.  
Osten III: bei Bergmann, Berggäcker Str. 26.  
Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzeng.  
Nordosten: bei Wiermann, Gr. Frankfurter Str. 16.  
Rosenhaller und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,  
Wedding und Köpenick: bei Kaczorowski, Radenstr. 6.  
Weißensee: im Palast, Lehderstr. 122. Abends 6<sup>1/2</sup> Uhr.  
Neukölln: im Ideal-Kaffee, Weichstr. 8.  
Schöneberg: um 6<sup>1/2</sup> Uhr bei Kaufsch, Weininger Straße 8.

Ladeneinrichtungen- und Kontormöbelbranche  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a.

Küchenmöbelbranche bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten bei Becker, Weiserstr. 17.  
Südosten im „Wärtischen Hof“, Admiralstr. 18a.  
Norden bei Günther, Brunnenstr. 66.

Maschinenarbeiter. Die Versammlung fällt aus.

# Mitglieder-Verksammlungen

## Vergolder.

Heute Dienstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Beschlusfassung über die mit den Arbeitgebern vereinbarte Tarifvorlage für Berlin.  
2. Bericht der Branchenkommision.

### Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branchen.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.  
Osten bei Hoff, Subener Str. 19.  
Südosten und Südwesten bei Perke, Ritterstr. 123.

Einsetzer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 11.

Modelltischler bei Walde, Pflanzstr. 5. Pünktlich 8 Uhr.

Stellmacher bei Gummel, Sophienstr. 5.

Jalousiearbeiter bei Walter, Adalbertstr. 62.

Kisten- und Koffermacher im Hermanns-Bereich, Holzmarktstr. 21.

Korbmacher bei Krause, Pustauer Str. 20.

Bürstenmacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Stockarbeiter. Abends 5<sup>1/2</sup> Uhr im Hermanns-Bereich, Holzmarktstr. 21.

Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Weichstr. 5.

Klavierarbeiter abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14, Zimmer 4 (Arbeitsloos).  
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wälsch, Stallstr. 22.

Schirmmacher. Donnerstag, 6. Juni, abds. 7 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Bodenleger. Mittwoch, den 5. Juni, abends 5<sup>1/2</sup> Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rofinenstr. 2:  
Tagesordnung: Berichte und Branchenangelegenheiten.

Schirmmacher. Donnerstag, 6. Juni, abds. 7 Uhr, bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Am Mittwoch, den 5. Juni, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, finden folgende

## Gruppen-Versammlungen

statt, zu deren Besuch die Angehörigen der betreffenden Gruppen besonders eingeladen sind.

### Rohrer

im Saal 10 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.  
Zagordnung: Stellungnahme zum Vertragsablauf.

### Steinholzleger

im Lokal Bürgergarten, Alte Schönhauser Straße 23.  
Der Zweigvereinsvorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III, Amt Norden, Nr. 123b. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967

Mittwoch, den 5. Juni 1912, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den Andreas-Festhallen, Andrastr. 21:

## Versammlung

aller in den Schraubenfabriken beschäftigten Werkzeugmacher, Werkzeugdreher und Reparaturschlosser.

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme. 2. Diskussion.

Stellen! In dieser Versammlung wird über die Antwort bezüg. der geständnisse der Arbeitgeber anlässlich unserer Forderungen berichtet. Auch über unsere weitere Stellungnahme endgültig beschlossen werden. Es ist daher dringend notwendig, daß jeder von Ihnen in dieser Versammlung anwesend ist.  
118/12 Die Ortsverwaltung.

# Kranken-Unterstützungsbund der Schneider

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 5. Juni, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den „Arminihallen“, Kommandantenstr. 58/59:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1912.  
2. Bericht über den Statuentwurf des Vorstandes für eine Ersatzliste.  
3. Diskussion und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung.  
4. Wahlprüfung und Wahl der Delegierten zu der am 22. Juli d. J. und folgende Tage in Wiesbaden stattfindenden Generalversammlung.  
5. Kassenangelegenheiten.  
6. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie. Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Ostbahnhof).

### 19. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juni 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

[Ohne Gewähr.] (Nachdruck verboten.)	
67 129 65 [500] 255 505 783 83 845 77 950 [1000]	63 1051 658 [500] 801 70 2088 173 219 71 300 601
784 988 91 3006 98 127 303 308 [500] 788 908 4035	[500] 273 307 33 45 91 420 611 [3000] 608 [500]
22 76 711 861 5170 200 98 [500] 405 785 66 70 610	[1000] 885 70 75 922 95 6158 59 384 600 78 693
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239 499 788 885 [3000] 953 60
13040 284 310 73 470 685 815 98 [500] 14098 98	149 93 94 214 472 688 96 740 51 809 15375 405 502
677 720 89 933 25 83 18048 48 133 255 75 371 461	[500] 608 783 859 988 17017 19 299 311 34 75 788 833
[500] 53 56 81 825 34 980 92 7033 54 85 375 488 611	69 82 870 87 [1000] 912 34 83 8106 222 37 600 671
740 811 [500] 51 83 94 996 [500] 9014 [1000] 163	389 380 64 621 35 30 741 636 45 61
10048 264 304 18 550 83 11017 159 237 78 381	679 880 818 12144 239







Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs E. Unger: Religion und Sozialdemokratie. 2. Freie Aussprache. Genossen, sorgt für recht regen Besuch.

Köpenick. Heute abend 8 1/2 Uhr im Café Bellevue: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Breitfeld über: „Ich bin ein Preuze“.

Oberschöneweide. Donnerstag, den 6. Juni d. J., abends 8 Uhr, findet in Wilhelmshof eine öffentliche Gemeindevählerversammlung statt, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertretung zu beschäftigen hat.

Am Freitag, den 7. Juni, von abends 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Die Bezirksleitung.

Potsdam. Mittwoch, den 5. Juni, bei Glaser: Wahlvereinsversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Schwedische Städtevertreter in Berlin.

In Erweiterung des vorjährigen Besuchs Berliner Städtevertreter in Malmö, Gothenburg und Stockholm sind Vertreter der genannten Städte einer Einladung der hiesigen städtischen Behörden gefolgt, um die Einrichtungen der Gemeinde Berlin zu besichtigen und Freundschaftsbeziehungen auszutauschen. Die Herren sind am Sonntag in Berlin eingetroffen und wurden von den Vertretern des Magistrats und der Stadtverordneten am Bahnhof empfangen. Gestern vormittag fand im Rathaus eine Begrüßungsfeier statt. Oberbürgermeister Rirschner und Stadtverordneter Cassel begrüßten die Gäste, worauf die Stadtverordnetenvorsteher von Stockholm, Gothenburg und Malmö dankten. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt wurde das neue Stadthaus besichtigt und hier das von der Stadt gebotene Frühstück eingenommen.

Der Ausschuss des Zweckverbandes Groß-Berlin

trat gestern vormittag gegen 12 Uhr unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Rirschner im Magistratsbesprechungsraum zu Berlin zusammen. Anwesend waren wieder Oberpräsident v. Conrad und Oberpräsidialrat Graf v. Roedern. Die Wahlvorschläge über die Besetzung der Stellen eines Städtebauers, eines Verkehrstechnikers und des Juristen wurden vertagt. Dasselbe Schicksal traf nach mehrstündiger Verhandlung die Frage der Spandauer Waldverkäufe. Oberbürgermeister Koelke-Spandau vertrat die Interessen seiner Stadt wieder persönlich. Als Ergebnis der Debatten darf nach der „Vossischen Zeitung“ festgestellt werden, daß der Zweckverband weiter mit der Gemeinde Spandau verhandelt. Zur Beratung stand ferner die Hochbahnangelegenheit der Stadt Schöneberg. Einer Polizeiverordnung, die ein kleines Charlottenburger Territorium betrifft, wurde zugestimmt. Es lagen noch weitere Anträge der Gemeinden Köpenick auf Erweiterung ihrer Wälder und Weisensee auf Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels im Norden-Nordosten von Berlin vor, die aber noch genauer Prüfung bedürfen. Der Ausschuss wird Montag, 10. Juni, wiederum zusammentreten, um die schwebenden Fragen zu erledigen.

Die Dienfahrt der Berliner Städtevertreter hat mit Schluß voriger Woche ihr Ende gefunden. Das Programm war recht reichhaltig mit Vergnügen, Essen, Trinken und vielen Nebenwärtigkeiten. Man sagte sich fortgesetzt neue Liebenswürdigkeiten und bekräftigte fast täglich die Freundschaft. Dabei ereignete es sich, daß die Berliner Gäste einer Einladung abfolgten, der sie erst zugefagt hatten, nämlich den Besuch des Wiener Volkshaus. Diese Absage hat in Wien recht peinliches Aufsehen gemacht. Wir lesen über die Angelegenheit in der „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Eine Anzahl von Berliner Stadtverordneten hatte den ausdrücklichen Wunsch geäußert, in Wien die Volkshaus-Einrichtungen zu besuchen, die der Berliner Bürgermeister Dr. Reiche schon im Herbst teilweise besichtigt und als musterhaft bezeichnet hatte.“

In der Tat wurden der Volkshausverein und das Volkshaus vom Gemeinderatspräsidium offiziell verständigt, daß die Berliner Herren heute vormittag die beiden Volkshäuser besuchen werden.

Heute um 9 Uhr früh war der Ausschuss des Volkshausvereins, an dessen Spitze der ehemalige Finanzminister Geheimrat Dr. Weber, im Volkshaus in Margareten vollständig versammelt, um die Berliner Gäste zu begrüßen und ihnen die Wiener Volkshauseinrichtungen vorzuführen. Da kam um 9 Uhr im Auftrag des Gemeinderats Oberlehrer Philip durch einen Magistratsbeamten die telefonische Verständigung, daß der Besuch der Berliner im Volkshaus unterbleibt.

Auch im Volkshaus hatten sich die Herren des Vorstandes, eine Anzahl Univeritätsprofessoren, die Vorstände der Fachabteilungen und der Laboratorien vollständig zur Begrüßung der Berliner Stadtverordneten eingefunden. In den Laboratorien waren auch Vorbereitungen für die Demonstrationen getroffen worden. Auch hier kam zur Zeit, da die Berliner eintreffen sollten, das gleiche telefonische Aviso im Auftrag des Stadtrates Philip, daß der Besuch nicht stattfindet.

Von anderer Seite erfahren wir, daß schon am Sonntag im Kreise des Wiener Gemeinderates bekannt war, daß die Führung nach dem Wiener Volkshaus nicht stattfinden werde. Als Grund der Absage wurde offiziell angegeben, daß das Programm zu sehr überladen gewesen, um das Volkshaus zu besuchen. Leute, die die Wiener Verhältnisse kennen, wissen es besser. Sie behaupten, daß das Wiener Volkshaus den christlichsozialen Modernen ein Dorn im Auge ist, was bei den verschiedensten Gelegenheiten in Erscheinung getreten sei. Lediglich in Rücksicht auf die Gastgeber hätten die Berliner Städtevertreter von dem Besuche abgesehen.

Heimatspiele und kein Ende. Auch das märkische Städtchen Trebbin hat nun sein Talent zu bawerländischen Festspielen entdeckt. Wenn das so weitergeht, wird wohl bald jedes kleinste Nest den modernen Patriotentrümmel mitmachen wollen. „Dichter“ und Darsteller dazu finden sich ja immer. Und ein Biepmädchen für die Leute an der Spitze fällt auch ab. Die Nächstensche „Berliner Morgenpost“, die aus geschäftlichen Gründen frampfhast nach der Volksgunst angelt und, um es mit der anderen Seite nicht zu verderben, nebenbyzantinern, bringt von diesen Heimatspielen ein Bild, das zeigt, wie ein zum Tode Verurteilter, der barbarischen Sitte der damaligen Zeit entsprechend, auf Tierfellen von Hentersknechten zur Richtstätte geschleift wird. Das mag ja so etwas wie Naturtreue sein, wird aber auf seiner empfindende Naturen abstoßend wirken, weil die Prozedur auf öffentlicher Straße geschieht. Ist das nicht in die Praxis übertragene Schundlektüre, die die Sitten verrotzt?

Die Bevölkerungszahl Berlins

wächst nicht ununterbrochen von Monat zu Monat, sondern bewegt sich im Laufe des Jahres in einem wechselnden Auf und Ab. Ein beträchtlicher Rückgang tritt alljährlich z. B. im März ein, weil da die Wegzüge stets sehr viel zahlreicher als die Zugzüge sind. In der Regel ergibt dann aber im April die Frühjahreshochflut der Zugzüge wieder einen so starken Zuwachs, daß der Verlust aus dem März reichlich ausgewogen wird und noch ein Plus herauskommt. Im Jahre 1912 fällt nun der April dadurch auf, daß er den Bevölkerungsrückgang vom März nicht auszugleichen vermocht, sondern sogar noch einen weiteren Rückgang gebracht hat. Nachdem das Jahr 1911 mit einer Bevölkerungszahl von 2 084 045 abgeschlossen hatte, war im Jahre 1912 die Bevölkerungszahl bis Ende Januar auf 2 088 529 und bis Ende Februar weiter auf 2 090 972 gestiegen. Im März sank sie dann bis zum Monatschluß auf 2 082 440, so daß für diesen einen Monat die Abnahme sich auf 8532 stellt. Sie ist dadurch zustande gekommen, daß in ihm die Zahl der Zugezogenen (25 290 nach den Meldungen) hinter der Zahl der Weggezogenen (34 630 nach den Meldungen) nicht ablichem Zuschlag für unterlassene Meldungen) um 9340 zurückblieb, während die Zahl der Lebendgeborenen (3048) über die der Gestorbenen (2840 ohne die Totgeborenen) nur um 808 hinausging. Mit einem Mehr an Wegzügen hat aber diesmal auch der April abgeschlossen. Ihm konnten zwar 42 410 Personen als Zugezogenen gebucht werden, aber als weggezogen waren nach den Meldungen (nebst Zuschlag) 46 528 Personen in Rechnung zu stellen, so daß die Zugzüge hinter den Wegzügen um 4118 Personen zurückblieben. Da bei 3355 Lebendgeborenen und 2609 Gestorbenen (ohne Totgeborene) der Geburtenüberschuss nur 746 betrug, so hatte der April immer noch einen Bevölkerungsrückgang von 3370 Personen. Hieraus ergibt sich, daß von Ende März bis Ende April die Bevölkerungszahl Berlins von 2 082 440 weiter bis auf 2 079 070 gesunken ist.

Der Feuerlastenwert der Gebäude Berlins ist, wie die städtische Feuerlokalität in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1910/11 mitteilt, bis zum 1. Oktober 1911 auf mehr als 5 1/2 Milliarden Mark (genauer: 5 404 895 200 M.) gestiegen. Dierau waren 27 484 Grundstücke beteiligt, so daß jetzt auf das Grundstück ein durchschnittlicher Feuerlastenwert von 196 900 M. kam. Bei den einzelnen Grundstücken ist natürlich der Feuerlastenwert sehr ungleich, da ja die Größe der Grundstücke und die Beschaffenheit der Gebäude sehr verschieden sind. In dem letzten Jahrzehnt, vom Oktober 1901 bis Oktober 1911, ist der durchschnittliche Feuerlastenwert um ein volles Sechstel gestiegen, von damals 168 263 M. auf jetzt 196 900 M. Im Jahre 1875 war der Durchschnitt pro Grundstück erst 87 546 M.

Die Fürsorge- und Beratungsstelle des Krüppel-Heil- und Fürsorgevereins für Berlin-Brandenburg & S., Berlin SO. 26, Staliger Straße 9, diät am Rotthuber Tor, hat seit ihrer Eröffnung im Juni vorigen Jahres orthopädisch Kranke und Krüppel in 550 Konsultationen behandelt und beraten. Um die Fürsorge in weitestem Maße durchzuführen, ist jetzt neben der orthopädischen Poliklinik und Krüppelberatung (wochenttäglich 9-10 und 4-5 Uhr, leitender Arzt: Prof. Dr. Vieselski) noch eine Poliklinik für Kinderkrankheiten (Montags und Donnerstags von 2 1/2-3 1/2 Uhr, leitender Arzt: Dr. A. Reiche vom Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich) und eine Poliklinik für Krüppelkrankheiten (Montags und Donnerstags von 1-2 Uhr, leitender Arzt: Dr. Simons von der Poliklinik für Krüppelkrankheiten von Prof. Oppenheim und Dr. Cassirer) eingerichtet worden.

Eine Submissionsblüte. Das städtische Hochbauamt hatte für acht eigene Ausschreibungskonten eine beschränkte Submission ausgeschrieben nach einem Probeauftrag, der in der Berliner Tischlerstraße angefertigt worden war und der an Materialien und Auslagen (Arbeitslohn, Miete, Verdienst, Unkosten usw. sind nicht berechnet) 460 M. Kosten verursacht hatte. Für diese acht eigenen Submissionen verlangte Max Anton nur 1632 M., Robert Wied 1840 M., Union Möbelfabrik 1872 M. Die höchste Forderung war 3330 M. von der Firma Reibhand u. Ramslow. Diese Blüte hat allgemeines Erstaunen erregt.

Der Herr Pfarrer auf dem Kriegsblinde. Aus Friedrichshagen wird und geschrieben: Auch in den Berliner Vororten macht die Jugendbewegung gute Fortschritte. — Vergebens läßt man Einladungen an „alle Konfirmanden“ ergehen, sich im Konfirmandensaal der Kirche einzufinden. Man durchschaute die Absichten der Herren. Ein paar Schäferlein fanden sich ein, blieben aber später wieder weg. — Das ließ nun den Herrn Pfarrer keine Ruhe, er sann und sann, wie es wohl komme, daß sich die Jugend von heute gar nicht mehr einsaugen läßt. Da traf es sich, daß er gerade über den Spielplatz kam, wo sich unsere Arbeiterjugend mit Turnen und Spiel unterhält. Jetzt war ihm klar, wor die Jugend eingeschlagen hatte. An einem der nächsten Tage kam er „zufällig“ dem betreffenden Hausbesitzer in die Quere und sagte ihm vieles von einem angeblich sozialdemokratischen Jugendverein, der in seinem Hause tagt, und er ließ wohl durchblicken, daß es sich nicht schied für einen Kirchenvertreter, solchen staatsgefährlichen Leuten Unterkunft zu gewähren. Er kam aber schon an. „Die Leute sind gar nicht so schlecht, Herr Pfarrer, im Gegenteil, sie betrogen sich sehr gut, und übrigens muß ich meine Wohnungen vermiethen, an wen, ist mir gleich.“ Der Herr Pfarrer Braumann war abgebligt. Er wird sicherlich auf andere Mittel und Wege sinnen, die Arbeiterjugend für seine Zwecke einzufangen. Aber die Jugend wird lächeln über die Machinationen dieses Herrn.

Warnung vor Ringgeppern. Ringgepper treiben fortgesetzt ihr Unwesen. Ein auf der Durchreise begriffener Kaufmännler E. aus Britzwall wurde in der Potsdamer Straße von einem Mann angehalten, der ihm nach allgemeinen Redensarten schließlich zu verstehen gab, daß er gezwungen sei, einen sehr wertvollen goldenen Ring zu verkaufen oder zu versetzen. Durch das Hinzukommen zweier anderer Männer, die als Sachverständige die Echtheit des Ringes bestätigten, ließ sich der Angeredete schließlich bewegen, das kostbare Schmuckstück für „nur“ 30 Mark zu kaufen. Zu spät sah der glückliche Besitzer des „goldenen“ Ringes, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Als ihm ein etwas „bellerer“ Mann, dem er sein „gutes Geschäft“ erzählte, erklärte, daß der Ring kaum eine Mark wert sei, lief er zur Polizei, die ihm jedoch jetzt nicht mehr helfen konnte.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich am Sonntagmittag 12 1/2 Uhr in der Mühlenstr. 85 im Osten Berlins. Als dort die 86 Jahre alte Frau Ida Böhm in ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung in Abwesenheit ihres Mannes mit einer brennenden Petroleumlampe hantierte, entzündete diese plötzlich ihren Vorhang und fiel zu Boden. Die sich entwickelnde Stichflamme legte ihre Kleider in Brand, und im Nu glied die Unglückliche einer Feuersäule. Laut um Hilfe schreiend stürzte sie aus ihrer Wohnung auf die Treppe und lief, am ganzen Körper lichterloh brennend, eine Etage tiefer, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Andere Hausbewohner eilten sofort hinzu und erlöschten die Flammen durch Aufwerfen von Decken. Frau Böhm hatte aber schon am ganzen Körper schreckliche Verbrennungen davongetragen, so daß sie in bedenklichem Zustand nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte. Die alarmierte Feuerwehr konnte bald wieder abrücken, da in der Wohnung weiter kein Feuer entstanden war.

Eine Liebesstragödie spielte sich in der vergangenen Nacht im Tiergarten ab. Dort erschog der 20 Jahre alte, aus Reuviden gebürtige Schlittenarbeiter Hermann Vogel die ebenfalls 20 Jahre zählende ledige Paula Münch, die aus Opladen im Kreise Solingen

stammt. Ein Hausdiener fand gestern früh gegen 4 1/2 Uhr die beiden Leichen in einem Gebüsch in der Nähe der Rousseau-Insel liegen. Der junge Mann hatte eine Wunde an der rechten Schläfe und hielt einen Revolver in der Hand, das Mädchen blutete aus einer Schußwunde an der Stirn. Bei den Toten fand man einen von beiden unterschriebenen Zettel, auf dem sie mitteilen, daß sie die Tat mit beiderseitigem Einverständnis ausgeführt haben. Vogel habe zuerst seine Geliebte durch einen Schuß in die Stirn getötet und dann sich selbst, indem er sich in die rechte Schläfe schoß. Als Wohnung des jungen Mannes war Wiesdorf (Kreis Solingen), Hauptstraße 67, angegeben, während das Mädchen in Opladen (Kreis Solingen), Düsseldorfstraße 67, gewohnt haben soll. Jrgendwelche Angaben darüber, was sie beide zu diesem Schritt veranlaßt hat, enthielt der Zettel nicht. Allem Anschein nach scheint aber Stellungen- und böllige Wittellosgleit das junge Paar in den Tod getrieben zu haben. Beide waren nur sehr dürftig gekleidet und führten keine Barmittel bei sich. Eine Wohnung scheinen sie in Berlin gar nicht gehabt zu haben. Man nimmt an, daß das Mädchen hierher gekommen ist, um sich Arbeit zu suchen, aber keine gefunden hat. Die Heimatbehörden der Toten wurden sofort von der Polizei benachrichtigt. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein durchgehendes Dragonergerspann verlegte gestern früh die Passanten der Prinzenstraße in große Aufregung. Das Gespann kam die Straße heruntergerast und fuhr an der Ecke der Annenstraße direkt in das Schaufenster der Obsthandlung von Gussle. Die große Schaufensterhebe ging in tausend Trümmer und die beiden Pferde zogen sich schwere Schnittwunden zu. Zur Verweirung der Tiere aus ihrer lebensgefährlichen Lage mußte die Feuerwehrr herbeigerufen werden. Das Gespann von Gussle wurde durch den unerbetenen Besuch arg demolirt.

Aus dem Fenster gestürzt ist Sonntagmittag die 1 1/2 Jahre alte Tochter Herta des Postkassiers Baumann aus der Kamerunerstraße 11. Das Kind kletterte in einem unbewachten Augenblick auf das Fensterbrett des Küchenfensters, verlor das Gleichgewicht und fiel vom dritten Stock hinab auf den gepflasterten Hof. Schwer verletzt wurde die Kleine von ihrem Vater nach dem Paul Gerhardt-Spital gebracht.

Eindreher, deren Spezialität es ist, keine Wohnungen heimzusuchen, und den armen Leuten, die sich sovielso kümmerlich durchs Leben schlagen, ihre wenigen Sachen zu stehlen, stalteten am Sonnabend nachmittag der Arbeiterwitwe Kennert in der Nieder-Barunstr. 23 zu Lichtenberg einen Besuch ab. Während sich die Frau auf ihrer Arbeitsstelle befand, öffneten sie mit einem Nachschlüssel ihre Wohnung und stahlen daraus alles, was auch nur des Mindestens wert war. Als die Frau abends müde von der Arbeit zurückkehrte, machte sie die betrieblende Entdeckung, daß ihre ganze Wohnung ausgeräumt worden war. Von den Eindrechern haben die Nachbarn nichts gemerkt. — An anderen Stellen haben Eindreher wiederum die Abwesenheit der Wohnungsinhaber am Sonntage zu Einbrüchen benutzt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Noch immer nicht ermittelt ist die Mutter des am 28. April d. J. im Hause Kothorst, 1 ausgefekten, etwa acht Tage alten Kindes weiblichen Geschlechts. Das Kind trug weißes Jäckchen und Hemdchen und war in einer Bindel aus Zeitung, einem Vardentusch und einem grün und rotfarbten Tuch eingewickelt. Personen, die über die Mutter des Kindes Mitteilung machen können, wollen sich bei der Kriminalpolizei Berlin, Zimmer 321, mündlich oder schriftlich zu den Akten IV 24. 12 melden.

Die Vergewissungstafel eines jugendlichen Selbstmörders rief am Sonntag nachmittag auf dem Kettlerplatz Aufsehen hervor. Der 19jährige Maler Richard Schönfeld, Jennstr. 19 wohnhaft, hatte sich auf einer Ruhebank niedergelassen und durch sein gedrücktes Wesen die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden hervorgerufen. Der junge Mensch griff plötzlich in die Rocktasche, holte einen scharf geladenen Revolver hervor und schoß kurz hintereinander drei Schüsse auf sich ab. Die beiden ersten Kugeln gingen fehl, während das dritte Geschöß in die Stirn eindrang. Die Waffe entfiel jetzt den Händen des Lebendstüben und Sch. brach zusammen. Er wurde schleunigst nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, doch ist sein Zustand völlig hoffnungslos. In einem hinterlassenen Schreiben an die Eltern gibt Sch. als Motiv unglückliche Liebe an. Er schreibt, er sei von seiner Braut schnöde verlassen worden und könne dies nicht überleben.

Krankheit hat die 28 Jahre alte Ehefrau Ida des Arbeiters Kloth aus der Wölgelstraße in den Tod getrieben. Frau Kloth litt seit längerer Zeit an den Nerven. In einem Anfälle ihrer Krankheit legte sie gestern Hand an sich. Während ihr Mann abwesend war, erhängte sie sich in ihrer im vierten Stockwerk des Seitenflügels belegenen Wohnung am Fensterkreuz.

Kadetten in Olympia-Park. Die Einleitung zu der am Sonntag stattfindenden Veranstaltung war ein festiger Schlagregen, der die Abhaltung der Rennen fast in Frage stellte, doch trodnete die Bahn rasch ab und auch ein später herausgefallenes Gewitter zog seiltich vorbei, so daß das Programm ohne Störung beendet werden konnte. Drei Dauerrennen bildeten den Hauptziehungspunkt. Der Preis von 2000 Mark, über 15 englische Meilen, war für Fahrer der Klasse B und wurde von M. Gniffka in 18 Min. 44 Sek. leicht vor Pawle, Ad. Schulze und Jencks gewonnen und erwarb der Sieger die Startberechtigung zum zehn Meilen-Rennen. Den Preis von 1000 Mark, ebenfalls 15 engl. Meilen, errang Miguel in 17 Min. 10 1/2 Sek. vor Demke, Janke und Schiple. Die „zehn Meilen“ sahen diese fünf Fahrer am Start und der Franzose Miguel war hier unstreitig der Beste Mann. Vom Beginn an der Spitze, konnte nur Gniffka seinem Tempo folgen, während Janke, Demke und Schiple mehrmals überundet wurden. Gniffka greift in der 20. Runde den Franzosen an, doch wehrt dieser den Angriff ab und kann nach ziemlich eintönigem Verlauf dem jungen Berliner in der 110. Runde nach hartem Kampfe eine Bahnlänge abnehmen. In der 125. Runde plagt der Hinterreifer an Gniffkas Motor, der Schrittmacher stürzt vor der Maschine, doch fallen beide glücklich dem Innenraum zu, und ohne Schaden kann der Schrittmacher sich erheben. Auch Gniffka ist einem Sturz entgangen, doch da er keinen Ersatzmotor hat, muß er das ausläuferreiche Rennen aufgeben. Demke hat Raddefekt und fällt noch hinter den schlechtfahrenden Schiple. 12 Stunden vor Schluß verlagst Miquels Motor, und ehe ein zweiter für ihn in Schwung kommt, hat Janke die Spitze erobert und gewinnt mit 200 Meter Vorsprung das Rennen. Die Ehrenrunde überläßt er Miguel und folgt als Zweiter. Auch Gniffka muß sich ihnen anschließen. In dem Fliegerrennen war Pater der beste Mann, der mit Lehmer zusammen das Tandemrennen gewann. Ein Verfolgungsrennen mit 8 Teilnehmern gewann Pawle und das Prämierentennn A. Müller.

Vorort-Nachrichten.

Reutkolln.

Sozialdemokratischer Wahlfest. Bei der am Sonntag im 10. Bezirk der dritten Wahlabteilung stattgefundenen Stadtverordnetenwahlwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat Eigentümer Ernst Köhl sämtliche 649 abgegebenen Stimmen. Ein Gegenkandidat war seitens der bürgerlichen Parteien nicht aufgestellt.



**Wilmersdorf-Paläste.**

Kommunalisierung des Arbeitsnachweises. Der allgemeinen Haltung, die Wilmersdorf in sozialpolitischen Angelegenheiten einnimmt, entspricht es auch, daß am Orte manche Einrichtungen, die anderswo in den Händen der Gemeinde sind, von privaten Organisationen geleitet werden. So war in Wilmersdorf bisher auch der öffentliche Arbeitsnachweis von einem „Gemeinnützigen Verein“ mit städtischer Beihilfe unterhalten worden. Nun aber hat sich der Gemeinnützige Verein vor kurzem aufgelöst; und der Magistrat empfiehlt aus diesem Grunde der Stadivertreterversammlung die Übernahme des Arbeitsnachweises (Gastener Straße 11) in städtische Verwaltung. Im Jahre 1910 hat der Rat 2233 und im vorigen Jahre 2075 Stellen vermittelt; hierbei kam ausschließlich weibliches Dienst- und Aufwartepersonal in Betracht. Einer Anregung des Bezirksvereins Norden folgend empfiehlt der Magistrat weiter, im Hause Trautenaufstraße 4 einen zweiten Arbeitsnachweis für weibliches Dienstpersonal zu errichten. Gegen diese Vorlage ist selbstverständlich nichts einzumenden; zu bedauern bleibt nur, daß der Magistrat bei dieser Gelegenheit den Arbeitsnachweis nicht nach Schöneberger Beispiel weiter ausdehnen will.

**Sichtenberg.**

Große Taten verrichtet die Polizei in Sichtenberg. Am Tage vor der Kaiserfeier mußten die Beamten ausfahren und alle Lokale heimsuchen, wo nach außen Kaiser-Plakate sichtbar waren. Sie forderten deren Entfernung. Manche andere Plakate ließ die Polizei natürlich nicht. Das tut der Eifer! Nunmehr erhielten diese Wirte Strafmandate. Sie sollen durch die Anhängung der Plakate gegen eine alte, verschimmelte, preussische Verordnung verstoßen haben. Daß man sich ihrer erst im Kampfe gegen die Arbeiter erinnert und sie im Kampfe gegen sie für rechtmäßig erklärt, spricht selbstverständlich nicht gegen preussische Moral, polizeiliche Unparteilichkeit und Unverletzlichkeit des Rechts — — — in Preußen-Deutschland.

Von der Umsicht unserer Polizei in der Sicherung der Staatsordnung zeugt ein anderer Vorgang. An den letzten Demonstrationen in Berlin hatten sich auch viele Sichtenberger beteiligt. Nach Schluß der Demonstration begaben sich die Versammlungsbesucher nach Hause. Die Polizei fand keine andere Erklärung für den Heimgang der vielen von einem Orte kommenden Personen als die eines veranordneten Aufzuges. Sie ergriff jemanden, den man zum Leiter stempelte, was ihm die Polizei durch Zufindung eines Strafmandats attestierte.

An Genialität stellt diese Taten eine andere weit in den Schatten. Einer größeren Zahl jugendlicher strafferten Strafmandate ins Haus. Sie sollten dem Staat einen Obolus entrichten, angeblich, weil sie als noch nicht 18jährige einer politischen Versammlung beigewohnt hätten. Eigenartig ist die Beweisführung der Polizei insofern, als sie sich teilweise auf das Zeugnis der mit Strafmandaten Bedachten selbst beruft. Genies, ja direkt geheimnisvoll scheinen dabei die Künste der Polizei, denn die gegeneinander als Zeugen ausgespielten und mit Strafmandaten beglückten jungen Leute wissen gar nichts davon, daß sie irgendwo in der Angelegenheit Zeugnis abgelegt hätten oder daß auch nur der Versuch einer Vernehmung gemacht worden sei. Man darf wirklich gespannt darauf sein, wie die Polizei ihre Beweisführung erklären wird. Da Herr v. Jagow immer noch nicht durch den Sichtenberger Polizeipräsidenten ersetzt worden ist, was nach der Ansicht polizeilicher Kreise über kurz oder lang der Fall sein muß, geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß der vermeintlich längst erkrankte Befähigungsnachweis doch noch nicht als vollwertig galt. Nun wird man's aber wohl geschafft haben.

**Tempelhof.**

Die Wahlen zum Kaufmanns- und Gewerbegericht. Freitag, den 21. Juni, finden in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends die Wahlen zum Kaufmannsgericht statt. Die Wahlen für das Gewerbegericht werden Freitag, den 28. Juni, in der Zeit von vormittags 8 bis 1 Uhr und von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr im Restaurant Weiser (früher Behne), Dorfstraße, Ecke Berliner Str., vorgenommen. Die Vertretungsleute aller Branchen und Betriebe werden ersucht, ihre Adressen bis spätestens Sonnabend, den 8. Juni, an den Generalsekretär, Tempelhof, Ringbahnstr. 8, gelangen zu lassen. Die Gewerkschaftskommission Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld.

**Schöneberg.**

Eine sechsstöpfige Diebesbande wurde gestern früh festgenommen. Gegen 3 Uhr nachts bemerkten Polizeibeamte in der Lorwäldstraße sechs Männer, die in zwei nebeneinander liegenden Häusern einen Einbruch in leerstehende Wohnungen verübten wollten. Die Ueberraschten wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier verweigerten die Verhafteten jede Personalienangabe. Es konnte jedoch ermittelt werden, daß die Sechse einer Einbrecherbande angehört, die unter der Leitung der Gebrüder Dussald steht und seit längerer Zeit der Schwand der westlichen Vororte war. Bei einer Hausdurchsuchung in den Wohnungen der Verbrecher und deren Geliebten wurde ein großes Lager gestohlener Gegenstände vorgefunden und beschlagnahmt. Die Verhafteten, denen bereits eine ganze Anzahl schwerer Einbrüche nachgewiesen werden konnte, wurden im Laufe des gestrigen Tages in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert.

**Ober-Schönebeide.**

Infolge der beschlossenen Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter von 18 auf 24 sind auch für die dritte Klasse zwei weitere Gemeindevorteiler zu wählen. Die Wahl dieser beiden Vertreter findet am Sonntag, den 9. Juni, von vormittags 11 1/2 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statt. Zu wählen ist ein Nichthausbesitzer und ein Hausbesitzer. Da die Wahl auf Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler an einem Sonntag stattfindet, bei Ausübung des Wahlrechts also kein Verlust an Arbeitsverdienst entsteht, ist es Pflicht aller Wähler der dritten Klasse, zur Wahl zu gehen. Als Legitimation gelten die im Januar dieses Jahres zugestellten Wählerkarten der Gemeinde eventuell Mietkontrakt oder anderweitige Ähnlichkeitspapiere.

Der Ort ist in zwei Wahlbezirke eingeteilt. Der erste Bezirk wird gebildet aus allen westlich der Schillerpromenade und der Triniusstraße gelegenen Straßen wie Tabbert-, Kalopa-, Watt-, Höbern-, Fontane-, Paul Helmholz-, Westend-, Edison-, Siemens-, Antoniuskirch-, Waldstraße bis zur Triniusstraße, Zeppelin- bis zur Triniusstraße, Rathaus bis zur Triniusstraße, Goethestraße bis zur Schillerpromenade, Bismarckstraße bis Schillerpromenade, Vorfeldstraße sowie den westlichen Seiten der Schillerpromenade und der Triniusstraße.

Der 2. Wahlbezirk besteht aus allen östlich der Schillerpromenade und der Triniusstraße gelegenen Straßen einschließlich der ganzen Wilhelmshofstraße, also den östlichen Seiten der Schillerpromenade und der Triniusstraße, der Frickens-, Alara-, Marien-, Mathilden-, Mathenan-, Pilsen-, Goethe- und Bismarckstraße von der Schillerpromenade bis zur Luisenstraße, Rathausstraße von der Schillerpromenade bis zur Frickensstraße, Waldstraße von der Triniusstraße bis zur Gemeindegrenze, Zeppelinstraße von der Triniusstraße bis zur Frickensstraße, Hallenleben-, Kottmeier-, Kasper-, Claby-, Schloßpark-, Kaufener-, Kunheim- und Wungelstraße sowie den gesamten Ortsteil Ostend.

Jeder Wähler muß sein Wahlrecht in dem Bezirk ausüben, in dem er am 1. Dezember vorigen Jahres gewohnt hat.

Wahllokal des 1. Bezirks ist die Turnhalle in der Wattstraße. Für den 2. Bezirk befindet sich dasselbe in der Turnhalle der Frickensstraße. Bezirk I wählt einen Nichthausbesitzer, Bezirk II einen Hausbesitzer.

Sorge jeder Genosse dafür, daß der Wahltag wieder ein Siegestag der Sozialdemokratie wird.

**Nieder-Schönhäusen.**

Die Gemeindevahl für die dritte Abteilung findet am Sonntag, den 18. Juni, von 11—5 Uhr, und am Montag, den 17. Juni, von 12—8 Uhr, in der Turnhalle der Gemeindegasse, Blankenburger Str. 70/71, statt. Die Neuwahl macht sich notwendig, weil die Wahl des Genossen Hiege von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt worden ist. Der Grund, daß die Wahl an zwei Tagen stattfindet, ist wohl darin zu suchen, daß von der Beamtenvereinigung kürzlich eine Deputation beim Gemeindevorstand vorstellig geworden war und den Wunsch geäußert hatte, von einer Sonntagswahl doch Abstand zu nehmen, da die letzte Sonntagswahl eine ganze Reihe von Mißständen gezeitigt habe. Der Gemeindevorstand hat die Erfüllung dieses Wunsches rundweg abgelehnt. Der Beamtenverein hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Wahl nicht zu agitieren, da die Wahl an einem Sonntag für den bürgerlichen Kandidaten nur geringe Siegesaussichten böte. Jedoch sollen die Mitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Auf diesen Wuff darf natürlich die hiesige Arbeiterschaft nicht hereinfallen. Die beiden Grundbesitzervereine werden, da ein Hausbesitzer zu wählen ist, um so eifriger die Wahlarbeit betreiben. Um nicht dasselbe Schauspiel wie in Pantow zu erleben, ist es notwendig, daß sich die Parteigenossen zahlreicher wie bei der letzten Wahl an den Wahlarbeiten vor und am Tage der Wahl beteiligen.

**Potsdam.**

Ein schwerer Unfall erlitt gestern morgen die 16jährige Elisabeth Forde aus Eiche, die mit dem Milchwagen die Raubbeerallee passierte. Durch das Scheitern der Pferde wurde sie vom Wagen geschleudert. Sie erlitt innere Verletzungen und wurde nach dem städtischen Krankenhause gebracht.

**Berliner Arbeiter-Schachklub.**

- Osten I: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Hoffmann, Königsberger Str. 28.
- Osten II: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Köhbe, Or. Frankfurter Str. 52.
- Süden: jeden Donnerstag 7/9 Uhr im Gewerkschaftshaus (Reform. Große).
- Westen: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Dähler, Karlsbad 17, Ecke Hottelwitzer.
- Norden I: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Kibel, Markt. 13b.
- Norden II: jeden Dienstag 7/9 Uhr bei Frick, Frontenr. Str. 4.
- Norden III: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Stoll, Rüdiger 5, Ecke Lorstraße.
- Norden IV: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Brandt, Wlängerstr. 34.
- Nordwest: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Köh, Sonntagstr. 32.
- Charlottenburg: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Bernice, Bismarckstr. 39.
- Nordwest I: jeden Freitag, abends 7/9 Uhr bei Kamprecht, Wulffstr. 10.
- Nordwest II: jeden Donnerstag, abds. 7/9 Uhr bei Wollschläger, Wulffstr. 52.
- Ober-Schönebeide: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Wochowski, Rathausstr. 10.
- Tempelhof: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Hennig, Friedrich-Wilhelmstr. 7.
- Neukölln I: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Brandt, Wlängerstr. 19.
- Neukölln II: jeden Donnerstag 7/9 Uhr bei Kemp, Hermannstr. 174.
- Neukölln III: jeden Freitag 7/9 Uhr bei Wulff, Wlängerstr. 56.
- Alexanderplatz: jeden Sonnabend 7/9 Uhr bei Lehmann, Kaiserstr. 25a.

**Gerichts-Zeitung.**

**Der Polizeisäbel.**

Gegen einen Händler Rues aus der Bismarckstraße hatte ein Schuhmann Bud zum Säbel gegriffen. Es verstand sich von selber, daß Rues hinterher noch auf die Anklagebank kam. Nichtbefolgung eines Schuttmannsbeschlusses, tätlicher Angriff auf den Schuhmann, Widerstand beim Transport zur Polizeiwache — das waren die Straftaten, die ihm zur Last gelegt wurden. Das Amtsgericht Berlin-Mitte fand, daß Schuhmann Bud als Zeuge einen sehr ruhigen Eindruck machte, und verurteilte den Angeklagten Rues wegen Nichtbefolgung zu 3 M. Geldstrafe, wegen Angriffs und Widerstandes zu 30 M. Geldstrafe. Dieses Urteil wurde auf die von Rues eingelegte Berufung gestern vom Landgericht Berlin I durch Strafkammer 5 nachgeprüft.

Die Beweisaufnahme zeigte, daß wieder mal, dank dem über-eifrigen Betätigungsdrang eines Politikers, aus kleinen Ursachen große Wirkungen entstanden waren. Schuhmann Bud war, weil Frau Rues in ihrem Geschäftsfeld einen Streit mit einem Fremden hatte, durch irgendwelche herbeigerufen worden. Als er eintraf und von der Strafe aus in den Keller hinunter sah, war schon alles wieder ruhig. Hätte er sich sofort davon gemacht, so wäre es zu seiner „Störung der Ordnung“ gekommen. Da er aber noch einige Zeit vor dem Keller verweilte, so öffnete Herr Rues die Tür und forderte ihn auf, er möge doch herunterkommen, wenn er etwas wolle. Jetzt hatte Schuhmann Bud den Einfall, sehr überflüssigerweise dem Rues zuzurufen, er solle dafür sorgen, daß es bei ihm ruhig sei. Als Rues hinauffiel und ihm antwortete: „Was wollen Sie denn? Wer macht denn hier einen Auflauf? Sie machen den Auflauf!“ war für den Schuhmann die erste Straftat fertig. Sie bestand nach seiner Auffassung darin, daß Rues der Aufforderung, ruhig zu sein, die Folgeleistung verweigert hatte. Frau Rues wollte sich ins Mittel legen und ihren etwas angekränkelten Mann durch entschlossenes Eingreifen in den Keller zurückbringen, aber Rues wehrte sie ab — und nun hielt der Schuhmann es für nötig, Rues zur Wache zu führen. Was von da an geschah, darüber gingen die Aussagen der Zeugenklar, die in der Beweiserhebung vernommen wurde, sehr auseinander.

Der Angeklagte versicherte, Bud habe ihn wiederholt zu Boden gestochen und schließlich nach ihm, während er dasag, einen Säbelhieb geführt. Schuhmann Bud bestritt, Rues selber habe ihn angegriffen, indem er ihn gegen die Hauswand gestoßen habe. Schließlich habe Bud gegen ihn den Säbel gebrauchen müssen, doch habe Rues sich zu Boden geworfen, so daß er nur ein wenig an der Stirn verwundet worden sei. Bei der Siftierung habe zunächst ein Pistol gefunden, den ein dazukommender Schuhmann Richter abgeliefert habe. Unterwegs habe Rues, mit den Fäusten sich gegen den Boden stemmend, Widerstand geleistet, so daß man ihn habe fesseln müssen.

Diese Darstellung wurde in ihrem den Aufricht vor dem Keller betreffenden Teil durch mehrere Zeugen angefochten, durch einige andere aber bestätigt. Ein Zeuge bestritt, daß Bud, nachdem er Rues mehrfach geschlagen und hingeworfen habe, ansäze: „Wenn Sie nicht mit zur Wache kommen, muß ich von meiner Waffe Gebrauch machen!“ Darauf habe er den Säbel gezogen und zugehauen. Ein anderer Zeuge schilderte, wie Bud dem Rues „keine Ruhe gegeben“ und ihn wiederholt gestochen habe, so daß Rues „wie ein Alos hingefiel“. Bud habe dann — anscheinend, so fügte Zeuge hinzu, in seinem Keger — den Säbel gezogen und dem Liegenden einen Säbelhieb versetzt. Als jetzt aus dem Publikum Stimmen laut wurden, habe der Schuhmann dem Rues zugerufen: „Leisten Sie keinen Widerstand!“ Einer der von der Anklagebehörde geladenen Zeugen meinte, Rues sei der Angreifer gewesen und habe den Schuhmann sogar mehrmals gestochen, ehe dieser zuhieb. Bud selber hatte nur von einem Stoß geredet und wußte jetzt auch auf nachmaliges Verfragen nicht zu sagen, daß er mehrere Stöße gespürt habe. Ueber die Vorgänge auf dem Wege zur Wache gaben zwei Zeuginnen an, Rues habe gebeten, ihn loszulassen, da er selber mitgehen wolle. Schuhmann Richter sagte aus, Rues habe sich gesträubt, aber nicht gebeten, ihn loszulassen.

Der Verteidiger, H. A. Kurt Rosenfeld, kam nach eingehender Würdigung der einander widersprechenden Aussagen beider Zeugen-Gruppen zu dem Ergebnis, daß eine Schuld des Angeklagten nicht erwiesen sei und daher Freisprechung erfolgen müsse. Die Aussage des Schuhmanns Bud könne trotz all ihrer Bestimmtheit nicht für das Gericht ausreichen, Rues für schuldig zu halten. Es sei

ja begreiflich, daß Bud als Beileigter, dessen Verhalten keineswegs einwandfrei gewesen sei, von dem Vorgang eine ihn selber entlastende Auffassung habe.

Das Gericht kam in Uebereinstimmung mit dem Antrag des Staatsanwalts zu dem Urteil, daß die Berufung zu verwerfen und die Berufung zu 3 M. und 30 M. aufrecht zu erhalten sei. Dem Widerstreit der Zeugenaussagen hatte das Gericht dahin gelöst, daß es, wie die Urteilsbegründung sagte, „der Aussage des Schuhmanns den Vorzug gab“.

**Die Couplerzüge des Eisenbahnbeamten.**

Gelegentlich eines Ausfluges, den das Personal und der Chef der Firma Gebrüder Köppe nach dem Schiffe unternehmen hatten, sollte der Mechaniker Hürdel einem Eisenbahnbeamten auf dem Bahnhof Gesundbrunnen unter Anwendung von Gewalt Widerstand geleistet haben. Er wurde deswegen angeklagt, aber am 15. Januar 1912 vom Schöffengericht freigesprochen. Der Amtsanwalt aber legte Berufung ein.

Die Anklage gründet sich darauf, daß Hürdel dem Stationsbeamten Hagemann ins Gesicht geschlagen haben soll. Das war auch bereits vor dem Schöffengericht von den Belastungszeugen behauptet worden, aber das Gericht hatte die Aussagen dieser Beamten nicht für ausschlaggebend erachtet, da ihnen andere Zeugen gegenüberstanden, die gesehen hatten, daß Hagemann dem Hürdel einen Schlag versetzte. Gestern hatte sich die 5. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsinstanz mit der Sache zu befassen. Der Vorgang selbst hat sich in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1911 abgespielt, als die Hürdel heimkehrten. Streit war dadurch entstanden, daß unter den Fahrkarten drei waren, die nach der Auffassung der Beamten nicht zum Uebergang auf die Ringbahn berechtigten, sondern nur bis Stettiner Bahnhof Geltung hatten. Gegen Hürdel wurde ein Strafmandat in Höhe von 3 M. erlassen, weil er einen Auflauf verursacht habe. Hürdel bezahlte das, um sich keine Scherereien zu machen. Hürdel, der nach seinen eigenen, wie nach den Aussagen der Entlastungszeugen von Hagemann mit der Billetcouperzuge auf den Kopf geschlagen worden war, so daß er sich auf der Unfallstation verbinden lassen mußte, hatte aber gegen den Beamten Strafanzeige erstattet. Die Anklage gegen ihn selbst war offenbar nur eine Folge dieser Anzeige. Kurz vor dem Zusammenstoß zwischen Hürdel und dem Schaffner war Herr Köppe, der Chef der Firma, nach dem Dienstort gegangen um sich bei dem Stationsvorsteher nach der Gültigkeit der betreffenden Fahrkarten zu erkundigen: er wurde aber dort, wie er selbst als Zeuge aussagte und andere Zeugen bestätigten, von dem Beamten hinausgeschoben. Der Angeklagte glaubte sich um so mehr verpflichtet, für seinen Chef einzutreten, als er selbst eigentlich der Leiter des Ausfluges war und die Fahrkarten in dem guten Glauben besorgt hatte, daß sie auch bis zu einer bestimmten Station für die Ringbahn galten. Er bestreitet ganz entschieden, irgendwie tätlich geworden zu sein. Er habe von dem Schuhmann die Feststellung des Namens des Bahnbeamten verlangt, der ihn ohne weiteres mit der Fange auf den Kopf geschlagen. Das Verlangen wurde von dem Schuhmann abgelehnt mit der Begründung, daß die Personalien des bezeichneten Beamten ohnedies festgestellt werden könnten.

Die Entlastungszeugen bestätigten die Angabe des Angeklagten, keiner von ihnen hat gesehen, daß er dem Hagemann einen Schlag versetzt hat, wogegen mehrere von ihnen gesehen haben, wie der genannte Bahnbeamte den Angeklagten schlug und wie dieser blutete und eine klaffende Stirnwunde hatte. Diese Verletzung wird auch durch ein Urteil der Unfallstation beglaubigt. Der Zeuge Hagemann behauptet, den Angeklagten nicht geschlagen zu haben; vielmehr habe er, der Zeuge, mit der Hand, in der er die Fange hielt, Bewegungen gemacht, aber er selbst habe einen Schlag ins Gesicht von dem Angeklagten erhalten und ein blaues Auge davon getragen. So wird die Sache auch von dem diensttuenden Stationsvorsteher Schönbach dargestellt und von einem Malergeliebten Strid. Diese Zeugen sowie der Schuhmann Häns behaupten, nicht gesehen zu haben, daß der Angeklagte blutete oder überhaupt verwundet war.

Das Gericht hob die Entscheidung der Vorinstanz auf und verurteilte den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgeführt, es sei nach den Zeugenaussagen als erwiesen anzusehen, daß der Angeklagte geschlagen wurde, aber nach den Aussagen der anderen Zeugen, und namentlich auch des an den Vorgängen unbeteiligten Malers Strid müsse es ebenso als feststehend angesehen werden, daß der Angeklagte den Hagemann geschlagen habe, wenn er sich dessen auch selbst vielleicht nicht einmal recht bewußt geworden sei. Es lägen hier aber, besonders wegen des Schlags, den der Angeklagte erhielt, mildernde Umstände vor, so daß auf das geringe Strafmaß erkannt werden mußte.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen der Redaktion, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Aufsatz und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Persönliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Abmündigung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

§. 2. 100. Reihiges Wachen mit scharfer Seite und Einleitungen mit weicher oder grauer Quersilberfarbe. — §. 100. Weilen, werden im Briefkasten grundsätzlich nicht entschieden.

Marktbericht von Berlin am 1. Juni 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums, Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Roden 34.00—50.00. Speisebohnen, weiße, 30.00—35.00. Linen 40.00—50.00. Kartoffeln (Kleinhandl.) 8.00—13.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1.70—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.40—1.80. Schweinefleisch 1.40—1.90. Kalbfleisch 1.50—2.00. Hammelfleisch 1.70—2.40. Butter 2.40—3.00. 60 Stück Eier 3.00—4.50. 1 Kilogramm Karfen 1.30—2.00. Kase 1.60—3.20. Bänder 1.60—3.60. Geste 1.60—3.00. Barche 1.00—2.00. Schlei 1.40—3.40. Nete 0.80—1.60. 60 Stück Krebse 4.00—40.00.

**Witterungsübersicht vom 3. Juni 1912.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (t. g. u. n. g.)	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (t. g. u. n. g.)
Swinemünde	750	SW	4	Regen	15	Daparanda	757	SD	4	wolkig	8
Hamburg	750	SW	4	bedeckt	13	Petersburg	762	SW	3	wolkig	11
Berlin	750	SW	3	wolkig	14	Sibir	762	SW	4	halb bb.	9
Arnau a. M.	750	SW	6	wolkig	13	Aberdeen	762	SW	6	wolkig	11
München	758	SW	6	halb bb.	15	Paris	753	SW	2	wolkig	13
Wien	758	SW	2	wolkig	14						

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Juni 1912. Wolkig wolkig mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften (abwärtigen) Winden; Temperatur wenig veränderlich.

Berliner Wetterbureau.

**Wassersstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wassersstand	am 2. 6.	seit 2. 6.	Wassersstand	am 2. 6.	seit 2. 6.
Remel, Mühl	135	+1	Saale, Großh.	66	0
Bregel, Ansternburg	31	-2	Saale, Sandau	84	-4
Reichel, Horn	273	+88	Saale, Magdenau	10	-4
Oder, Raiborn	179	-19	Spree, Spremberg	70	+2
Strofen	298	+14	Westum	83	0
Frankfurt	204	+16	Weser, Wänden	122	+2
Wartbe, Schimm	26	+4	Winden	-	-
Wandberg	-1	-1	Rhein, Maximiliansau	517	-3
Rege, Bordenburg	2	+2	Rhein, Naub	292	-10
Eibe, Reimberg	-24	-12	Rhein, Alin	270	-13
Dresden	-135	-11	Redar, Heilbrunn	45	-3
Berch	125	-14	Rain, Canau	121	0
Regensburg	105	-10	Rosel, Trier	26	+1

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.